CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Der Thüringen-Plan.

#FreudeAmMachen

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

wir haben Glück: Wir leben in einem wunderschönen Bundesland, in Frieden und in Freiheit. Als gebürtiger Thüringer bin ich dankbar, dass meine Kinder hier aufwachsen können, in unserer wunderbaren Natur und unseren lebenswerten Städten und unter ganz normalen Menschen. Uns Thüringern eben.

Thüringer sind Macher. Thüringer sind anständige und ordentliche Menschen, fleißige Menschen. Menschen, die früh morgens aufstehen und abends auch mal länger arbeiten oder jahrelang gearbeitet haben. Das sind die Menschen, die unseren Wohlstand schaffen und so die Zukunft unserer Heimat sichern. Und all diese vielen Menschen haben eine bessere Regierung verdient. Eine Regierung, der es darum geht, den Bürgern das Leben leichter und einfacher zu machen. Und nicht schwerer und immer komplizierter.

Eine Selbstverständlichkeit, eigentlich. Aber eben leider nicht in Thüringen. Hier hat die rot-rot-grüne Landesregierung für jeden sichtbar nach 10 Jahren an der Macht keine Kraft mehr, die vielen Probleme unseres Landes zu lösen.

Dabei wäre das kein Hexenwerk. Thüringen ist ein starkes Land und es hat alle Chancen. Es braucht allerdings dringend einen echten und konsequenten Richtungswechsel:

Freiheit statt Verbote, Befähigen statt Bevormunden, Steuersenkungen statt immer neuer Steuerbelastungen, gesunder Menschenverstand statt Ideologie, Stabilität statt Streit, funktionierende Verwaltung statt immer mehr Bürokratie, Politik für die Mitte der Gesellschaft statt Extremismus. Und vor allem: Freude am Machen statt Wut und Miesmacherei.

Auf den kommenden Seiten unseres Regierungsprogrammes werden Sie viele konkrete und vor allem wirksame Konzepte für einen Politik-Neustart finden. Ich lade Sie ein, sich damit in einer ruhigen Stunde zu befassen. Es lohnt sich!

Wir haben die Zeit in der Opposition konstruktiv genutzt. Unsere Akkus sind voll und unsere Konzepte sind stark. Wir sind wieder bereit, das Land nach vorn zu führen. Wir von der CDU wollen die Regierung sein, die das tut, was gute Regierungen tun sollten: den fleißigen, den hart arbeitenden Menschen das Leben leichter zu machen.

Dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. Wir versprechen Ihnen nicht das Blaue vom Himmel, aber wir halten, was wir versprechen. Wir haben verstanden, wir sind wieder da, wir machen das für Sie. Es lohnt sich, CDU zu wählen.

Ihr

Mario Voigt

Gliederung

I. Wirtschaft und Wohlstand 5

1. Arbeit und Fachkräfte 5
2. Wirtschaft, Digitalisierung und Innovation 9
3. Tourismus und Innenstädte 13
4. Landwirtschaft 14
5. Energie 16

II. Bildung 21

1. Frühkindliche Bildung 21
2. Schulbildung 23
3. Hochschulen 28

III. Familie 32

1. Familien, Frauen und Alleinerziehende 32
2. Kinder und Jugendliche 34
3. Senioren 36

IV. Gesundheit und Pflege 39

1. Gesundheitsversorgung 39
2. Pflege 43

V. Sicherheit und Ordnung 47

1. Polizei und Sicherheit 47
2. Bevölkerungsschutz 50
3. Rechtsstaat, Justiz und Rechtspflege 52
4. Migration 55

VI. Stadt und Land 58

1. Infrastruktur und Mobilität 58
2. Kommunen 60
3. Wald, Jagd und Fischerei 63
4. Natur und Umwelt 64

VII. Kultur, Heimat und Gesellschaft 67

1. Kultur 67
2. Kirchen und Religionsgemeinschaften 70
3. Ehrenamt 71
4. Sport 72
5. Medien 73

VIII. Staat und Europa 76

1. Staat und Verwaltung 76
2. Finanzen 80
3. Europa 81

CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Das Regierungsprogramm

Wirtschaft und Wohlstand

I. Wirtschaft und Wohlstand

Die CDU Thüringen steht für das erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Welt: die Soziale Marktwirtschaft. Sie leitet sich ab aus dem christlichen Menschenbild und ist als Werte- und Wirtschaftsordnung mit ihren Grundprinzipien Chancengerechtigkeit, Selbstverantwortung, private Eigeninitiative, Subsidiarität und Solidarität ausgestaltet.

Wir stehen vor neuen Herausforderungen und großen Umbrüchen. Jetzt gilt es, das Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft zu erneuern. Dabei setzen wir auf Ideenreichtum und Technologieoffenheit, auf fairen Wettbewerb und freien Handel. Wir wollen die Fesseln lösen, die sich Deutschland und Thüringen selbst auferlegt haben.

In Thüringen beklagen Unternehmen regelmäßig, dass hier vieles komplizierter ist als anderswo. Studien des Instituts der deutschen Wirtschaft bescheinigen Thüringen innerhalb Deutschlands eine schlechte Standortqualität in vielen Bereichen. Unter Rot-Rot-Grün hat Thüringen den Anschluss an das Wirtschaftswachstum Deutschlands und insbesondere der anderen ostdeutschen Länder verloren. Das hat Thüringen in den vergangenen zehn Jahren insgesamt mehr als 15 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung gekostet.

Eine neue CDU-geführte Landesregierung wird sich diesen Herausforderungen stellen. Wir werden die drängenden Probleme der Wirtschaft bei der Energieversorgung, der Überbürokratisierung, der schleppenden Digitalisierung und dem Fachkräftemangel angehen.

1. Arbeit und Fachkräfte

Für uns muss Arbeit sinnstiftend sein sowie Teilhabe und Eigenständigkeit ermöglichen. Und wir sind davon überzeugt, dass Gerechtigkeit heißt, dass derjenige alle Aufstiegschancen haben muss, der fleißig seinen Beitrag zu unserem Gemeinwesen beitragen will. Wir stehen für einen neuen Geist der Wertschätzung von Arbeit und eine Rückkehr zum System des Förderns und Forderns. Deshalb wollen wir auch das Bürgergeld in der jetzigen Form abschaffen.

Für die Zukunft braucht es bessere Konzepte zur Fachkräftegewinnung und eine Landesregierung, die sich zu einer hochwertigen Schulbildung, zur dualen Ausbildung und einem wohnortnahen Berufsschulnetz bekennt.

Für mehr heimische Fachkräfte

Ausbildungsreife erhöhen. Fachkräftegewinnung beginnt für uns in der Schule. Der hohe Anteil an Schulabbrechern erzeugt gewaltige Probleme für Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist, dass Jugendliche, die die Schule verlassen, einen Abschluss haben, mit dem sie fit für eine Ausbildung sind. Dies kann nur gelingen, wenn weniger Unterricht ausfällt und der Lehrermangel offensiv angegangen wird. Außerdem werden wir praxisorientiertes Lernen in allen Schulformen etablieren. Schüler sollen neben den Basiskompetenzen auch Alltagsfähigkeiten, wie den Umgang mit Finanzen, Hauswirtschaft, Versicherungen oder Bewerbungen erlernen.

Berufsorientierung stärken. Berufsmöglichkeiten und Karriereoptionen müssen im Unterricht besser vermittelt werden. Projekte der Berufsorientierung, die eine stärkere Zusammenarbeit von Unternehmen, Schulen und Schülern ermöglichen, wie z. B. Jugend-Unternehmenswerkstätten oder Praxiskoordinatoren, werden wir ausbauen. Zusätzlich wollen wir den “Tag in der Praxis” thüringenweit einführen und Unterricht durch Praktiker einfacher ermöglichen.

Wohnortnahes Berufsschulnetz erhalten. Die duale und die schulische Ausbildung mit unseren Berufsschulen und Berufsfachschulen sind die Basis der wirtschaftlichen Stärke Thüringens. Wir wollen eine heimatnahe Ausbildung flächendeckend gewährleisten, um Abwanderung vorzubeugen. Dazu müssen die berufsbildenden Schulen digitalisiert und überregionale Schulverbünde für Ausbildungsgänge eingerichtet werden. In frühen Phasen der Ausbildung muss berufsübergreifender Unterricht ermöglicht werden. Digitale Lehrangebote wollen wir unter dem gemeinsamen Dach einer „digitalen Berufsschule“ für alle zugänglich machen.

Gleichwertigkeit der Bildungswege herstellen. Wir setzen uns für die Gleichberechtigung akademischer und beruflicher Bildung ein. Nicht jeder, der Abitur macht, muss auch studieren. Die duale Berufsbildung muss auch an Gymnasien als alternative Karrierechance beworben werden. Gleichzeitig wollen wir die Regelschule als Herzstück der Schullandschaft auf dem Weg zur Berufsausbildung erhalten. Studienabbrechern wollen wir die duale Ausbildung als Alternative aktiv anbieten.

Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Die Möglichkeiten der höheren beruflichen Bildung mit den Abschlussmöglichkeiten zum Bachelor Professional und Master Professional wollen wir stärker bekannt machen. Mit einer Anrechnung dualer Berufsabschlüsse beim Übergang in ein anschließendes Studium schaffen wir mehr Durchlässigkeit in den Karrierewegen.

Bedingungen für Auszubildende verbessern. Wir wollen eine Gleichwertigkeit von Studium und Berufsausbildung. Wir werden Leistungen allen jungen Menschen, unabhängig vom gewählten Karriereweg, anbieten. Hierzu gehören ein Jugend- Ticket und Junges Wohnen mit Wohnheimplätzen an Berufsbildungszentren.

Wertschätzung für Handwerksberufe und Unternehmertum steigern. Wir wollen ein positives gesellschaftliches Klima und Wertschätzung für die Entwicklung von Gründergeist und Unternehmerpersönlichkeiten durch gezielte Werbung unterstützen. In den Schulen werden wir ein positives Unternehmerbild vermitteln und eine realistische Darstellung der sehr guten Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten in der beruflichen Bildung aufzeigen.

Thüringen zum Meisterland machen. Wir haben den Meisterbonus für Handwerksmeister eingeführt und ihn dann auf alle Meisterabschlüsse, wie Fachmeister, Industriemeister und Meister der Grünen Berufe ausgeweitet. Um den Aufstieg in beruflichen Karrieren noch attraktiver zu machen, werden wir die Meisterausbildung kostenfrei machen. Außerdem werden mit uns auch andere höhere Berufsabschlüsse wie Techniker vom Bonus profitieren.

Thüringen-Stipendium auflegen. Zu viele Absolventen kehren Thüringen nach ihrem Studium den Rücken. Wir wollen die Rekrutierung durch Thüringer Firmen direkt auf dem Campus erleichtern. Mit einem Thüringen-Stipendium werden wir für Studenten in Mangelberufen (z. B. Ingenieure, MINT-Lehrer, angewandte Naturwissenschaften, Medizinische Berufe, IT-Fachkräfte) Anreize schaffen, um nach dem Abschluss zumindest für einen gewissen Zeitraum eine Beschäftigung aufzunehmen.

Freie Berufe attraktiv halten. Um die Auskömmlichkeit der freien Berufe und deren Möglichkeit, gute Löhne zu zahlen, sicherzustellen, muss das System der Vergütungsverordnungen erhalten werden. Mit uns wird sich Thüringen hierfür auf allen Ebenen einsetzen. Wir wollen außerdem den Berufsschutz bestimmter Gewerke, z. B. Restauratoren, gesetzlich verankern.

Fachkräftewissen erhalten. Wir wollen es attraktiv machen, dass ältere Arbeitnehmer oder Rentner als Ausbilder in Betrieben, überbetrieblicher Lehrlingsunterweisung oder für Projekte an Schulen eingesetzt werden können, um dort ihr Wissen weiterzugeben. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, Arbeit für Arbeitnehmer, die nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze noch berufstätig sein können und wollen, auch in steuerlicher Hinsicht attraktiver zu gestalten.

Barrieren abbauen. Wir werden die Integrationsfachdienste dazu befähigen, die Barrieren für Menschen mit Behinderungen in ihrem Arbeitsumfeld zu reduzieren. Entscheiden sich Arbeitgeber für ein barrierearmes Arbeitsumfeld, werden wir sie auf ihrem Weg unterstützen.

Für gute Arbeit in Thüringen

Einführung einer neuen Grundsicherung. Wir wollen das Bürgergeld durch eine neue Grundsicherung ersetzen, die bessere Arbeitsanreize setzt und den Fokus auf Vermittlung legt. Dabei gilt für uns das Leistungsprinzip: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet.

Steuerliche Anreize für Mehrarbeit. Die CDU Thüringen spricht sich dafür aus, Überstunden steuerfrei zu stellen, um Anreize für Mehrarbeit zu setzen, wo dies durch die Arbeitnehmer erwünscht ist.

Bildungsfreistellung auf Bedarfe ausrichten. Fort- und Weiterbildungen müssen sich an den Bedarfen der Beschäftigten und der Unternehmen orientieren. Was tatsächlich gebraucht wird, wissen Betriebe und Beschäftigte besser als die Politik. Das Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz wird diesem Anspruch nicht gerecht. Vom Arbeitgeber bezahlte Freistellungen für Yoga-Freizeiten und linkes Demo-Training lehnen wir ab.

Hürden für Weiterbildung senken. Wir werden das Fördersystem für Weiterbildungen entbürokratisieren und gezielt Weiterbildungsmodelle mit geringerer Abwesenheitszeit fördern. Um berufstätigen Eltern die Teilnahme an Weiterbildungen zu ermöglichen, setzen wir auf bedarfsgerechte Kinderbetreuungszeiten oder Zuschüsse zur Kinderbetreuung.

Tarifautonomie achten. Die Tarifautonomie ist für uns eine tragende Säule und Stabilisator der Sozialen Marktwirtschaft. Zusammen mit einer möglichst breiten Tarifbindung steht sie für attraktive Löhne, fairen Wettbewerb und gute Arbeitsbedingungen. Die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern tragen gleichermaßen zum Erfolg der Unternehmen bei und sind Garant unseres gesellschaftlichen Wohlstands.

Bevormundung bei Samstagsarbeit beenden. Wir wollen mehr Flexibilität bei der Samstagsarbeit, um die Wettbewerbsfähigkeit des Handels gegenüber der

internationalen und insbesondere digitalen Konkurrenz zu stärken. Vom Arbeitsverbot an zwei Samstagen pro Monat sollen Abweichungen möglich werden. So wird den Arbeitnehmern, die dies wünschen, die Möglichkeit gegeben, ihre Arbeitszeit an ihre individuellen Lebensumstände anzupassen.

Für qualifizierte Fachkräfte aus Europa und der Welt

Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. Gelungene Integration heißt Integration in den Arbeitsmarkt. Berufs- oder Studienabschlüsse von Menschen aus dem Ausland müssen unbürokratisch und schnell anerkannt werden. Insbesondere im Bereich der Gesundheitsberufe müssen die Anerkennungsverfahren vereinheitlich und vereinfacht werden. Hierauf werden wir einen Fokus legen. Außerdem werden wir die Kapazitäten für Nachqualifizierungslehrgänge ausweiten, damit auch diejenigen eine Chance auf Anerkennung haben, deren Abschluss noch nicht vollumfänglich mit einem in Deutschland erworbenen vergleichbar ist.

Fachkräfte im Ausland gewinnen. Mit den Kammern und Branchenverbänden wollen wir gezielt Fachkräfte außerhalb der Europäischen Union (EU) nach den Bedarfen des Gemeinwesens und der Wirtschaft anwerben. Dabei wird das Land stärker als Vermittler und Dienstleister auftreten. In der German Professional School werden wir die gezielte Anwerbung und Qualifikation potenzieller Auszubildender zur Hauptaufgabe machen und eine schnelle Integration fördern. Durch eine klare organisatorische Trennung der Fachkräfteeinwanderung von der Asylmigration wollen wir Verfahren beschleunigen. Für Fachkräfte müssen die Zugangshürden abgebaut und der Weg bis zur tatsächlichen Arbeitsaufnahme verkürzt werden.

Standortattraktivität für Fachkräfte steigern. Wir wollen ein positives Image von Thüringen als attraktivem Ort zum Leben und Arbeiten. Dazu werden wir die Vorteile in den Vordergrund stellen, wie z. B. kurze Wege, bezahlbarer Wohnraum, flache Hierarchien. Ausländischen Studenten und Auszubildenden muss frühzeitig eine Perspektive in Thüringen geboten werden, um die Bleibequote von Fachkräften zu erhöhen.

Zentrale Ausländerbehörde einrichten. Mit der Einrichtung einer Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) schaffen wir für Thüringer Unternehmen und potenzielle Fachkräfte einen zentralen Ansprechpartner. Im Sinne einer „One-Stop-Agency“ wird die ZAB für die Durchführung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens bis zur Erteilung der erforderlichen Aufenthaltsdokumente zuständig sein.

Spracherwerb und Arbeitsaufnahme verbinden. Wir wollen die Kapazitäten der Angebote für “Deutsch als Fremdsprache” bzw. “Deutsch als Zweitsprache” ausweiten. Das Warten auf einen Sprachkurs darf nicht zu Verzögerungen in der Arbeitsaufnahme führen. Gleichzeitig erfordern nicht alle Tätigkeiten bereits ein einwandfreies Sprachverständnis. Wir werden Projekte etablieren, die eine Arbeitsaufnahme bereits während des Sprachkurses erlauben.

2. Wirtschaft, Digitalisierung und Innovation

Um wieder mehr Dynamik in die Wirtschaft zu bringen, wollen wir Gründungen und Übernahmen erleichtern. Wir wollen die Innovationskraft der Thüringer Wirtschaft stärken und Kooperationen mit der Wissenschaft befördern. Wir wollen die Digitalisierung vorantreiben, Bürokratie drastisch abbauen sowie Behörden und Verwaltung zu Ermöglichern statt zu Verhinderern machen. Auch wollen wir, dass wieder mehr gebaut werden kann.

Für eine innovative Wirtschaft

Innovationen auf den Markt bringen. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft basiert auf ihrer Innovationsfähigkeit. Deshalb hat für uns die Innovationsförderung oberste Priorität. Wir werden Bedingungen schaffen, in dem Unternehmer und ihre Mitarbeiter sich mit ihren Produkten und Kunden befassen können, statt mit immer neuen Regeln und überbordender Bürokratie. Dazu werden wir die Thüringer Innovationsförderung zielgerichteter fortführen und durch den Abbau von Bürokratie effizienter und praxistauglicher machen. Kooperationen zwischen Unternehmen bei Innovationen und Transfer werden wir stärken.

Kooperation von Forschung und Wirtschaft stärken. Kooperationen von regionaler Wirtschaft, Wissenschaft und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen müssen erleichtert und unterstützt werden. Wir werden wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen und Technologie- und Gründerzentren als wichtige Akteure im Innovationsnetzwerk zu Innovations-Hubs weiterentwickeln. Die Möglichkeiten von Landesbeteiligungen und Gründungen von Unternehmen in geförderten Technologie- und Gründerzentren müssen ausgebaut werden.

High-Tech-Agenda umsetzen. Wir wollen in den Wissens- und Technologietransfer investieren. Hierzu werden wir ein Anreizsystem für die Hochschulen schaffen, mehr mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten. Auch wollen wir die Bedingungen für Ausgründungen aus den Hochschulen heraus verbessern. In wirtschaftlich relevanten Bereichen und Zukunftsfeldern wie Künstliche Intelligenz und E-Commerce werden wir neue Lehrstühle einrichten. Außerdem werden wir den Zugang der Wirtschaft zu den technischen Einrichtungen der Hochschulen erleichtern. Initiativen zur besseren Kooperation, wie das Technikum Thüringen, werden wir weiter unterstützen.

Branchennetzwerke unterstützen. Wir wollen Branchennetzwerke und themenbezogene Cluster unterstützen. Dies gilt insbesondere für Schlüsseltechnologien wie den Leichtbau, Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Optik, Nanotechnologien, Umwelttechnologien, Neue Materialien, Fortgeschrittene Produktionstechnologien, Organische Elektronik und Biotechnologien sowie die Luft- und Raumfahrtindustrie und Medizintechnik. In für Thüringen wichtigen Bereichen werden wir auslaufende Bundesförderungen mit Landesmitteln fortsetzen.

Anreize für Innovation setzen. Wir brauchen gezielte Anreize für Investitionen in Forschung, Entwicklung und Nachhaltigkeit. Dazu gehören weniger Steuern auf einbehaltene Gewinne und schnellere Abschreibungen auf Investitionen in Forschung und Energieeffizienz. Außerdem fordern wir die Ansiedlung von Großforschungseinrichtungen. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.

Innovationspreis 60 Plus einführen. Der Erfahrungs- und Ideenreichtum älterer Menschen birgt innovative Potenziale für die Gesellschaft, die wir nur unzureichend nutzen. Mit einem Innovationspreis 60 plus bewerben wir solche Ideen künftig, um sie für ganz Thüringen nutzbar zu machen.

Regionale Rohstoffe nutzen. Für einen wirtschaftsbasierten Strukturwandel im ländlichen Raum wollen wir heimische Rohstoffe, insbesondere Holz aber auch Gips, Kiese, Sande und Salze in innovative, lokale und regionale Wertschöpfungsketten integrieren. Um die Potenziale von Holz als Baustoff für nachhaltiges und energieeffizientes Bauen weiter zu erschließen, werden wir weitere Erleichterungen für den Holzbau im Bauordnungsrecht schaffen und Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen besonders fördern.

Innovationszentrum Holz einrichten. Kernaufgabe soll die wissenschaftliche Erforschung und Weiterentwicklung neuer und innovativer Verwendungsmöglichkeiten von Holz, insbesondere im klimafreundlichen Holzbau, sein. Dabei streben wir einen engen Austausch und gemeinsame Aktivitäten zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik an, um unser Land zu einem zentralen Stützpunkt der Bioökonomie mit Holz zu entwickeln.

Zukunftsorientierte Industriepolitik. Im Transformationsprozess in Branchen wie der Thüringer Automobil- und Zulieferindustrie oder dem Energiesektor setzen wir auf Technologieoffenheit und Wettbewerb. Wir treten deshalb klar gegen Verbote wie das Heizungsgesetz des Bundes oder das EU-weite Verbot des Verbrennungsmotors ein. Stattdessen wollen wir die Forschungs- und Entwicklungsquote Thüringer Unternehmen steigern.

EU-Programme mit der Wirtschaft umsetzen. Die Belange der Wirtschaft müssen so weit wie möglich in die Planung der operationellen Programme zur Umsetzung der EU-Fonds einfließen. Es braucht in der neuen Programmperiode hohe Förderquoten, damit Investitionen nicht an unerfüllbaren Eigenanteilen scheitern. Für die mit Förderung einhergehenden Nachweispflichten müssen Bagatellgrenzen eingeführt werden.

Für einen digitalen Neuanfang

Thüringen zum digitalsten Bundesland machen. Aktuell findet sich der Freistaat in der Digitalisierung auf den hinteren Plätzen. Das liegt am fehlenden Fokus der rot-rot-grünen Landesregierung. Um aufzuholen, werden wir mutig und schnell Projekte angehen und die Digitalisierungskompetenzen und -zuständigkeiten der Landesverwaltung bündeln. Eine echte Digitalstrategie soll den verbindlichen Rahmen für die Landesverwaltung setzen und optimale Angebote für die Kommunalverwaltung bieten.

Unternehmen bei Digitalisierung unterstützen. Neue technische Möglichkeiten erfordern geschultes Personal. Wir werden Zuschüsse für Datenschutz- und Digitalisierungsschulungen im Rahmen des Digitalbonus ermöglichen. Die Fördersummen des Digitalbonus werden wir so anpassen, dass neue Projekte realisiert werden.

Digitale Schnittstellen schaffen. Kleine und mittelständische Unternehmen benötigen eine digitale Schnittstelle zur Verwaltung, um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten. Wir werden das Once-Only-Prinzip einführen. Daten müssen dann dem Staat nur noch einmal zur Verfügung gestellt werden. Dafür schaffen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen einen gemeinsamen “Thüringer Data Space” zum sicheren und schnellen gegenseitigen Datenaustausch. Innovative Ideen wie Cloud-Lösungen „Made in Thüringen“ werden wir unterstützen.

Virtuelles Bauamt einrichten. Wir werden die Voraussetzungen für das “Virtuelle Bauamt” schaffen. Es soll den Bauaufsichtsbehörden zentrale Lösungen zur Verfügung stellen und die Verfahren von der Antragstellung bis zum Bescheid digitalisieren und beschleunigen.

Öffentliche Auftragsvergabe vereinfachen und digitalisieren. Wir wollen, dass sich wieder mehr Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen und Investitionen schneller getätigt werden. Dazu werden wir Vergaben noch einfacher zugänglich und digitaler machen. Die von uns durchgesetzte Vereinfachung des Vergabegesetzes war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir setzen uns außerdem für eine Vereinheitlichung der Vergaberegelungen in Deutschland ein, um grenzüberschreitende Teilnahmen an Ausschreibungen zu erleichtern.

Cybersicherheitsstrategie erarbeiten. Um das Know-how unserer Unternehmen zu schützen und den Zugriff auf sensible Daten abzuwehren, wollen wir Polizei und Justiz im Bereich der Wirtschaftsspionage und Cybersicherheit personell und technisch stärken. Wir wollen eine Strategie für die modernste Cyberabwehr für Staat, Unternehmen und Bürger in ganz Deutschland entwickeln.

Daten schützen, nicht blockieren. Den Datenschutz werden wir darauf ausrichten, dass Daten vor Missbrauch geschützt werden, nicht aber vor berechtigter und sinnvoller Nutzung. Die verwaltungsübergreifende Verwendung von personenbezogenen Daten bei Einverständnis der Betroffenen werden wir vorantreiben.

Für mehr Freiraum und weniger Bürokratie

Behörden zu Dienstleistern machen. Wir stehen für einen Kulturwandel in der Arbeit der Behörden. Diese müssen sich als Ermöglicher, nicht als Verhinderer verstehen. Dies sollen auch Bürger und Unternehmer spüren, wenn sie Kontakt zu Behörden haben. Dazu wollen wir die Eigenverantwortung der Mitarbeiter stärken und Mut zu Entscheidungen fördern. Verfahren müssen vereinfacht und Abläufe verkürzt werden.

Bürokratie abbauen, Vertrauen entgegenbringen. Wir werden Bürokratie konsequent abbauen sowie Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen. Dazu soll bei jeder Erhöhung bürokratischen Aufwands gleichzeitig an mindestens zwei anderen Stellen vereinfacht werden ("Eins rein, zwei raus”). Wir werden den Menschen im Land wieder mehr vertrauen. Wir setzen auf Stichproben- und Zufallskontrollen anstelle von Vollkontrolle.

8-Wochen Genehmigungsfiktion einführen. Wir wollen, dass Anträge schneller bearbeitet werden. Wo dies möglich ist, wollen wir darauf hinwirken, dass Anträge automatisch als genehmigt gelten, wenn sie innerhalb von acht Wochen nicht bearbeitet wurden.

Mehr Bauen ermöglichen. Wir wollen, dass die Schaffung von Wohnraum nicht zusätzlich verteuert oder bürokratisch erschwert wird. Die Bauordnung wollen wir von kleinteiligen Regelungen entschlacken und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange auf das nötige Maß zurückführen. Wir wollen ein Belastungsmoratorium bis mindestens Ende 2027. Bis dahin darf es keine neuen Vorschriften geben, die das Bauen unnötig verteuern oder verzögern.

Förderprogramme entschlacken. Wir werden alle Förderprogramme auf den Prüfstand stellen und auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit hin überprüfen. Für uns steht der Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft im Vordergrund. Programme, deren bürokratischer und personeller Aufwand außer Verhältnis stehen, werden wir beenden. Dort wo dies sinnvoll und möglich ist, werden wir Pauschalförderungen ausreichen. Verwendungsnachweisprüfungen werden wir vereinfachen und standardisieren.

Für neuen Gründergeist

Freiräume für neue Ideen schaffen. Mit Öffnungsklauseln und Erprobungsmöglichkeiten wollen wir für Handwerk, Mittelstand und Industrie flexible und praxistaugliche Lösungen und Modelle schaffen. Mit einem Standarderprobungsgesetz werden wir Experimentierräume ermöglichen, um Innovationen und Standardabweichungen ausprobieren zu können. Damit wird es für neue Ideen und Geschäftsmodelle in Thüringen leichter, sich etablieren zu können.

Gründungen erleichtern. Wir werden Gründungen beschleunigen. Eine Gründung anzumelden darf nicht länger dauern als ein Fußballspiel. Mit uns wird Gründung per Mausklick möglich. Regionale Gründernetzwerke werden wir stärken.

Mehr Risikokapital bereitstellen. Start-ups benötigen Risikokapital. Deshalb wollen wir die bestehenden Fonds Thüringer Start-up-Fonds (TSF) und Thüringer WachstumsBeteiligungsFonds verstärkt als Risikokapitalgeber einsetzen. Gleichzeitig wollen wir stärker für Thüringen als Startup-Standort werben. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Venture Capital-Gesetz ein, über das Wagniskapital bereitgestellt wird.

Technologiefonds auflegen. Wir wollen einen privatwirtschaftlich organisierten branchenoffenen Technologiefonds schaffen, der mit ausreichend privatem und öffentlichem Risikokapital ausgestattet ist. Um private Kapitalgeber zur Investition zu motivieren, wollen wir verschiedene Verfahren erproben, von steuerlichen Anreizen über staatliche Risikoabsicherungen bis zum staatlichen Hebeln der eingezahlten Summen.

Unternehmensnachfolgen fördern. Die Förderung von Nachfolgern werden wir verbessern und die Gründungsförderprogramme entsprechend anpassen. Wegfall der Dreijahresfrist bei der Meistergründungsprämie war ein erster Schritt in diese Richtung. Insbesondere soll auch die Verfügbarkeit von Wagniskapital bei Übernahmen verbessert werden. Im Rahmen des Mikrodarlehen-Programms sollen die Volumina für Unternehmensübernahmen deutlich erhöht werden.

Praxisseminar Unternehmensgründung an Hochschulen. An allen Thüringer Hochschulen sollen Praxisseminare zur Unternehmensgründung und Unternehmensnachfolge angeboten werden. Damit wollen wir Gründungen aus Hochschulen heraus erleichtern und Absolventen auf die Selbstständigkeit vorbereiten.

3. Tourismus und Innenstädte

Der Tourismus in Thüringen hat gute Perspektiven. Einzigartige Natur, Kulturstätten von nationaler Bedeutung in allen Regionen unseres Freistaats und die zentrale Lage für Geschäftsreisen bieten reichlich Anlässe für Reisen. Gerade der Land- und Naturtourismus bietet große Entwicklungsmöglichkeiten, und zwar sowohl für die weit bekannten Städte als auch für die Dörfer. Gemeinsam wollen wir den Tourismus in den Regionen weiterentwickeln, unsere Innenstädte beleben und unser schönes Thüringen national wie international in das Blickfeld neuer Besucher rücken.

Für ein attraktives Reiseland

Tourismusinfrastruktur stärken. Der Erhalt der touristischen Infrastruktur muss in tourismusrelevanten Kommunen als Pflichtaufgabe betrachtet werden. Das schafft Planungssicherheit und ermöglicht den Akteuren wirtschaftlich und zukunftsorientiert zu arbeiten und Wertschöpfung auch für die Gemeinden zu generieren.

Tourismus in allen Regionen sichern. Die Tourismusstrategie des Landes werden wir fortschreiben. Dabei legen wir den Fokus auf die Stärken des Freistaats. Kulinarik, Historie, Kultur, Sport und Naturerlebnis stehen für uns im Mittelpunkt. Wir wollen den Tourismus in allen Regionen Thüringens bewahren und Planungssicherheit für Destinationsmanagementorganisationen (DMO) schaffen. Der mit zunehmender Qualifizierung der DMO steigende Bedarf an finanziellen Mitteln zur institutionellen Förderung muss im Landeshaushalt berücksichtigt werden.

„Das Grüne Herz Deutschlands“ als Leitmarke etablieren. Wir wollen für Thüringen mit einer Leitmarke mit Wiedererkennungswert werben. Das Grüne Herz ist unsere Identität und tief in der Bevölkerung verwurzelt. Statt austauschbarer Werbe-Slogans werden wir so wieder eine emotionale Bindung an den Standort erreichen und das historische Selbstverständnis und die Thüringer Identität selbstbewusst präsentieren.

Gastgewerbe entlasten. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Umsatzsteuer für vor Ort verzehrte Speisen wieder und dauerhaft auf 7 Prozent gesenkt wird. Nur so können die Wettbewerbsnachteile der Gaststätten gegenüber Lieferdiensten, To-Go-Ausgaben und verzehrfertigen Angeboten des Lebensmitteleinzelhandels abgebaut werden.

Förderung wirksam ausgestalten. Auch im Bereich Tourismus wollen wir Förderprogramme und Förderrichtlinien deutlich vereinfachen und Bürokratie abbauen. Wir werden bei der Neuausrichtung der Tourismusförderung die Qualitätsverbesserung in den Mittelpunkt rücken. Auch Ersatzinvestitionen werden wir förderfähig machen, um langfristige Wertschöpfung für die Tourismuswirtschaft zu ermöglichen.

Kur- und Erholungsorte stärken. Mit der CDU haben Erholungsorte erstmals einen Ausgleich für die zusätzlichen Aufgaben erhalten und Kurorte wurden mit zusätzlichen Mitteln bedacht. Dies war für uns der Anfang. Wir werden die besonderen Aufgaben der Kur- und Erholungsorte bei der Reform der Kommunalfinanzen berücksichtigen und ihnen so Planungssicherheit mit einer verlässlichen finanziellen Förderung geben.

Touristische Regionen besser vernetzen. Wir werden uns für den Ausbau eines touristischen ÖPNV-Linienangebotes einsetzen, das die vielfältigen Anlaufstellen in den touristischen Regionen Thüringens besser vernetzt. Außerdem werden wir die Radwegeinfrastruktur – auch im Hinblick auf Fernradwege – erweitern und damit das Netz der Wanderwege ergänzen.

Thüringen-Botschafter gewinnen. Damit Thüringen künftig noch sichtbarer als Tourismusstandort wird, wollen wir das Eventmarketing von Großveranstaltungen verbessern. Zusätzlich wollen wir Thüringen-Botschafter gewinnen, die die Besonderheiten jeder Thüringer Region repräsentieren.

Arbeitszeit flexibilisieren. Wir setzen uns für mehr Freiheit bei der Arbeitszeitgestaltung im Tourismus ein. Auf Bundesebene wollen wir uns für eine entsprechende Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie einsetzen.

Gaststättenrecht vereinfachen. Wir sind davon überzeugt, dass die Antidiskriminierungsregeln im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ausreichen. Das entsprechende Sonderrecht im Thüringer Gaststättengesetz werden wir abschaffen.

Für lebendige Innenstädte

Citymanagement verstetigen. Die Etablierung eines Citymanagements hat in den Thüringer Mittel- und Oberzentren erste Erfolge gezeigt. Wir werden die Förderung fortsetzen, um diese wichtige Aufgabe auch in Zukunft zu sichern.

Innenstadtbudgets fördern. Die bisherige Praxis, Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Innenstädte als Einzelprojekte zu fördern, hat sich als unflexibel und zeitaufwendig erwiesen. Wir werden stattdessen Innenstadtbudgets förderfähig machen. Damit können Citymanagement oder Wirtschaftsförderung kleinere Maßnahmen wie Begrünung, Events oder Informationssysteme ohne Einzelbeantragung realisieren.

Aktives Leerstandsmanagement ermöglichen. Wir werden die Kommunen im Rahmen der Förderung in die Lage versetzen, aktiv gegen Leerstand vorzugehen und Zwischenmieten, Umbaumaßnahmen, Pop-Up-Stores oder vorübergehende Schaufensternutzung finanziell zu unterstützen.

4. Landwirtschaft

Wir stehen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft vor Ort, die in unserer Heimat für gute, sichere und nachhaltig hergestellte Lebensmittel sorgt. Die heimische Landwirtschaft ist der Motor des ländlichen Raums. Sie nutzt die Hälfte der Landesfläche und ist für die Ernährung, den Klimaschutz und die Artenvielfalt gleichermaßen wichtig. Sowohl konventionelle als auch ökologische Landwirtschaft haben in Thüringen ihre Bedeutung. Die Landwirtschaft hat Wertschätzung verdient und keine Benachteiligung, die zur Gefährdung von Existenzen führt.

Für mehr Wertschätzung der heimischen Landwirtschaft

Vielfältige Landwirtschaft fördern. Wir stehen für eine starke und breit aufgestellte Landwirtschaft, in der konventionelle wie ökologische Landwirtschaft, große Mehrfamilienbetriebe wie kleinere Einzelbetriebe, Pflanzenproduktion wie Nutztierhaltung ihren Platz haben. Unsere Land- und

Ernährungswirtschaft ist die Lebensgrundlage der Menschen und prägt unsere Heimat landschaftlich. Sie ist mit ihren Produkten ein Aushängeschild Thüringens. Ziel unserer Politik ist eine Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt, umweltfreundlich wirtschaftet und eine artgerechte Tierhaltung garantiert.

Digitalisierung unterstützen. Der Einsatz digitaler Technik und künstlicher Intelligenz in der Landwirtschaft (Smart Farming) ermöglicht eine umweltschonendere Bodenbearbeitung, erleichtert eine am Tierwohl ausgerichtete Nutztierhaltung und verspricht Effizienzgewinne in der Lebensmittelverarbeitung. Wir wollen Smart-Farming-Projekte gezielt unterstützen. Die im Rahmen der Digitalisierung der Landwirtschaft eingeführten Instrumente PORTIA und FAN-App sind unverändert zu komplex. Wir wollen für funktionelle und praxistaugliche Lösungen sorgen.

Kürzungen beim Agrardiesel zurücknehmen. Wir setzen uns auf Bundesebene für die vollständige Rücknahme der Kürzungen bei der Agrardiesel-Steuerrückerstattung ein. Diese Kürzungen sind falsch, da die Agrardieselrückvergütung ein wichtiger Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen im Vergleich zu den europäischen Nachbarn ist.

Steuerfreie Klimarücklage zulassen. Landwirtschaftsbetriebe sollen steuerfreie Klimarücklagen bilden können. Dafür werden wir uns auf Bundesebene einsetzen. Damit soll sich die Landwirtschaft besser auf Ertragsschwankungen infolge des Klimawandels vorbereiten können und in ertragsschwachen Jahren von staatlichen Nothilfen unabhängiger werden.

Nachwuchs für Grüne Berufe gewinnen. Die sogenannten „Grünen Berufe“ in der Land- und Forstwirtschaft sollen für Nachwuchs attraktiver werden. Dazu wollen wir die Berufsausbildung, die überbetriebliche Ausbildung, die Fachschulfortbildung und die vielfältigen Weiterbildungsangebote in Thüringen erhalten und weiterentwickeln. Die Förderung von Unternehmensnachfolgen wollen wir auch im Bereich der Landwirtschaft ermöglichen.

Arbeit der Landwirte wertschätzen. Unsere Landwirte leisten einen unschätzbaren Beitrag zum Klimaschutz, zum Erhalt der Natur und zur Biodiversität. Wir setzen uns dafür ein, dass in der Öffentlichkeit ein wirklichkeitsnahes Bild landwirtschaftlicher Arbeit und ihrer Produkte vermittelt wird. Wir wollen das Bewusstsein der Menschen hierfür schärfen.

Für Klarheit und Verlässlichkeit bei Investitionen sorgen. Tierwohl ist für uns ein zentrales Anliegen. Wir unterstützen unsere Thüringer Betriebe bei Investitionen in noch modernere Ställe, Dünge- und Pflanzenschutztechnik oder Digitalisierung. Wir setzen dabei auf Kooperationen statt staatlicher Eingriffe und auf Anreize statt Auflagen. Entscheidend ist, Planungssicherheit für Investitionen zu garantieren. Investitionen, etwa im Stallbau, müssen über den gesamten Abschreibungszeitraum Bestandsschutz haben und dürfen nicht durch neue Regulierungen entwertet werden.

Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft erhalten. Wir setzen uns für den Abbau bürokratischer Lasten und für eine gemeinsame Agrarpolitik der EU ein, die die Einkommen der landwirtschaftlichen Unternehmen und deren Beschäftigten sichert. Den Besonderheiten der Agrarstruktur in den ostdeutschen Ländern muss dabei Rechnung getragen werden. Um die hohen Anforderungen und die stetigen Anpassungsprozesse bewältigen zu können, brauchen die Landwirte auch weiterhin Direktzahlungen.

GAK-Mittel für Ländlichen Raum erhalten. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine auskömmliche Ausstattung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ein. Sie ist entscheidend für die Entwicklung des Ländlichen Raumes in Thüringen.

Flächendeckende tiergebundene Landbewirtschaftung sichern. Wir wollen, dass der gesellschaftliche Beitrag unserer Landwirte als Lebensmittelproduzenten, Naturschützer und Landschaftsbewahrer stärker gewürdigt wird. Dazu sind die Agrarumweltmaßnahmen auskömmlich

finanziell auszustatten und die Ausgleichszulage im benachteiligten Gebiet fortzuführen.

Vorrang der landwirtschaftlichen Produktion. Der Ausbau regenerativer Energien muss im Einklang mit landwirtschaftlicher Nutzfläche stehen. Hauptaufgabe bleibt die Sicherung der Nahrungsmittelproduktion. Bioenergieerzeugung muss auch künftig wirtschaftlich möglich sein.

Bodenspekulationen verhindern. Aktivitäten nicht-landwirtschaftlicher Akteure auf dem Bodenmarkt und die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Pacht- und Bodenpreise betrachten wir mit Sorge. Änderungen von bodenrechtlichen Vorgaben werden wir daran messen, ob sie dem Ziel einer ausgewogenen Agrarstruktur und zur Abwehr außerlandwirtschaftlicher Investitionen und Spekulationen dienen.

Partner in der Landwirtschaft stärken. Landjugend, Landfrauen und Landsenioren sind eine starke Säule des Engagements in den ländlichen Regionen. Diese Partner werden wir weiterhin verlässlich unterstützen und in Entscheidungsprozesse einbinden.

Ausbruch von Tierseuchen verhindern. Wir werden alle möglichen Präventionsmaßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest ergreifen. Für die erforderliche Bejagung der Schwarzwildbestände wollen wir das Prämiensystem verbessern.

Mensch und Tier vor dem Wolf schützen. Der Wolf passt nicht zur Thüringer Kulturlandschaft und zu unserer Weidetierhaltung. Wölfe sind für Halter von Nutz- und Weidetieren bereits jetzt ein Existenzrisiko. Wir werden die rechtlichen Grundlagen für die Regulierung der Wolfbestände schaffen.

5. Energie

Eine starke Wirtschaft und gelingender Klimaschutz sind für uns keine Gegensätze. Unsere Überzeugung ist: Nur, wenn wir Anstrengungen zum Klimaschutz mit einem Mehr an Wohlstand verbinden können, wird Deutschland ein positives Beispiel für die weltweiten Anstrengungen zum Klimaschutz sein. Bestrebungen, Klimaziele auch durch Deindustrialisierung zu erreichen, lehnen wir entschieden ab.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich in der Energiepolitik völlig verrannt. Durch den einseitigen Fokus auf der Erfüllung von abstrakten Flächenzielen für Windenergie durch die Öffnung der Thüringer Wälder hat sie es verpasst, in anderen Bereichen die richtigen Weichen zu stellen. Wir setzen stattdessen auf eine sichere, bezahlbare, saubere und technologieoffene Energieversorgung. Umweltverträglichkeit muss immer mit Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit einhergehen.

Für Bezahlbarkeit und Versorgungsicherheit

Energie bezahlbar halten. Die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten haben sich zu einem gravierenden Standortnachteil für die deutsche Wirtschaft entwickelt. Doch auch viele Verbraucher werden durch die gestiegenen Kosten hart getroffen. Es ist deshalb keine Zeit für Erhöhungen der politisch verantworteten Preisbestandteile. Die Erhöhung des CO_2-Preises muss verlangsamt und die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden.

Klimageld auszahlen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass das lange versprochene Klimageld endlich eingeführt wird. Denn für die

Akzeptanz der CO_2-Bepreisung ist es entscheidend, dass Einnahmen daraus zur Entlastung insbesondere von Haushalten mit kleineren und mittleren Einkommen genutzt werden.

Netzentgelte reformieren. Es kann nicht sein, dass Thüringen zum Transitland für Strom von Nord nach Süd wird, davon selbst nicht profitiert, aber die Thüringer Bürger in den Netzentgelten Ausbau, Betrieb, Wartung und Stabilisierungsmaßnahmen der Netze finanzieren sollen. Wir werden uns für eine Reform der Netzentgelte einsetzen. Wir wollen die Entgelte für regionale Verteilnetze bundesweit vereinheitlichen, so wie es bei den Übertragungsnetzen bereits der Fall ist.

Ausbau regionaler Verteilnetze vorantreiben. Mit der Umstellung energieintensiver Prozesse in der Industrie aber auch der zunehmenden Nutzung von Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen steigt der Druck auf den Netzausbau. Gleichzeitig entstehen immer mehr dezentrale Erzeugungsanlagen. Die Ortsnetze müssen so ertüchtigt werden. Die Zulassungsverfahren zur Einspeisung von PV-Strom durch die Netzbetreiber sind deutlich zu beschleunigen.

Speicherforschung unterstützen. Eine Steigerung der Produktion der Erneuerbaren Energien kann nur gemeinsam mit Speichern und Verteilnetzen zu einem stabilen Energiesystem führen. Wir werden die in Thüringen angesiedelte Speicherforschung unterstützen und ausbauen. Die Speicherung ist bisher eine Schwachstelle auf dem Weg zur CO_2-Neutralität. Ohne ausreichende Speicherkapazitäten wird die Energiewende nicht gelingen.

Selbstversorgerbonus umsetzen. Wir wollen den Druck auf die Stromnetze reduzieren. Im privaten Bereich wollen wir die Erzeugung erneuerbarer Energien in Kombination mit Speichern, Ladestationen und Elektrofahrzeugen fördern. Im Bereich der Industrie werden wir mit einer Speicherinitiative die Errichtung von Großspeichern in Gewerbegebieten vorantreiben.

Eigenversorgung erleichtern. Immer mehr Unternehmen investieren in die eigene Stromerzeugung. Doch gerade für mittelständische Unternehmen sind solche Projekte schwer realisierbar. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der regulatorische Rahmen für „Energy Sharing“ zügig verabschiedet und die Gründung von „Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften“ unkompliziert möglich wird.

Biogasanlagen ausbauen. Wir stehen für den Erhalt und den weiteren Ausbau von grundlastfähigen Biogasanlagen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Bioenergieerzeugung einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb der Bestandsanlagen und einen Zubau im Rahmen der Biomassepotenziale ermöglichen.

Wasserstoffstrategie weiterentwickeln. Wir sehen in der Nutzung der Wasserstofftechnologie einen wesentlichen Baustein der Energiewende in Thüringen und werden Forschung und Anwendung in diesem Bereich unterstützen. Um den Hochlauf von Wasserstoffanwendungen zur ermöglichen, werden wir auch den Einsatz von türkisem und für eine Übergangsphase blauem Wasserstoff ermöglichen. Das vorhandene Gasnetz wollen wir erhalten und zukünftig H_2-Ready, also für Wasserstoff nutzbar, machen.

Wasserstoff-Region Mitteldeutschland vorantreiben. Wir wollen, dass Thüringen gemeinsam mit Sachsen und Sachsen-Anhalt die Wasserstoff-Verbundregion Mitteldeutschland bildet. Ziel ist die Schaffung einer flächendeckenden Wasserstoff-Infrastruktur, die auch für Thüringen den Anschluss an überregionale Wasserstoffnetze ermöglicht. Auch sollen moderne Mobilitätskonzepte für Bus und Bahn auf Wasserstoffbasis einbezogen werden.

Wasserkraft weiter fördern. Wir treten dafür ein, alle Bestandsanlagen der Wasserkraftgewinnung zu erhalten und deren weitere Förderung zu sichern. Bisher nicht gebaute Projekte der Wasserkraftnutzung an der Saalekaskade sollen auf ihre zukünftige Realisierbarkeit überprüft werden. Im Zusammenhang damit muss der Bedeutung von Pumpspeicherwerken als Stromspeicher endlich durch eine Änderung der

Besteuerung dieser Anlagen Rechnung getragen werden.

Geothermie für Thüringen nutzen. Thüringen verfügt über geeignete natürliche Potenziale, über qualifizierte Fachkräfte und über moderne Technologien, regenerative Geoenergie in großem Umfang für die Transformation der energetischen Infrastruktur verfügbar zu machen. Wir unterstützen praxisorientierte Forschung und Pilotprojekte und erleichtern die Genehmigung von Geothermie-Projekten. Um Bürger bei den teuren Bohrkosten zu entlasten, werden wir das Förderprogramm „GeoInvest“ auflegen.

Für nachhaltige Energieversorgung

Thüringens Strombedarf decken. Wir setzen auf Leistung statt auf pauschale Flächenvorgaben. Unser Ziel ist es, genügend Strom aus einem breiten Mix von erneuerbaren Quellen in Thüringen zu erzeugen, um unseren eigenen Stromverbrauch bilanziell zu decken. Dazu braucht es klare Erzeugungsmengenziele für den Ausbau, die sich an den realen Bedarfen Thüringens orientieren. Abstrakte und realitätsferne Flächenziele lehnen wir ab.

Technologieoffenheit durchsetzen. Wir wollen, dass alle emissionsfreien Energieformen gleichberechtigt gefördert und in den Markt gebracht werden können. Neue Ideen von Wissenschaftlern und Ingenieuren dürfen nicht an starren politischen Rahmenbedingungen scheitern. Wir werden alle relevanten Thüringer Förderprogramme technologieoffen gestalten.

Repowering vor Neubau priorisieren. Wir wollen vorhandene Flächen im Bereich Photovoltaik und Wind effizienter nutzen. Moderne Anlagen erzeugen auf der gleichen Fläche eine ungleich größere Energiemenge. Wir wollen einen Vorrang für Repowering einführen und Planungs- und Genehmigungsverfahren für Repowering-Projekte vereinfachen. Die vorhandene Anlage soll als Präqualifikation gelten können. Die Nutzung auf bereits beanspruchten Flächen zu intensivieren, hat für uns immer Vorrang vor der Erschließung neuer Flächen.

Thüringen baut um. Energieeffizienz in Gebäuden und Netzen muss zum Leitgedanken in allen einschlägigen Regelungen werden. Wir wollen Anreize für einen energetischen Umbau in der Wirtschaft und in den eigenen vier Wänden schaffen. Mit gut ausgestatteten Kreditprogrammen der Thüringer Aufbaubank wollen wir Wirtschaft und Privathaushalte dabei unterstützen, durch Energiespar- und Umbaumaßnahmen die Energiekosten zu senken. Auf Bundesebene werden wir uns für höhere steuerliche Absetzbarkeit von energetischen Gebäudesanierungen einsetzen.

Energiequartiere etablieren. Unser Ziel ist es, unterschiedliche Energieerzeugungsarten (z. B. Photovoltaik, Windkraft, Tiefengeothermie, Wasserkraft, Biomasse) mit smarten Netzen lokal zusammenfassen und mit Energiespeicherkonzepten kombinieren. So entstehen lokale und in Teilen grundlastfähige Nahversorger („Energiequartier“).

Windenergie im Einklang mit den Bürgern ausbauen. Der Ausbau der Windkraft kann nur mit und nicht gegen die Menschen vor Ort erfolgen. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass in Waldgebieten die Wiederaufforstung und der ökologische Waldumbau priorisiert und eine Umnutzung für Windkraft vermieden wird.

Energie in Bürgerhand. Mit Bürgerenergie bleibt die Wertschöpfung der Energieerzeugung bei den Bürgern in Thüringen. Wir wollen den Anteil der Bürgerenergiegenossenschaften erhöhen. Dazu

werden wir Genossenschaften in der Planungsphase organisatorisch und finanziell unterstützen und günstige Pachtflächen auf Dächern von Landesimmobilien zur Verfügung stellen.

Verpflichtende Erlösbeteiligung festschreiben. Wir wollen, dass die Thüringer Kommunen an der Wertschöpfung lokaler Windparks- und Freiflächensolaranlagen partizipieren. Wir werden eine verpflichtende Beteiligung gesetzlich regeln.

Dächer für Photovoltaik nutzen. Mit einem 50.000-Dächer-PV-Programm mit vergünstigten Darlehen der Thüringer Aufbaubank werden wir der Nutzung von Solarenergie in Thüringen neuen Schub geben. Wir wollen Anreize schaffen, dass bei Neubauten und grundlegenden Dachsanierungen an Nicht-Wohngebäuden Photovoltaik oder Solarthermie genutzt werden. Eigentümer sollen Dächer, die sie nicht selbst für Solaranlagen nutzen wollen, einfacher verpachten können, etwa an Bürgerenergiegenossenschaften.

Zweitverwertung vor Flächenversieglung. Wir wollen Thüringen zum Vorreiter bei der Zweitverwertung bereits genutzter Flächen für die Energiegewinnung machen. Beim staatlichen Neubau von Parkplätzen wollen wir die Einrichtung von Anlagen zur Energiegewinnung verpflichtend machen. Auch andere versiegelte Flächen, wie Industriebrachen und Deponien, werden wir für die Energieerzeugung aktivieren.

Energie-Autobahnen bauen. Gemeinsam mit der Autobahn GmbH des Bundes werden wir konkrete Projekte zur Gewinnung von Solarenergie entlang der Autobahn umsetzen. Der Fokus liegt dabei auf Flächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden können, z. B. in den Innenbereichen von Auffahrten (sog. Ohren). Auch Parkplätze und Lärmschutzwände entlang von Autobahnen wollen wir zur Energiegewinnung nutzen.

Städte in den Energieplan einbeziehen. Wir wollen, dass alle Teile Thüringens ihren Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energie leisten. Wir werden die Nutzung von Parkplätzen, Dächern und Fassaden für Solarenergie erleichtern, auch durch eine generelle Solarausnahme vom Denkmalschutz. Pilotprojekten für vertikale Windkraftanlagen auf größeren Gebäuden stehen wir offen gegenüber.

Landesverwaltung CO_2-neutral machen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit die Landesverwaltung komplett CO_2-neutral arbeitet. Auch muss das Land bei der Gewinnung von Solarenergie auf eigenen Gebäuden mit Vorbild vorangehen. Beim staatlichen Neubau werden wir Photovoltaik zum Standard machen und auch auf bestehenden Liegenschaften werden wir jedes freie Dach auf PV-Geeignetheit prüfen.

Kernkraft weiter nutzen. Wir werden uns für eine Reaktivierung aller einsatzfähigen Kernkraftwerke einsetzen. In Zeiten der Energiekrise können diese Kraftwerke einen wichtigen Beitrag zu Versorgungssicherheit, Preisstabilität und zur Grundlastsicherung leisten. Die Abschaltung durch die Ampel-Regierung war und ist unverantwortlich. Unser Ziel ist, neue Kraftwerksgenerationen und neue Formen der sicheren nuklearen Energieerzeugung auch in Deutschland zu erforschen, zu entwickeln und zu nutzen.

CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Das Regierungsprogramm

Bildung

II. Bildung

Unsere Vorstellung von Bildung und das dahinterstehende Menschenbild sind tief in der europäischen Kultur verwurzelt. Im Fokus unserer Politik steht der einzelne Mensch mit seinen individuellen Begabungen. Bildung ermöglicht die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Sie befähigt, sein Leben in verantworteter Freiheit zu gestalten und seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Unser Anspruch ist es, unsere Kinder und Jugendlichen ungeachtet der Startvoraussetzungen zu einem selbstbestimmten und wertebasierten Leben zu befähigen und sie bestmöglich auf die Herausforderungen des Lebens vorzubereiten. Gemeinsam mit den Eltern wollen wir jedem Kind die Chance auf bestmögliche Bildung und Betreuung ermöglichen. Leistung und Bildungsgerechtigkeit denken wir zusammen. Lebenslanges Lernen ist für uns selbstverständlich. Wir wollen die berufliche Weiterbildung stärken und auch die Erwachsenenbildung als Zukunftsaufgabe begreifen. Sozial ist, was Bildung ermöglicht!

1. Frühkindliche Bildung

Mit einer guten frühkindlichen Bildung wollen wir den Grundstein für den bestmöglichen Start ins Leben legen. Im Kindergartenalter sollen unsere Kinder spielend lernen und ihre sozialen Fähigkeiten und moralischen Werte, wie Leistung, Fleiß, Ehrlichkeit, Hilfsbereitschaft und Respekt, ausprägen.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat es in den vergangenen zehn Jahren nicht geschafft, unsere Thüringer Kindergärten auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen und die wachsende Unterschiedlichkeit der Kinder vorzubereiten. Falsche Schwerpunkte wurden gesetzt und Chancen vertan. Auch der anstehende Generationenwechsel des Kindergartenpersonals bis 2030, die bauliche Modernisierung der Einrichtungen und die Ausstattung mit zeitgemäßem Equipment sowie die generelle Verbesserung der Betreuungsqualität wurden durch Rot-Rot-Grün vernachlässigt. Das werden wir ändern!

Für mehr Fachkräfte in unseren Kindergärten

Betreuungsschlüssel verbessern. Für uns hat die Qualität der Kinderbetreuung oberste Priorität. Zur Steigerung der Betreuungsqualität wollen wir die personelle Ausstattung in den Kindergärten weiter verbessern. Wir wollen, dass künftig jeweils ein Erzieher für sechs Kinder zwischen einem und drei Jahren zuständig ist. In der Altersspanne zwischen drei Jahren und der Einschulung soll jeweils ein Erzieher für zwölf Kinder da sein.

Ausbildungskapazitäten erhöhen. Um den zukünftigen Personalbedarf decken zu können, wollen wir ausreichend Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen und Bildungseinrichtungen für pädagogische Berufe vorhalten und die Ausbildungsdauer verkürzen. Zudem werden wir die berufsbegleitenden Bachelorstudiengänge für Kindergartenleitungen und pädagogische Assistenzkräfte gezielt stärken.

Attraktivität des Erzieherberufs steigern. Die Attraktivität der Erzieherausbildung wollen wir erhöhen, indem wir die Ausbildungszeiten verkürzen. Mit flexiblen Rahmenbedingungen und individuellen Arbeitszeitkonten wollen wir Erziehern mehr Sicherheit und faire Arbeitsbedingungen bieten. Die Arbeit mit dem Kind steht für uns im Vordergrund. Bürokratie und Zettelwirtschaft werden wir reduzieren.

Für eine bestmögliche Förderung und Betreuung unserer Kinder

Kindergärten zu Familienzentren ausbauen. Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ) tragen zu einer erweiterten Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Kinder und Eltern bei. Wir werden in den Familienzentren als weiteren Anknüpfungspunkt für die aktuell bestehenden Angebote, die Familienbildung, -beratung und -unterstützung enger zusammenführen. Die vorhandenen ThEKiZ wollen wir weiterentwickeln und so ein flächendeckendes Netz an Familienzentren in Thüringen schaffen. Diese sollen mit Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und denen der Kindertagesstätten verknüpft werden.

Familien entlasten. Wir wollen Familien gezielt entlasten. Wir bekennen uns zur bestehenden Beitragsfreiheit für den Kindergarten. Nach der Verbesserung der Qualitäts- und Fachkräftesituation streben wir eine vollständige Beitragsfreiheit an.

Medienbildung stärken. Wir wollen digitale Medien altersgerecht und zeitlich begrenzt zur Förderung des digitalen Verständnisses in den Kindergärten einsetzen. Im Vordergrund steht für uns immer die jeweilige Lernerfahrung und nicht die reine Beschäftigung der Kinder. Die Erzieher werden wir zu einem sicheren Umgang mit digitalen Medien innerhalb der frühkindlichen Bildungsarbeit befähigen.

Bewegung fördern. Die körperliche Fitness ist ein wesentlicher Baustein für die Gesundheit von Kindern und beugt langfristig Diabetes, Übergewicht oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen vor. Deshalb setzen wir uns für die flächendeckende Förderung von allgemeinen Motorik-Tests und Bewegungsprogrammen ein. Das Programm “KITA-Schule-Sportverein" wird von uns unterstützt und fortgeführt.

Gesunde Ernährung ermöglichen. Eine qualitativ hochwertige (nach DGE-Qualitätsstandards) und bezahlbare Verpflegung in den Kindergärten kommt unmittelbar den Kindern zugute und entlastet die Familien. Regelmäßige Mahlzeiten und ein warmes Mittagessen in Kindergarten und Grundschule dürfen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Deshalb werden wir uns für eine ermäßigte Umsatzsteuer von 7 Prozent auf Kindergartenessen einsetzen.

Landesförderprogramme langfristig sichern. Unsere Kindergärten sind heterogener geworden. Neben dem wachsenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, ist in den vergangenen Jahren auch eine Zunahme von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf zu verzeichnen. Deshalb werden wir die Landesprogramme "Sprach-Kitas" und "Vielfalt vor Ort" fortführen und so den Einrichtungen die zusätzlich notwendigen Ressourcen zukommen lassen.

Kindertagespflege stärken. Wir wollen für alle Kinder passgenaue Angebote schaffen, um den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten der Thüringer Familien Rechnung zu tragen. Tagesmütter und -väter bilden neben den Kindergärten die ideale Ergänzung eines umfassenden, bedarfsorientierten Angebotes innerhalb der frühkindlichen Bildung. Wir setzen uns für eine angemessene Vergütung und eine angemessene Berücksichtigung der allgemein anfallenden Sachkosten ein.

2. Schulbildung

Wir wollen eine gute Bildung von klein auf und die Stärken jedes Einzelnen fordern und fördern. Deshalb stehen wir für ein durchlässiges und leistungsorientiertes Schulsystem mit verschiedenen Schulformen. Wir wollen die Vielfalt der Talente fördern und jedem Kind die passende Schulbildung bieten. Wir werden die Eigenverantwortung der Schulen deutlich stärken und die pädagogische Qualität wieder erhöhen. Wir stehen für die Stärkung und den Ausbau von Bildungspartnerschaften, um die Qualität und Praxisnähe zu steigern. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Eltern, Wirtschaft und Hochschulen ist uns wichtig.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat den Lehrermangel im Thüringer Bildungssystem seit 2015 nicht in den Griff bekommen. Aktuell fehlen über 2.000 Lehrer vor den Klassen. Mittlerweile fällt jede zehnte Unterrichtsstunde aus. Unsere Schüler fallen in Schulvergleichsstudien immer weiter zurück. War Thüringen einmal Spitzenreiter beim Lesen, ist es heute bei den Kernkompetenzen abgerutscht. Und das hat Folgen: Mittlerweile verlässt jeder zehnte Schüler die Schule ohne Abschluss. Das werden wir ändern!

Wir wollen Thüringen wieder zum führenden Bildungsland in Deutschland machen: Statt Strukturdebatten zu führen, sorgen wir für mehr Lehrer, schnellere Einstellungen und moderne und gut ausgestattete Schulen. Mit uns gibt es verlässlichen Unterricht und eine Qualitätsgarantie für gute Bildung. Wir wollen, dass jeder Schüler seine individuellen Potenziale ausschöpfen kann, einen Abschluss erlangt und entsprechend gefördert wird. Das ist der Kern unseres Thüringer Bildungs-Versprechens.

Für jedes Kind die richtige Schule

Schulstandorte erhalten. Kurze Beine brauchen kurze Wege. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, gerade im ländlichen Raum, kleine Grundschulen zu erhalten. Im Rahmen der Schulnetzplanung werden wir über Kreisgrenzen hinweg, überregionale Bildungskooperationen ermöglichen.

Gegliedertes Schulsystem stärken. Wir unterstützen Familien dabei, für jedes Kind die beste Schule zu finden. Von den Grundschulen über die Regel-, Gemeinschafts- und Förderschulen bis zu den Gymnasien wollen wir allen Schulen gleiche Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Das schließt auch die Schulen in freier Trägerschaft ein, die nicht nur zur Vielfalt und Innovationskraft der Thüringer Schullandschaft beitragen, sondern auch Aufgaben der Grundversorgung übernehmen und insofern gleichwertiger Teil des Thüringer Schulwesens sind.

Hortgebühren abschaffen und Ganztagsangebote stärken. Wir werden die Hortgebühren an den Schulen abschaffen. Damit machen wir die Ganztagsangebote für alle Kinder zugänglich und sorgen so für mehr Bildungsgerechtigkeit. Gleichzeitig entlasten wir Familien und reduzieren den bürokratischen Aufwand bei den Kommunen.

Regelschulen aufwerten. Gute und leistungsfähige Regelschulen sind das Fundament für die Sicherung des dringend benötigten Fachkräftenachwuchses in Thüringen. Den praxisorientierten Unterricht wollen wir durch Bereitstellung von Werkzeugen und geeigneten Unterrichtsräumen stärken. Wir werden multiprofessionelle Teams an allen Regelschulen verankern und an jeder Regelschule mindestens einen Schulsozialarbeiter einsetzen. Benachteiligungen z. B. bei der Zuweisung von Lehrern im Vergleich zu anderen Schularten werden wir beenden.

Gymnasiale Bildung stärken. Wir werden das Gymnasium als Stätte der wissenschaftlichen Bildung und individuellen Förderung stärken und weiterentwickeln, um unsere Kinder umfassend auf

die Herausforderungen einer modernen, digitalisierten und wissensbasierten Welt vorzubereiten.

Inklusion mit Augenmaß und Förderschulen erhalten und. Wir werden die unter rot-rot-grün eingeleitete “kalte Abwicklung” der Förderschulen stoppen. An erster Stelle stehen für uns das Wohl des Kindes und das Schulwahlrecht der Eltern. Sie allein sollen entscheiden, ob ihr Kind in einer Förderschule oder im inklusiven Unterricht an einer allgemeinbildenden Schule unterrichtet werden soll. Dazu werden wir die erforderlichen personellen und sächlichen Ressourcen an Förderschulen und für den gemeinsamen Unterricht bereitstellen. Unser Ziel ist es, die Förderschulen als professionellen Lernort flächendeckend zu erhalten und Lerngruppen für Kinder mit besonderen sozial-emotionalen Förderbedarfen zu entwickeln.

Freie Schulen fair ausstatten. Die Schulen in freier Trägerschaft sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft. Die Benachteiligung der Freien Träger durch die rot-rot-grüne Landesregierung, sei es bei der Übertragung von Tarifabschlüssen oder der Anerkennung von Kosten des Schulaufwandes, werden wir beenden. Das komplizierte und aufwendige Verfahren der Verwendungsnachweisführung und -prüfung wollen wir abschaffen und durch ein einfaches und bürokratiearmes Testat-Verfahren ersetzen.

Bildungsbarrieren abbauen. Statt ideologiegetriebene Strukturdebatten zu führen, setzen wir uns dafür ein, Barrieren und Übergangshürden zwischen den Schularten zu verringern. Hierzu wollen wir die allgemeine Durchlässigkeit des Bildungssystems innerhalb der individuellen Schullaufbahn weiter verbessern. Wir wollen einen leichteren Zu- und Übergang zu anderen Schularten in jeder Klassenstufe. Beim Übergang von der beruflichen Bildung zur Hochschule sollen erworbene Kompetenzen leichter angerechnet werden können.

Schulleitern mehr Eigenverantwortung geben. Die Schulleiter kennen die Probleme vor Ort am besten und können unmittelbar Lösungen herbeiführen. Wir wollen die Kompetenzen der Schulleiter stärken und ihnen mehr Eigenverantwortung, insbesondere bei Personalentscheidungen, geben. Schulleiter sollen zukünftig beispielsweise Lehramtsanwärter frühzeitig durch Vorverträge an ihre Schule binden können.

Sonderprogramm “Digitale Schule” auflegen. Wir wollen, dass in den Thüringer Schulen mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik gelehrt und gelernt wird. Mit einem Sonderförderprogramm “Digitale Schule” wollen wir eine Investitions- und Digitalisierungsoffensive starten. Hierzu gehört auch, dass Schüler ab der 5. Klasse entweder ein eigenes digitales Endgerät besitzen oder ein Leihgerät erhalten. Digitalunterricht soll den Präsenzunterricht und die Handschrift nicht ersetzen, sondern konstruktiv ergänzen. Bei Wartung und Administration werden wir die Schulen durch den Einsatz „digitaler Hausmeister“ unterstützen.

Digitales Lernen erleichtern. Damit Datenschutz nicht zu einer Bildungsbremse wird, werden wir gemeinsam mit dem Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit lebensnahe und praktikable Lösungen für die Nutzung digitaler Anwendungen sowie Arbeits- und Kommunikationsplattformen entwickeln.

Bildungskompetenzen bündeln. Bildung gehört in eine Hand. Wir stehen für einen integrierten Bildungsansatz vom Kindergarten, über die Schule und Hochschule bis zur Fort- und Weiterbildung für Erwachsene. Bildung soll nicht wie bisher nebeneinander in zwei Ministerien verwaltet werden, sondern innerhalb eines Hauses mit einer klaren Ausrichtung gestaltet werden.

Für Bildung, die stark fürs Leben macht

Schulstart-Paket einführen. Für eine bestmögliche Ausstattung zum Schulbeginn werden wir für alle Schulanfänger ein Schulstart-Paket in Höhe von 250 Euro zum Erwerb von Schulsachen zur Verfügung stellen.

Schülerorientierten Unterricht ausbauen. Wir werden Lehrpläne entwickeln, die auf die Bedürfnisse unserer Kinder und unseres Landes ausgerichtet sind. Schulen werden wir mehr Freiheiten geben, um pädagogische Inhalte selbst zu gestalten. Selbstorganisiertes Lernen und Projektarbeit werden wir breit fördern und Hausaufgaben als Selbstlernzeit weiterentwickeln.

Eigenverantwortung der Schulen stärken. Die Eigenverantwortung der Schulen werden wir durch mehr pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie stärken. Wir setzen uns für eine Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen und die Bereitstellung eigenständiger Schulbudgets ein. Die Mittelverwendung werden wir deutlich vereinfachen sowie praxisorientiert und flexibel ausgestalten. Dies führt auch zu einer Entlastung der Schulämter.

Deutschförderklassen einrichten. Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel für gelingende Bildung und Integration. Wir werden sicherstellen, dass jedes Kind in jedem Alter je nach Sprachkenntnissen das passende Unterstützungsangebot erhält. Für Schüler mit Förderbedarf schaffen wir spezielle Deutschförderklassen. Um die Sprachkompetenzen bereits vor Schuleintritt verbindlich festzustellen, werden wir im Rahmen der Einschulung verbindliche Sprachtests einführen. Bei festgestellten Defiziten kommen die Kinder zunächst in die Deutschförderklasse.

Lesen-Schreiben-Rechnen-Garantie. In der Grundschule müssen unseren Kindern alle Basiskompetenzen, wie Lesen, Schreiben und Rechnen, vermittelt werden. Wir werden dafür sorgen, dass jedes Kind, das die Grundschule verlässt, richtig lesen, schreiben und rechnen kann.

Mathe- und Deutschstunden erhöhen. Die schlechten Ergebnisse aktueller Vergleichsstudien sind ein Warnsignal. Wir werden pädagogische Experimente beenden und uns wieder auf die Vermittlung von Basiskompetenzen konzentrieren. Neben dem Erlernen der Schreibschrift werden wir zusätzlich je eine Unterrichtsstunde in Mathematik und Deutsch in der Grundschule einführen.

Rechtschreibregeln beibehalten. Wir stehen für eine moderne und geschlechtergerechte Sprache. Eine Verunstaltung der deutschen Sprache mit Sonderzeichen wie „Gender-Stern“, „Gender-Doppelpunkt“ oder „Gender-Unterstrich“ lehnen wir ab. Wir werden gesetzlich festschreiben, dass in Thüringer Schulen entsprechend des Amtlichen Regelwerks des Rats für deutsche Rechtschreibung gesprochen und geschrieben wird.

Schul- und Kopfnoten wieder einführen. Mit Noten ab Klasse 2 wollen wir dafür sorgen, dass Schüler eine unmittelbare Rückmeldung über ihre Leistungen erhalten und eine bessere Vergleichbarkeit innerhalb des Klassenverbandes hergestellt wird. Auch wollen wir dadurch Leistungsbereitschaft von Beginn an belohnen und Schülern die Möglichkeit geben, durch Reflexion aus eigenen Fehlern zu lernen. In diesem Zusammenhang werden wir auch Kopfnoten, wie Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung, wieder als Zeugnisnoten einführen.

Versetzungsentscheidungen wieder einführen. Jedes Kind muss bestmöglich gefördert und Leistung wertgeschätzt werden. Deshalb werden wir die Versetzungsentscheidung ab dem Ende der 2. Klasse in jeder Klassenstufe einführen. Sie dient als wichtiges Motivations- und Frühwarnsystem und verhindert, dass einmal entstandene Wissens- und Lernlücken von Schülern von Klasse zu Klasse mitgenommen werden.

BLF modernisieren. Die Besondere Leistungsfeststellung für Gymnasiasten in der 10. Klasse gibt Schülern die notwendige Sicherheit auf dem Weg zur allgemeinen Hochschulreife und hat sich als wirksames Instrument zur Vorbereitung auf bevorstehende Prüfungssituationen bewährt. Wir werden die Besondere Leistungsfeststellung beibehalten, ihre Ausgestaltung und Wirksamkeit aber auf den Prüfstand stellen. Dabei gilt für uns der Grundsatz, kein Abschluss ohne Prüfung.

Religionsunterricht garantieren. Der Auftrag von Schule geht über die Vermittlung von Wissen hinaus. Junge Menschen brauchen auch Orientierung, Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Wir bekennen uns zum konfessionellen Religionsunterricht als Wahlpflichtfach und wichtigen Teil unseres Schulsystems.

Werte vermitteln. Die Demokratie- und Wertevermittlung in der Schule werden wir stärken. Hierzu gehört auch die Vermittlung der Ziele des Grundgesetzes und unserer Thüringer Verfassung. Wir stehen für Anstand und Respekt und wenden uns gegen Rassismus und Antisemitismus. Zudem werden wir ein „Gesamtkonzept Erinnerungskultur“ entwickeln, um die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte zu stärken. Besuche an historischen Lernorten werden wir fördern.

Medien- und Digitalkompetenzen fördern. Wir wollen sicherstellen, dass Thüringen über ausreichend Fachkräfte verfügt, die den digitalen Wandel aktiv mitgestalten und unser Land im nationalen und internationalen Wettbewerb voranbringen. Aus diesem Grund werden wir, ggfs. in Zusammenarbeit mit der Thüringer Landesmedienanstalt, die Vermittlung von Medienkompetenzen und digitalen Schlüsselkompetenzen ausbauen und unsere Kinder und Jugendliche zu einem sicheren und kritischen Umgang mit Medien befähigen.

MINT-Bildung und praxisnahes Lernen stärken. Um für die Herausforderungen der Zukunft, wie die Beschleunigung der Digitalisierung und des technischen Fortschritts, bestmöglich gewappnet zu sein, wollen wir das Interesse junger Menschen an Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik fördern. Gleichzeitig wollen wir Kommunikation, Teamwork, Kreativität und kritisches Denken stärken. In allen Schulformen wollen wir mehr Praxisphasen ermöglichen.

Tag in der Praxis einführen. Um die Praxisorientierung unser Schüler zu stärken, werden wir uns für eine landesweite Einführung des “Tags in der Praxis” einsetzen. Unser Ziel ist es, die Berufsorientierung in der Schule weiter zu stärken, den Berufseinstieg zu erleichtern und Unternehmen bei der Gewinnung dringend benötigter Fachkräfte zu unterstützen.

Lebenslanges Lernen fördern. Lebenslanges Lernen und permanente Weiterbildung werden immer stärker selbstverständlicher Teil der Arbeits- und Lebenswirklichkeit. Die Arbeit der Volkshochschulen und die Träger der Erwachsenenbildung werden wir durch eine verlässliche Finanzierung, den Ausbau und die Förderung von digitalen Lernangeboten sowie den Abbau von überflüssigen bürokratischen Hürden hierbei unterstützen. Gemeinsam mit den Akteuren der Erwachsenenbildung werden wir eine Landesstrategie 2030 erarbeiten, die die Qualität und den Zugang zu Bildungsangeboten im Erwachsenenalter fördert.

Für weniger Ausfall und mehr Pädagogen

Unterricht garantieren. Wir wollen den Unterrichtsausfall stoppen. Dafür setzen wir auf eine Lehrkraft-Personalausstattung von 105 Prozent an jeder Schule. Außerdem wollen wir, dass sich Lehrer wieder auf den Unterricht und die Arbeit mit den Schülern konzentrieren können. Hierzu wollen wir sie von bürokratischen Lasten und Zettelwirtschaft befreien.

Multiprofessionelle Teams entwickeln. Wir werden ein breites Spektrum von Fachkräften in das schulische Umfeld integrieren, um eine umfassende Betreuung und Förderung unserer Kinder zu garantieren. Hierzu gehören auch pädagogische und Schulverwaltungsassistenten. Durch die Zusammenarbeit verschiedener Professionen wollen wir die Bildungsqualität und die Betreuung unserer Kinder verbessern.

Lehrerausbildung weiterentwickeln. Wir wollen die Lehrerausbildung an den Universitäten und Hochschulen weiterentwickeln, Zulassungsbeschränkungen abschaffen und die Zahl der Studienabbrecher reduzieren. Wir werden ein eigenes Angebot für Lehramtsstudenten mit Fächern im MINT-Bereich schaffen. Fachspezifische Inhalte sollen dabei speziell für die Bedürfnisse der Zielgruppe der Lehramtsstudenten konzipiert und vermittelt werden. Weiter wollen wir die Fachhochschulen künftig zu einem weiteren Baustein in der Lehrerausbildung befähigen. Dort wollen wir Berufsschullehrer und handwerkliche Fächer für das Regelschullehramt ausbilden. An der schulartbezogenen Ausbildung der Lehrer werden wir festhalten, damit sie bestmöglich auf die Anforderungen in den jeweiligen Schularten vorbereitet sind.

Übernahme-Garantie für angehende Lehrer. Wir wollen in Thüringen ausgebildete Lehrer in Thüringen halten und ihnen eine berufliche Zukunft an einer Thüringer Schule bieten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir dafür sorgen, dass erfolgreiche Lehramtsanwärter frühzeitig eine Übernahme-Garantie erhalten.

Einstellungsverfahren vereinfachen. Alle freiwerdenden Lehrerstellen werden wir wiederbesetzen und den Bedarf an steigende Schülerzahlen anpassen. Wir werden die Einstellungsverfahren einfacher machen, damit Thüringen im Wettbewerb um neue Lehrer attraktiver wird und Einstellungen schnellstmöglich durchgeführt werden. Mit einer Vorlaufzeit von drei Jahren sollen die Schulen Gewissheit erhalten, welche Lehrerstellen sie wiederbesetzen können, um frühzeitig Personal zu binden. Durch direkte Einstellungen, insbesondere von Referendaren, sollen Schulen vor Ort ihren Bedarf schnell und unkompliziert decken können.

Anreize für Lehrer schaffen. Qualifizierte und motivierte Lehrer sind der Schlüssel für eine gute Schule. Thüringen steht mit anderen Bundesländern und vor allem mit der Wirtschaft im Wettbewerb um geeigneten Nachwuchs für den Schuldienst. Wir werden ein rechtssicheres Aufstiegs-, Zulagen- und Beförderungssystem einführen, das Engagement belohnt und damit Leistungsanreize schafft. Das von der CDU durchgesetzte Zulagensystem für Lehrerkräfte in Mangelfächern und im ländlichen Raum werden wir weiterentwickeln. Außerdem werden wir das Laufbahnrecht flexibilisieren, um Gymnasiallehrern unkompliziert den Einsatz an Regelschulen und umgekehrt zu ermöglichen. Die Benachteiligung von Fachpraxislehrern werden wir beenden und eine angemessene Bezahlung sicherstellen.

Seiteneinsteiger gewinnen und qualifizieren. Seiteneinsteiger sind mittlerweile eine unverzichtbare Ressource zur täglichen Unterrichtsabsicherung und für das gesamte Schulsystem. Wir werden durch eine Reform der Struktur von Aus- und Weiterbildung dafür sorgen, dass sie gute berufliche Perspektiven im Schuldienst haben. Dabei soll das bisher zu langwierige Bewerbungsverfahren einfacher gestaltet werden. Seiteneinsteiger müssen von Beginn an wissen, welche

Aufgaben auf sie zukommen. Mit einer mindestens dreimonatigen Vorbereitungsphase sollen Grundlagen und Pädagogik vermittelt werden.

Aus- und Fortbildung für den Einsatz digitaler Medien fördern. Der Umgang mit digitalen Medien und Künstlicher Intelligenz muss fester Bestandteil der Lehrerbildung sein. Unsere Lehrer müssen mindestens so digital versiert sein, wie ihre Schüler. Die Kapazitäten bestehender Angebote zur Lehrerqualifizierung und -fortbildung in diesem Bereich werden wir erhöhen.

3. Hochschulen

Die Hochschulen sind Orte des offenen und kreativen Denkens sowie Ausbildungsstätten für den akademischen Fachkräftenachwuchs. Thüringen ist mit seiner vielfältigen Hochschullandschaft ein äußerst attraktiver Wissenschaftsstandort, der für Studenten und Forscher eine große Anziehungskraft besitzt. Insgesamt besitzen wir mit unseren Wissenschaftseinrichtungen beste Voraussetzungen, um hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden und anzuwerben sowie Impulse für Thüringens Zukunft zu schaffen. Die Thüringer Hochschulen sind im Zusammenspiel mit den weiteren Forschungseinrichtungen wichtige Motoren für Innovation und Fortschritt. Den Weg aus der Forschung und Entwicklung hin zu marktfähigen Produkten oder Dienstleistung wollen wir verkürzen.

Für freie und zukunftsfeste Hochschulen

Hochschulautonomie gewährleisten. Forschung und Lehre müssen frei und die Autonomie der Hochschulen gewährleistet sein. Daher werden wir das Hochschulgesetz reformieren, die sogenannte Zivilklausel wieder abschaffen und dafür sorgen, dass Maßstäbe und Umfang der Mitbestimmungsregeln wieder ausschließlich aus den Aufgaben der Universität und der Freiheit der Wissenschaft abgeleitet werden.

Wissenschaftsfreiheit schützen. Wir werden allen Versuchen entgegenwirken, die wissenschaftliche Arbeit von Hochschulangehörigen einzuschränken. Wissenschaftler und Studenten sollen ihren Erkenntnisinteressen frei von Sorgen vor moralischer Diskreditierung, sozialer Ausgrenzung oder beruflicher Benachteiligung verfolgen können. Nur das Argument zählt. Allein die Verfassung und die Gesetze setzen Grenzen.

Finanzausstattung langfristig sicherstellen. Das System der Hochschulfinanzierung mit einem festen Steigerungsprozentsatz in der Rahmenvereinbarung, ergänzt um ein Strategie- und Innovationsbudget im Haushalt hat sich bewährt. Mit der kommenden Rahmenvereinbarung VI wollen wir dieses System grundsätzlich beibehalten und so für alle Beteiligten längerfristige Planungssicherheit schaffen. Grundlegende Änderungen der Finanzbedarfe wie z. B. Tarifabschlüsse oder drastisch steigende Energiekosten sollen jedoch leichter als bisher auch während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung in den Zuweisungen berücksichtigt werden können. Die Antrags- und Berichtsvorgänge für das Strategie- und Innovationsbudget wollen wir entbürokratisieren. Unser Ziel ist es, die Verhandlungen zur Rahmenvereinbarung so abzuschließen, dass bereits deutlich vor Ende 2025 Klarheit besteht. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulstandorten wollen wir in der Rahmenvereinbarung besonders berücksichtigen.

Faire Arbeitsbedingungen im Mittelbau schaffen. Den Anteil der unbefristeten Stellen im universitären Mittelbau wollen wir auf mindestens 50 Prozent erhöhen. Besonderes im Bereich des regulär in der Lehre eingesetzten Personals wollen wir mehr Dauerstellen ermöglichen.

Studienstandort attraktiver machen. Um die Attraktivität des Studienstandorts Thüringens zu steigern, werden wir zukunftsfähige Studienangebote gestalten und die Studienbedingungen mit Hilfe einer strukturierten Orientierungsphase flexibilisieren. Außerdem werden wir einen „Campus Thüringen“ etablieren mit dem Ziel, die Kooperation bei den Studiengängen und im Digitalbereich zu erhöhen. Mit der engeren Kooperation in Forschung und Lehre und einer problemlosen Anerkennung von Lehrveranstaltungen anderer Thüringer Hochschulen, unabhängig vom Studienort, schaffen wir ein Thüringer Alleinstellungsmerkmal.

Transfer intensivieren. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, ihrer Rolle als regionale Innovationsmotoren gerecht zu werden und ihre Transferaktivitäten zu erhöhen. Kooperations- und Drittmittelprojekte mit der Wirtschaft, aber auch eigenen Ausgründungen, werden wir von Bürokratie befreien und durch ein „Transfer-Mindset“ mit Anreizsystemen für Forschende (z. B. Hebelmechanismen oder Prämien) für beide Seiten attraktiv machen. Die Hochschulen werden wir dazu anhalten, ihre hochschuleigenen Transferstrategien in diesem Sinne regelmäßig zu aktualisieren.

Bedingungen für Professoren verbessern. Im Wettbewerb um die klügsten Köpfe wollen wir unnötige Hindernisse in den Berufungsverfahren und Karrierewegen abbauen und eine im Ländervergleich wettbewerbsfähige Besoldung realisieren. Spezifische Thüringer Regelungen im Bereich der W-Besoldung (z. B. Verbot der Verstetigung von Leistungsbezügen, Notwendigkeit der Beantragung der Ruhegehaltsfähigkeit der Leistungsbezüge) stellen einen Standortnachteil dar, den wir beseitigen werden. Den Aufwand in der Verwaltung der W-Besoldungen werden wir durch Entbürokratisierung radikal verringern.

Bafög digitalisieren. Wir werden eine vollständige digitale Antragstellung und Bearbeitung von Bafög-Anträgen ermöglichen. Das ermöglicht eine schnellere und effizientere Abwicklung der Anträge. Derzeit dauert die Antragsbearbeitung deutlich zu lange. Neben der Effizienz steigert die Digitalisierung auch die Benutzbarkeit und Transparenz für die Antragsteller, die ihre Unterlagen elektronisch einreichen und den Bearbeitungsstatus online und damit transparent verfolgen können. Neben der Umstellung des Antragsprozesses muss das Verwaltungspersonal im Bereich des Bafögs an den Anstieg der zu Thüringen zählenden Studenten durch die Ansiedlung der Privathochschulen angepasst werden.

Finanzielle Ressourcen erschließen. Wir haben uns erfolgreich für eine verlässliche Finanzierung durch das Land eingesetzt. Zugleich wollen wir Anreize setzen, damit die Hochschulen ihre finanzielle Basis auch auf andere Weise verbreitern. Dazu gehört die stärkere Einwerbung von Drittmitteln und der Ausbau von Weiterbildungsangeboten, aber auch die regelmäßige Prüfung, welche zentralen Dienste oder Infrastrukturen gemeinsam genutzt werden können.

Hochschulmarketing ausbauen. Die Studentenzahlen sind rückläufig. Um den Hochschulstandort attraktiv zu halten, wollen wir das Marketing verstärken. Mit einer breit angelegten Kampagne zum Studium in Thüringen sollen die Hochschulen in ihren Bestrebungen unterstützt werden. Gerade Interessierte aus Thüringen und den umliegenden Bundesländern gilt es vermehrt für den Freistaat als Studienstandort zu begeistern. Im Sinne unserer wirtschaftlichen Anbindung an Europa ist es unser Ziel, Thüringen als Zielland für europäische Austauschprogramme attraktiver zu machen.

Hochschule und Familie verbinden. Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Tätigkeit und Familie für alle Statusgruppen an den Hochschulen ein. Dazu gehört der Ausbau der Kinderbetreuung, die Bereitstellung von Still- und Wickelräumen und

Spielbereichen, sowie die Einrichtung von Unterstützungs- und Beratungsleistungen durch Familien-Service-Büros an den Hochschulen. Für Studenten wollen wir flexiblere Stundenpläne mit hybriden Teilnahme-Möglichkeiten und für den akademischen Mittelbau flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit für HomeOffice.

Chancen des europäischen Hochschulraums besser nutzen. Wir werden die Verbindung Thüringens mit anderen europäischen Hochschulen stärker ausbauen. Dazu werden wir uns für die Vergleichbarkeit und Anerkennung von Abschlüssen und eine stärkere Mobilität der Studenten in Thüringen einsetzen. Wir werden, insbesondere durch Stipendien, darauf hinwirken, dass das ERASMUS-Programm von möglichst vielen Schülern, Studenten und Auszubildenden in Anspruch genommen wird.

Internationalisierung unterstützen. Der Abwanderung internationaler Absolventen wollen wir durch Etablierung zielgruppenorientierter Studien-, Sprach- und Beratungsangebote zur Integration vorbeugen, die ihnen den Übergang ins Berufsleben erleichtern. Schon während des Studiums wollen wir ihnen die Attraktivität des Standort Thüringens aufzeigen.

Echtes Promotionsrecht einführen. Das Promotionsrecht der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wollen wir in Thüringen zeitnah einführen. Damit wird ein Standortnachteil im Vergleich mit anderen – auch unmittelbar benachbarten – Bundesländern abgebaut. Das Angebot zur kooperativen Promotion hat sich aus Sicht der Studenten als nicht zukunftsfähig und schlicht ungeeignet erwiesen.

Digitale Thoska einführen. Die Thoska hat sich in Thüringen als studentische Karte mit Bezahl-, Ticket- oder Schlüsselfunktion bewährt. Wir wollen sie ins digitale Zeitalter führen und ihre analogen Funktionen Stück für Stück in einer Smartphone-App synchronisieren. Passend dazu soll auch die Möglichkeit, die Thoska durch Onlinezahlungsmethoden aufzuladen, geprüft werden.

Wissenschaftsnahe Institute in der Fläche ansiedeln. Wir haben das ganze Land im Blick. Wissenschaftsnahe Institute sollen nicht nur in den großen Universitätsstädten angesiedelt werden, sondern auch in den ländlichen Regionen Thüringens zu finden sein. Wir werden dafür Sorge tragen, dass durch ein breites Netz wissenschaftlicher Einrichtungen ganz Thüringen profitiert.

Praxisnahe Studienformate ausbauen. Wir registrieren einen großen Bedarf an wissenschaftlich untersetzter und praxisintegrierender Hochschullehre bei Studieninteressierten, Firmen und Organisationen. Deshalb wollen wir das Studium mit vertiefender Praxis als akademische Ausbildungsform breiter in Thüringen etablieren. Dafür benötigen die Hochschulen eine breite Vernetzung in der Region. Diese wollen wir mit digitalen Austauschplattformen weiter stärken und so den Ideenaustausch erleichtern. So werden nicht nur die finanziellen Grundlagen für ein Studium in Thüringen geschaffen, sondern die Absolventen bleiben zu einer deutlich höheren Zahl in Thüringen und stärken unseren Wirtschaftsstandort.

Vernetzung ausbauen. Verwaltungskooperationen und die hochschulübergreifende Zusammenarbeit wollen wir verstärken und flächendeckend ausbauen. Das IT-Zentrum soll mit einem breiten Angebot zu einem „Systemhaus“ weiterentwickelt werden, dass für alle Thüringer Hochschulen Service-Angebote bereitstellen kann. Auch werden wir die Unterstützung von Antragsaktivitäten landesweit vernetzen und eine entsprechende Struktur fördern. Gleichzeitig werden wir den bürokratischen Aufwand bei der Antragstellung für Landesprogramme deutlich reduzieren und uns auch bei anderen Fördermittelgebern wie dem Bund dafür einsetzen.

CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Das Regierungsprogramm

Familie

III. Familie

Die CDU Thüringen ist Familienpartei. Die Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft und Grundlage für deren Zusammenhalt. Familie ist dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft füreinander einstehen. In Familien werden Werte vermittelt und soziales Miteinander, Partnerschaft und Solidarität eingeübt. Jede Familie ist einzigartig. Dazu gehören kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Pflegefamilien und pflegende Angehörige ebenso wie Patchworkfamilien und gleichgeschlechtliche Ehen und Beziehungen, in denen Kinder leben. Für uns sind Familien die Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Familien gehören in die Mitte der Gesellschaft.

1. Familien, Frauen und Alleinerziehende

Die meisten Familien wünschen sich mehr Zeit. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wollen wir flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle für verschiedene Lebensphasen ermöglichen. Wir stehen für Entlastung von Familien und größere finanzielle Spielräume und Freiheiten. Alleinerziehende Mütter und Väter und kinderreiche Familien wollen wir stärker unterstützen. Wir wollen Familien Mut machen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Für ein familienfreundliches Thüringen

Familien von Grunderwerbsteuer befreien. Wir wollen Familien bei der Schaffung von Wohneigentum mehr unterstützen. Die von der CDU durchgesetzte Senkung der Grunderwerbsteuer von 6,5 auf 5 Prozent ist seit dem 1. Januar 2024 in Kraft. Wir wollen die Grunderwerbsteuer weiter auf 3,5 Prozent absenken. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Länder eigene Freibeträge für die Grunderwerbsteuer schaffen können, um Familien gänzlich von der Grunderwerbssteuer zu befreien.

Eigenheim-Zuschuss gewähren. Zur Unterstützung bei den anfallenden Bau- und Erwerbsnebenkosten, wie z. B. der Grunderwerbssteuer, werden wir für den Ersterwerb von Wohneigentum von Familien zur Selbstnutzung einen Eigenheim-Zuschuss gewähren. Ziel ist, Familien beim Ersterwerb so zu fördern, dass ihnen mindestens die Belastung mit der Grunderwerbssteuer komplett genommen wird. Der Zuschuss soll für Wohneigentum im Bestand oder im Neubau sowie für unbebaute Grundstücke mit Eignung zur Wohnbebauung gezahlt werden. Mehrkindfamilien werden wir bei der Förderung besonders berücksichtigen.

Familienbaudarlehen einführen. Wir wollen mehr Familien, auch solchen mit niedrigerem Einkommen, den Traum vom Eigenheim ermöglichen. Mit einem Thüringer Familienbaudarlehen über die Thüringer Aufbaubank werden wir zinsverbilligte Darlehen sowohl für den Neubau als auch für den Erwerb sowie Sanierung einer Bestandsimmobilie bereitstellen. Zur Unterstützung von Familien, deren günstige Finanzierungen auslaufen, sollen auch Anschlussfinanzierungen abgedeckt sein. Hierbei

wollen wir auch die Sparkassen und Volksbanken mit einbeziehen.

Verbraucherberatung erhalten. Die institutionelle Förderung der Verbraucher- und Verbraucherinsolvenzberatung werden wir fortsetzen, um Verbrauchern weiter Zugang zur Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu bieten. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf der Verbraucher- und Ernährungsbildung liegen. Aufgrund der hohen Bedeutung für die Entwicklung der Kinder werden wir Programme für gesundes Schulessen und zur Ernährungsbildung für Kinder fortführen.

Ungerechtigkeiten abbauen. Die Gleichberechtigung von Frauen in allen Bereichen ist für uns Ziel und Selbstverständlichkeit. Dennoch ist Gleichstellung in vielen Bereichen immer noch nicht Realität. Bestehende Ungerechtigkeiten werden wir aktiv angehen und abbauen.

Frauen vor Gewalt schützen. Der Schutz von Frauen vor Gewalt – insbesondere vor häuslicher Gewalt – hat für uns höchsten Stellenwert. Die Angebote von Frauennotrufen, Beratungs- und Interventionsstellen und ein flächendeckend erreichbares Angebot von Frauenhäusern für akute Krisenfälle werden wir erhalten und, wo erforderlich, ausbauen.

Für Entlastungen von Familien

Einkommensteuer familienfreundlich reformieren. Wir wollen Familien entlasten. Dafür wollen wir die Einkommensteuer reformieren und familienfreundlicher ausgestalten. Das Ehegattensplitting wollen wir erhalten und zu einem Familiensplitting weiterentwickeln, bei dem die Besteuerung der Familie mit jedem weiteren Kind sinkt. Außerdem wollen wir uns für eine stärkere Berücksichtigung der Kinderzahl und der Erziehungsleistung in der Renten- und der Pflegeversicherung einsetzen.

Alleinerziehende stärker entlasten. Alleinerziehende sind meist mit größeren Herausforderungen konfrontiert als Familien, in denen beide Eltern gemeinsam leben. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich zu erhöhen. Außerdem wollen wir, dass das Kindergeld nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet und der Zugang zu Wohngeld erleichtert wird.

Kinderbetreuung steuerlich anrechnen. Arbeitende Eltern stehen unter einer enormen Doppelbelastung. Wir wollen sie zumindest finanziell entlasten, indem wir die tatsächlich anfallenden Betreuungskosten für Kinder bis zu einer Höhe von jährlich 6.000 Euro je Kind steuerlich absetzbar machen.

Familienzeit-Konten einführen. Wir wollen mehr Flexibilität bei der Kinderbetreuung aber auch bei der Pflege naher Angehöriger. Deshalb werden wir uns für die Einführung von Familienzeit-Konten einsetzen, bei denen ein Teil des Lohns unversteuert angelegt und in Phasen von reduzierter Arbeit ausgezahlt werden kann. So können sich Familien ihre “Familienzeit” selbst erarbeiten oder ansparen.

Für ein Thüringen, das Teilhabe ermöglicht

Barrierefreiheit herstellen. Wir werden Um- und Ausbaumaßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit gezielt auch für Privatleute unterstützen. Davon profitieren Familien, Senioren

und Menschen mit Behinderungen. Den barrierefreien Zugang zu staatlichen Einrichtungen wollen wir, wo immer möglich, sicherstellen.

Digitale Barrieren abbauen. Wir wollen den Zugang zur digitalen Welt für alle Menschen gewährleisten. Deshalb werden wir die digitale Barrierefreiheit ausbauen und Behördenseiten auch für Senioren und Menschen mit Behinderungen leicht zugänglich gestalten.

Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderungen erhalten. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen frei wählen können, ob sie sich mit Hilfe in den Arbeitsmarkt integrieren oder in einer Werkstatt arbeiten wollen. Die Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt und die Unterstützung durch die Integrationsfachdienste werden wir weiter vorantreiben. Ebenso werden wir uns für den Erhalt von Werkstätten für Menschen mit Behinderten einsetzen.

Gebärdensprache fördern. Wir wollen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um Thüringer Schulen barrierearm zu gestalten. Schüler mit und ohne Hörbehinderungen sollen mit dem Fach Deutsche Gebärdensprache (DGS) die Möglichkeit erhalten, die DGS als Erst-, Zweitsprache oder Fremdsprache im schulischen Umfeld zu erwerben. Damit wird der Aufwand anerkannt, den taube und schwerhörige Menschen beim Erlernen der deutschen Schriftsprache im schulischen Rahmen haben.

Menschen mit Sinnesbehinderung fördern. Wir werden die Rahmenbedingungen für Menschen mit Sinnesbehinderungen zur besseren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insgesamt weiter verbessern. Dies schließt Möglichkeiten für diese Menschen ein, sich ehrenamtlich einbringen und aktiv beteiligen zu können. Die Arbeit der Beratungsstellen und der Landesgeschäftsstelle des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen werden wir finanziell absichern.

2. Kinder und Jugendliche

Wir bekennen uns zur elterlichen Erziehungsverantwortung und Erziehungspartnerschaft. Eltern sollen die Erziehung ihrer Kinder selbst bestimmen. Der Staat kann und soll diese Aufgabe nicht übernehmen. Aber er muss dort eingreifen, wo diese Verantwortung missbräuchlich gelebt oder das Kindeswohl gefährdet wird. Für uns steht der Schutz des Kindes im Mittelpunkt.

Für ein kinderfreundliches Thüringen

Angebote für Familien transparent machen. Die Transparenz von Angeboten und Leistungen für Familien ist entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen. Oftmals wissen Familien nicht, welche Unterstützungsmöglichkeiten es konkret gibt. Den Zugang zu Informationen hierzu wollen wir verbessern und in der ThüringenApp für die Familien bündeln.

Familien eine starke Stimme geben. Thüringens Familien benötigen gegenüber der Landesregierung eine starke Stimme. Wir werden eine Landesfamilienstrategie erarbeiten, die Vertreter der Familien im Landesfamilienrat stärken und die Beteiligung von Familien verbessern. Hierzu werden wir das Landesfamilienfördergesetz überarbeiten.

Familienkulturtag einführen. Wir wollen die Teilhabe von Familien und jungen Menschen an den Angeboten der reichhaltigen Kulturlandschaft Thüringens fördern. Dazu werden wir einen Familienkulturtag pro

Quartal einführen, an dem Familien sowie Kinder und Jugendliche kostenfreien Eintritt in staatlich geförderte Kultureinrichtungen erhalten.

Schwangerschaftskonfliktberatung sicher finanzieren. Das System der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ist für uns untrennbar mit dem Schutz des Lebens und der Hilfe für ungewollt Schwangere verbunden. Die vielfältige Trägerstruktur wollen wir erhalten und auskömmlich finanzieren.

Geburtskliniken im Ländlichen Raum erhalten. Wir setzen uns für den Erhalt der Geburtskliniken auch auf dem Land ein. Dazu wollen wir die Geburtshilfe in ganz Thüringen durch intelligente Modelle, wie zum Beispiel Hebammenportalpraxen oder hebammengelenkte Kreißsäle, sicherstellen. Für eine langfristige Planungssicherheit soll ein qualitativ hochwertiges Geburtshilfekonzept mit dem Runden Tisch “Familie und Geburt” erarbeitet werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative “Stillfreundliche Kommune”.

Familienhebammen fördern. Familienhebammen beraten und begleiten Familien bei ihrem Start in einen neuen Lebensabschnitt. Wir bekennen uns zu dieser wichtigen Arbeit und wollen mehr Interessenten dafür gewinnen, Familienhebammen in Thüringen zu werden. Unabhängig von schwankenden Geburtenjahrgängen werden wir eine auskömmliche Finanzierung sichern.

Für ein junges Thüringen

Mehr Mobilität für Jugendliche. Für mehr Mobilität und Flexibilität von Jugendlichen werden wir uns auf Bundes- und Europaebene für begleitetes Fahren ab 16 Jahren einsetzen. Außerdem werden wir ein “Jugend-Ticket” einführen, mit dem Schüler ab Klasse 11, Azubis und Studenten für 1 € pro Tag das ganze Jahr den ÖPNV nutzen können.

Demokratie fördern. Wir wollen, dass Heranwachsende aktiv an Formen demokratischer Beteiligungsprozesse herangeführt werden. Kinder- und Jugendvertretungen leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Zudem wollen wir politische Jugendorganisationen weiterhin finanziell fördern.

Jugendaustausch fördern. Wir wollen für Jugendaustausche auf europäischer und internationaler Ebene mehr Mittel zur Verfügung stellen. Unabhängig vom Elternhaus sollen junge Menschen die Möglichkeit erhalten, sich auszutauschen und die Welt kennenzulernen. Die Landeszentrale für politische Bildung soll hier künftig stärker tätig werden.

Freizeitmöglichkeiten ausbauen. Wir wollen, dass regelmäßig in jeder Gemeinde attraktive Angebote für und mit Jugendlichen stattfinden. Freie Träger, Kirchen oder Vereine wollen wir einbeziehen und finanziell unterstützen. Gerade im ländlichen Raum gibt es außerhalb von Schule und Vereinen zu wenig Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen.

Für einen starken Kinderschutz

Kinderschutz stärken. Mit einer Kinderschutzoffensive wollen wir den Schutz von Kindern vor Gewalt, Vernachlässigung und Misshandlung sowohl im analogen als auch digitalen

Leben verbessern. Wir werden ein Kinderschutzgesetz erarbeiten, das das Kindeswohl und die Kindergesundheit in den Mittelpunkt stellt.

Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbieten. Oft entstehen Probleme durch Überforderung der Eltern. Durch eine gezielte Ehe- und Familienarbeit wollen wir Eltern in Notlagen unterstützen. Hierfür braucht es niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote in der Stadt und auf dem Land, beispielsweise in Familienzentren.

Kinderschutz-Ambulanzen ausbauen. Die Arbeit der Thüringer Kinderschutz-Ambulanzen mit ihren interdisziplinären Teams wollen wir stärken und ausbauen. Zusätzlich werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für den interkollegialen Austausch von Ärzten in Fragen des Kinderschutzes schaffen. Die Einrichtung und Unterhaltung einer Landeskoordinierungsstelle für medizinischen Kinderschutz werden wir gesetzlich regeln und finanziell absichern.

Childhood-Häuser etablieren. Das Konzept der sogenannten „Childhood-Häuser" wollen wir auch in Thüringen etablieren. Hier können Fälle von Kindeswohlgefährdung und -missbrauch traumagerecht sowie im interdisziplinären Austausch von Medizinern und Ermittlungsbehörden aufgearbeitet werden.

Kinder besser vor Gewalt schützen. Wir wollen Kinder bei drohender körperlicher oder sexueller Gewalt besser schützen. Hierfür werden wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass polizeiliche Kontakt- und Näherungsverbote sowie technische Mittel zur Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel) angeordnet und auch durchgesetzt werden können.

Kindesmissbrauch und Kinderpornographie bekämpfen. Zur wirksamen Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornographie werden wir uns auf Bundes- und europäischer Ebene für eine rechtssichere, aber wirkungsvolle Speicherung von sogenannten Verkehrsdaten und IP-Adressen einsetzen. Dies gilt auch für "Cybergrooming", der gezielten Anbahnung sexueller Kontakte mit Kindern über das Internet. Für uns gilt: Kinderschutz geht vor Datenschutz!

Verfahren beschleunigen. Verfahren bei den Familiengerichten, in denen es um den Schutz vor körperlicher oder psychischer Gewalt in Kindschaftssachen geht, werden wir beschleunigen.

3. Senioren

Ganz besonders haben wir auch die älteren Menschen im Blick. Sie haben unter schwersten Bedingungen und historischen Brüchen unser Land aufgebaut und so die Grundlagen für unseren heutigen Wohlstand erarbeitet. Ihre Lebensleistung verdient Wertschätzung und Respekt und ist zugleich Auftrag für unser Handeln.

Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Seniorengerechten Wohnraum schaffen. Wir wollen Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Wir werden daher moderne Wohn- und Lebensformen für Senioren und Seniorengemeinschaften sowie Mehrgenerationenhäuser fördern. Dabei setzen wir auch auf die Nutzung digitaler Instrumente ("smartes Wohnen"), um Wohnen zu Hause oder in betreuter Form länger zu ermöglichen.

Barrierefreien Ausbau fördern. Mit einem Um- und Ausbauprogramm „Barrierefreiheit“ werden wir Maßnahmen unterstützen, damit Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen bleiben und dort alt werden können.

Zu Hause alt werden. Eine wohnortnahe Verfügbarkeit von Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sowie eine medizinische und pflegerische Grundversorgung ist gerade für ältere Menschen von grundlegender Bedeutung. Unser Anspruch ist es, dass diese Grundversorgung in ganz Thüringen nicht weiter als 20 Minuten entfernt sein darf. Hierfür setzen wir insbesondere auf den Landarzt, die Landschwester, Gemeindepflegekräfte, Apotheken in erreichbarer Nähe und 24-Stunden-Läden für Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sowie ein gut ausgebautes ÖPNV-Angebot.

Senioren-Ticket einführen. Wir wollen die Mobilität von Senioren fördern und erhalten. Unser Ziel ist es, dass auch Senioren mit einer kleinen Rente mobil bleiben können. Hierzu werden wir ein Senioren-Ticket für den ÖPNV einführen.

Digitale Teilhabe ermöglichen. Wir wollen alles tun, damit ältere Menschen nicht digital abgehängt werden und sich ausgegrenzt fühlen. Deshalb werden wir Projekte zur Verbesserung der Digital- und Medienkompetenz speziell für ältere Menschen fördern. Wo immer es möglich ist, werden wir uns dafür einsetzen, die Angebote des täglichen Lebens nicht nur digital, sondern auch in Form von Präsenzangeboten vor Ort aufrecht zu erhalten.

Im Alter sicher leben. Ob Wohnungseinbruch, Handtaschenklau, Enkeltrick, Betrug im Internet oder über WhatsApp, wir wollen, dass unserer Senioren sicher sind und sich auch so fühlen. In einer Kommission “Sicherheit im Alter” wollen wir Maßnahmen und Strategien erarbeiten, wie wir die gefühlte und tatsächliche Sicherheit älterer Menschen verbessern können.

Einsamkeit lindern. Mit dem Landesprogramm „Agathe“ wird in vielen Kommunen der Einsamkeit von Senioren entgegengewirkt. Wir werden das Programm verstetigen und weitere Angebote gegen Einsamkeit schaffen. Außerdem wollen wir das ehrenamtliche Engagement für und von älteren Menschen fördern und hierfür neue Anreize setzen. Beispielsweise durch Patenschaften oder die Einbindung von Senioren in Kindergärten und Schulen können ältere Menschen ihre Lebenserfahrung mit der jüngsten Generation teilen.

Großelterntag einführen. Als sichtbares Zeichen des Respekts und der Wertschätzung gegenüber unseren älteren Menschen werden wir einen Großelterntag einführen. An einem bestimmten Sonntag im Jahr wollen wir den Stellenwert der Großeltern in der Familie besonders würdigen.

Rente muss auskömmlich sein. Wer sein Leben lang gearbeitet hat und Beiträge gezahlt hat, muss im Alter mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Familiensorgearbeit in Form von Kindererziehung oder Pflegezeit muss bei der Berechnung der Rente angemessene Berücksichtigung finden.

CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Das Regierungsprogramm

Gesundheit und Pflege

IV. Gesundheit und Pflege

Wir wollen ein Land, in dem jeder beste medizinische Versorgung erhält und in dem jeder in Würde alt werden kann. Jeder soll die Hilfe und Unterstützung bekommen, die er oder sie braucht. Das ist unser Verständnis von einer humanen, dem christlichen Menschenbild verpflichteten, Gesellschaft.

Das Gesundheitswesen und das Pflegesystem stehen vor enormen Herausforderungen. Eine immer älter werdende Bevölkerung braucht mehr medizinische Versorgung. Im gleichen Zuge geht viel medizinisches Personal in den Ruhestand. Zudem ist in den letzten 30 Jahren der Altersdurchschnitt der Thüringer um etwa 10 Jahre gestiegen – und er wird weiter steigen. Damit einher geht auch ein weiterer Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen.

1. Gesundheitsversorgung

Unser Ziel ist es, das Thüringer Gesundheitswesen sektorenübergreifend weiterzuentwickeln und die starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung aufzulösen. Hierfür bedarf es Mut und Gestaltungswillen. Rot-Rot-Grün hat sich dabei nicht als verlässlicher Partner erwiesen, wie die verschleppte Krankenhausreform, nicht eingelöste Versprechen und Verzögerungen bei Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung zeigen.

Für uns ist klar: Eine gute medizinische Versorgung darf kein Privileg der Städte oder des Einkommens sein. Zugleich wissen wir, dass die Ausgaben des Gesundheitswesens aus den Beitragsmitteln der Versicherten bezahlt werden müssen.

Wir sind überzeugt, dass eine gleich gute Gesundheitsversorgung in Stadt und Land wesentlich für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Thüringen ist. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung ein. In 20 Minuten beim Arzt und in der Apotheke, zusätzlich Landschwestern und Gemeindepflegekräfte als Ansprechpersonen vor Ort, das ist Teil unseres 20-Minuten-Versprechens.

Für medizinische Versorgung vor Ort

Arzt und Apotheke in erreichbarer Nähe. Unser Ziel ist es, die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum flächendeckend zu sichern und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Der Hausarzt muss die erste Anlaufstelle bleiben. Ebenso wie der Kinder-, Frauen- und Zahnarzt und die Apotheke darf er nicht länger als 20 Minuten entfernt sein.

Studienplätze für Landärzte und Landapotheker schaffen. Zu wenig Studienabgänger aus den Bereichen Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie bleiben in Thüringen. Wir wollen, dass Thüringen 20 Prozent der verfügbaren Studienplätze an Bewerber vergibt, die sich zu einer Niederlassung als Haus-, Frauen-, Kinder- oder Zahnarzt oder als Apotheker in unterversorgten Gebieten in Thüringen entschließen.

Für uns zählt dabei in erster Linie die Eignung als Landarzt, Landzahnarzt oder Landapotheker und nicht der Notenschnitt.

Niederlassungen von Ärzten und Apothekern fördern. Wir werden die Stiftung zur ambulanten ärztlichen Versorgung in Thüringen mit mehr finanziellen Ressourcen ausstatten und Instrumente weiterentwickeln, um die Niederlassung von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern noch stärker zu unterstützen. Unter anderem werden wir die Förderung auch in ländlichen Ortsteilen größerer Kommunen ermöglichen.

Attraktivität Freier Berufe steigern. Wir wollen junge Menschen motivieren, sich für eine berufliche Perspektive in der Selbstständigkeit zu entscheiden. Das bestehende System der Budgetierung hemmt Motivation für zusätzliche Arbeit in den Arztpraxen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass geleistete und in Anspruch genommene Arbeit angemessen vergütet wird.

Arzt- und Krankenhaustransport verbessern. Wir wollen, dass das 20-Minuten-Versprechen in allen Regionen Thüringens gilt – auch im ländlichen Raum. Um dieses Versprechen zu halten, wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr um flexible Angebote des Arzt- und Krankenhaustransports, wie z. B. Bürgerbusse erweitern. Die Sprechzeiten der Ärzte sowie die Wege dahin und zu den Krankenhäusern wollen wir mehr als bisher in Verkehrskonzepte für den öffentlichen Personennahverkehr integrieren.

Landschwestern auf den Dörfern etablieren. Mit der Landschwester werden wir für weniger mobile Menschen im ländlichen Raum eine medizinische Grundversorgung sicherstellen. Die Landschwester ist eine entsprechend weitergebildete medizinische Fachangestellte, die über ein digitales Endgerät Rücksprache mit dem Hausarzt halten und eigenverantwortlich Hausbesuche übernehmen kann.

Gemeindepflegekräfte vor Ort einsetzen. Die medizinische Versorgung durch die Landschwester werden wir durch Gemeindepflegekräfte ergänzen. Wir wollen Thüringen zur Modellregion nach dem Sozialgesetzbuch machen und diese beiden Aufgaben sinnvoll miteinander kombinieren.

Für eine leistungsfähige Krankenhauslandschaft

Alle Krankenhausstandorte erhalten. Rot-Rot-Grün hat die dringend notwendige Krankenhausreform über Jahre verschleppt. Die Thüringer Krankenhäuser sind dadurch massiv in Unruhe und benötigen dringend Planungssicherheit. Wir werden die Krankenhausplanung unverzüglich angehen. Unser Ziel ist es, jedem Krankenhausstandort eine Zukunftsperspektive als Ort medizinischer Versorgung zu geben und die Rettungsdienstplanung dahingehend anzupassen.

Basisversorgung sichern und Polikliniken einrichten. Wir wollen eine Basisversorgung mit Notfallversorgung, internistischen und chirurgischen Leistungen sowie Geburtskliniken in allen Teilen Thüringens sicherstellen. Hierzu werden wir alternative und sektorenübergreifende neue Versorgungsmodelle erproben und umsetzen. Die Poliklinik 2.0 wollen wir als neuen Ankerpunkt der fachärztlichen und teilstationären Versorgung in ganz Thüringen etablieren.

Qualität und Spezialisierung fördern. Planbare medizinische Eingriffe müssen dort durchgeführt werden, wo die Qualität am besten, der Erfolg der Eingriffe am höchsten und die Komplikationsraten am niedrigsten sind. Dazu braucht es die Bildung von Qualitätszentren, die wir durch die Krankenhausplanung weiter unterstützen wollen. Je spezialisierter und planbarer die medizinischen Leistungen werden, desto stärker werden die Leistungen an großen Schwerpunktversorgern,

Maximalversorgern und dem Universitätsklinikum Jena konzentriert. Damit alle Kliniken von diesem Prozess profitieren, müssen Kooperationsanreize zwischen den Kliniken geschaffen werden.

Krankenhaustransformationsfonds auflegen. Notwendige Umbaumaßnahmen in den Thüringer Krankenhäusern werden nicht allein aus den regulären Investitionskosten und den geringen durch die Ampel-Regierung zur Verfügung gestellten Mittel zu stemmen sein. Deshalb werden wir einen Fonds auflegen, der alle für die Transformation nötigen Investitionskosten abdeckt.

Investitionen für Krankenhäuser erhöhen. Die rot-rot-grüne Landesregierung ist ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung angemessener Investitionskosten an die Kliniken nur unzureichend nachgekommen. Wir werden die Finanzierung der Kliniken verbessern und den Investitionsstau sukzessive abbauen.

Krankenhausplanung mit Experten begleiten. Um der dynamischen Entwicklung der Fallzahlen Rechnung tragen zu können, wollen wir bei der Krankenhausplanung ein permanentes Expertengremium vorschalten. Dieses Gremium soll grundlegende Einigungen mit der Landeskrankenhausgesellschaft, der Landesärztekammer und den Krankenkassen vorbereiten.

Für einen gut funktionierenden Rettungsdienst

Masterplan Rettungsdienst auflegen. Wir wollen einen Masterplan für Bodenrettungsdienst, Luftrettung und Intensivverlegungsdienste. Gleichzeitig werden wir uns für eine Erhöhung der finanziellen und personellen Ressourcen im Rettungsdienst einsetzen. Wir werden sicherstellen, dass bürokratische Vorgaben das Funktionieren des Rettungsdienstes nicht behindern.

Notfall-Transportwagen einführen. Um die Abdeckung im Rettungsdienst zu verbessern und bestehende Lücken in der Notfallversorgung zu schließen, wollen wir im Rettungsdienstgesetz auch Notfall-Krankentransportwagen zulassen.

Rettungsdiensteinsatz muss nicht im Krankenhaus enden. Der Rettungsdienst ist auch aufgrund von missbräuchlichen Alarmierungen überlastet. Bodengebundene Rettungsdiensteinsätze sollen künftig nicht mehr zwingend in einem Krankenhaus enden. Dazu werden wir ein thüringenweites Modellvorhaben im Rahmen der telemedizinischen Praxisregion auf den Weg bringen. Auch die Gesundheitskompetenz und Patientensteuerung wollen wir verbessern.

Luftrettung stärken. Für veränderte Wege und Entfernungen bedarf es weiterer Rettungsmittel. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass es auch zusätzlicher Stützpunkte für Rettungshubschrauber bedarf. Außerdem wollen wir den Einsatz der Luftrettung vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang sowie bei schlechtem Wetter ermöglichen.

Mehr Erstretter vor Ort etablieren. Wir wollen die Zeit bis zum Eintreffen von Hilfe durch Erstretter (First Responder) reduzieren. Denn in den allermeisten Fällen lassen sich durch schnellere Ersttherapie Folgeschäden am Patienten minimieren. Dazu wollen wir Gemeindenotfallsanitäter in Thüringen erproben und gezielt dort einsetzen, wo Wege länger sind. Außerdem wollen wir ein flächendeckendes Netz öffentlich zugänglicher Defibrillatoren in allen Thüringer Gemeinden schaffen.

Für mehr Fachkräfte und mehr Zeit für Patienten

Patientenzeit statt Schreibarbeit. Mehrfache Statistik-, Melde- und Dokumentationspflichten rauben wertvolle Zeit, die für die Behandlung von Patienten fehlt. Wir wollen das Leben der Menschen wieder einfacher machen und überflüssige Bürokratie abschaffen. Anstelle von sinnloser und überbordender Bürokratie setzen wir auf Verantwortung und Vertrauen.

Ausbildungs- und Studienkapazitäten erhöhen. Wir wollen unsere jungen Menschen in Thüringen halten und sie für einen Beruf im Gesundheits- oder Pflegebereich begeistern. Dazu werden wir die Ausbildungs- und Studienkapazitäten in den Gesundheitsberufen erhöhen. Außerdem bekennen wir uns zu notwendigen Neubauten und Investitionen, um die Kapazitäten beispielsweise im Bereich der Zahnmedizin und Pharmazie zu erhöhen. Entsprechende Investitionsmittel wollen wir bereitstellen. Zwischenzeitlich notwendige Studienplatzkapazitäten werden wir an anderen Hochschulen kurzfristig zukaufen.

Regionale Kliniken in medizinische Ausbildung einbeziehen. Regionale Kliniken der Level 2 und 3 wollen wir stärker in die medizinische Ausbildung der Studenten einbeziehen. Dies betrifft nicht nur die Teilnahme an Prüfungsprozessen oder Praktika, sondern vor allem auch die Möglichkeit, bestimmte Ausbildungsabschnitte vor Ort zu absolvieren.

Schulgeldfreiheit für Gesundheitsfachberufe. Um die Ausbildung in Gesundheitsfachberufen attraktiver zu machen, muss die Ausbildung kostenfrei sein. Die Abschaffung des Schulgelds für Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Diätassistenten und Podologen haben wir durchgesetzt und werden wir auch gegen Widerstand beibehalten.

Für eine gute Vernetzung zum Wohle der Patienten

Ambulante und stationäre Versorgung kombinieren. Wenn ambulante und stationäre Versorger ihre jeweiligen Stärken und Ressourcen einbringen, profitiert davon vor allem der Patient. Alle Möglichkeiten einer sektorenübergreifenden Versorgung werden wir nutzen. Dazu zählen auch ambulante Angebote durch Krankenhäuser, Kommunen und aus der Ärzteschaft heraus, ebenso Portalpraxen oder die Kassenärztliche Vereinigung als Träger eines MVZ. Außerdem wollen wir die wertvolle Hospizarbeit für Erwachsene und Kinder besser ausstatten.

Telemedizinische Praxisregion in ganz Thüringen. Wir werden ganz Thüringen zur ersten deutschen telemedizinischen Praxisregion machen. Bereits projektierte telemedizinische Lösungsansätze werden wir an die örtlichen Bedürfnisse anpassen und flächendeckend ausrollen. Dabei soll das Universitätsklinikum Jena als zentraler Netzwerkakteur eingebunden werden.

Digitalisierungskompetenzen bündeln. Wir wollen die Hausärzte in Thüringen bei der Digitalisierung besser unterstützen. Hierzu bedarf es einheitlicher Standards inklusive Schnittstellen sowie einer Bündelung der Digitalisierungskompetenzen an einer Stelle, beispielsweise bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Verbesserung der digitalen Infrastruktur in Arztpraxen und Kliniken werden wir finanziell unterstützen. Wir wollen die elektronische Patientenakte durch eine klare und einfache Zugangs- und Widerspruchsregelung sowie mithilfe versorgungsrelevanter Inhalte und Anwendungen stärken.

Medikamente abstimmen. Wenn Arzt und Apotheker gemeinsam die Medikation einsehen können, dann sind die Medikamente besser aufeinander abgestimmt. Wir wollen deshalb das gemeinsame Medikationsmanagement umsetzen und das erfolgreiche Projekt ARMIN flächendeckend ausrollen.

Vernetzung fortsetzen. Das Universitätsklinikum Jena ist der Leuchtturm in der Vernetzung aller Gesundheitsstrukturen und bietet exzellente Voraussetzungen, um Spitzenversorgung und innovative Forschung, beispielsweise durch Telekonsile, in die Fläche zu bringen. Wir werden diese Rolle stärken und finanziell absichern. Netzwerke, wie das Schlaganfall- und das Herzinfarktnetzwerk, werden wir fördern.

2. Pflege

Unser Ziel ist es, in ganz Thüringen die Voraussetzungen für eine würdevolle und menschliche Pflege zu schaffen. Hierfür braucht es in erster Linie ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte. Wir wollen dem Mangel an Fachkräften stärker entgegentreten, als es die rot-rot-grüne Landesregierung in den letzten zehn Jahren getan hat. Gleichzeitig wollen wir die Pflegekosten senken, um die immer weniger werdenden Beitragszahler nicht noch stärker zu belasten. Die Pflege zu Hause als die mit Abstand häufigste und beliebteste Form der Pflege wollen wir stärken, indem wir die Situation pflegender Angehöriger verbessern. Schließlich wollen wir Pflegebedürftigkeit durch gute Prävention vermeiden oder zumindest verzögern.

Für mehr Fachkräfte und mehr Zeit für Pflege

Pflegezeit statt Schreibarbeit. Die Arbeit am Menschen und nicht die Dokumentation darüber soll wieder im Mittelpunkt der Pflege stehen. Wir werden überflüssige Bürokratie, wie Statistik-, Melde- und Dokumentationspflichten, konsequent abbauen. Wir wollen mehr Vertrauen gegenüber unseren Pflegekräften.

Berufsbild Pflege stärken. Wir wollen das Berufsbild Pflege aufwerten. Mit mehr Eigenständigkeit bei der pflegerischen und medizinischen Arbeit wollen wir das Berufsbild der qualifizierten Fachkraft für neue Zielgruppen attraktiv machen. Indem qualifizierten Pflegefachkräften mehr heilberufliche Kompetenzen übertragen werden, wollen wir das Berufsbild stärken. Außerdem wollen wir, dass in den Tätigkeitsbeschreibungen und Verantwortlichkeiten stärker zwischen Pflegehilfskräften, Pflegefachkräften und akademisch ausgebildetem Personal unterschieden wird.

Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte verbessern. Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir uns für bessere Arbeitsbedingungen und ein modernes Personalmanagement für Pflegekräfte einsetzen. Wo möglich, kann durch verbindliche Dienstpläne, die Vermeidung geteilter Dienste, flexible Teilzeitmodelle und angepasste Kinderbetreuungsangebote die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt werden.

Initiativen zur Rückgewinnung und Umschulung starten. Pflegekräfte, die ihren Beruf aufgrund unattraktiver Arbeitsbedingungen aufgegeben haben, wollen wir mit einer Initiative zur Rückgewinnung wieder für den Beruf begeistern. Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme der Bundesagentur für Arbeit wollen wir intensiver nutzen, um neue Pflegekräfte zu gewinnen.

Mehrarbeit steuerlich honorieren. Um freiwillige Mehrarbeit in der Pflege zu honorieren, setzen wir uns dafür ein, Überstunden steuerfrei zu stellen.

Thüringen-Jahr einführen. Die Erfahrung des Zivildienstes zeigt, dass im Rahmen eines Pflichtdienstes überwiegend positive Erfahrungen mit sozialen Berufsbildern gemacht wurden, die vielfach auch den zukünftigen Lebensweg bestimmten. Mit der Einführung eines Gesellschaftsjahres wollen wir diese Erfahrungen wieder ganzen Jahrgängen zugänglich machen. Mit einem freiwilligen Thüringen-Jahr werden wir im Land vorangehen.

Anwerbungs- und Anerkennungsturbo für Pflegekräfte. Zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs in der Pflege brauchen wir Fachkräfte aus dem Ausland. Wir werden gezielt Pflegekräfte im Ausland anwerben und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen und massiv beschleunigen.

Landespflegeplanung erarbeiten. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich nur unzureichend ihrer Verantwortung zur Planung und Förderung der Pflegeinfrastruktur gestellt. Wir werden das ändern und diese Aufgabe im Rahmen einer Landespflegeplanung koordiniert in Angriff nehmen. Unser Ziel ist es, bestehende Lücken zu erkennen und aktiv Pflegepersonal, beispielsweise durch Anreize, in unterversorgte Regionen zu lenken.

Telepflege ausbauen. Ausgewählte Angebote, wie Monitoring, Beratung oder die Übermittlung von Routinedaten können telepflegerisch ohne Qualitätsverlust, aber mit geringerem Personalaufwand, erbracht werden. Den Ausbau solcher Angebote werden wir mit Landesmitteln unterstützen. Gleiches gilt für technische und digitale Unterstützungssysteme mit deren Hilfe Pflegebedürftige länger zu Hause wohnen können.

Für eine bezahlbare Pflege

Pflegereform angehen. Wir bekennen uns zur sozialen Pflegeversicherung und zu guter und bezahlbarer Pflege. Um die Pflege für Pflegebedürftige und Versicherte finanzierbar zu halten, brauchen wir dringend eine Pflegereform. Die bisher von der Ampel-Regierung vorgelegten Vorschläge reichen nicht aus. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Pflegereform einsetzen. Künftig muss gelten: Zunächst muss es um eine Sicherstellung der bestehenden Leistungen und deren Finanzierbarkeit gehen.

Pflegekosten in Pflegeeinrichtungen senken. Wir wollen die Kosten der Pflege für die Betroffenen senken. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir die Pflegeeinrichtungen bei betriebsnotwendigen Investitionen mit Landesmitteln unterstützen. Für die Betroffenen können sich die Kosten in der Pflege dadurch um bis zu 17 Prozent reduzieren.

Wohneigentum und Altersvorsorge nicht antasten. Die steigenden Kosten der Pflege stellen viele Menschen vor die Notwendigkeit, für die Pflege ihres Ehepartners die eigene Altersvorsorge, beispielsweise in Form von Immobilien, aufgeben zu müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass selbstgenutztes Wohneigentum und die eigene Altersvorsorge nicht mehr herangezogen werden können, um die Pflegekosten zu finanzieren.

Für Entlastungen bei pflegenden Angehörigen

Landespflegegeld einführen. Für Pflegebedürftige ab Pflegegrad II werden wir ein Landespflegegeld einführen. Pflegebedürftige erhalten damit die Möglichkeit, sich selbst etwas Gutes zu tun oder den Menschen eine finanzielle Anerkennung zukommen zu lassen, die ihnen am nächsten stehen: ihren pflegenden Angehörigen, Freunden, Helferinnen und Helfern.

Pflegezeiten berücksichtigen. Wer selbst pflegt, der entlastet die Pflegeversicherung. Deshalb wollen wir die Pflegezeit pflegender Angehöriger auf die Lebensarbeitszeit anrechnen und die Abgaben an die Pflegeversicherung bei zukünftiger Erwerbsarbeit je nach Dauer der Pflege absenken oder komplett entfallen lassen. Darüber hinaus werden wir uns auch für eine bessere Anerkennung der Pflegezeit in der Rente einsetzen.

Arbeitszeit flexibilisieren. Für die Pflege naher Angehöriger braucht es zudem flexible Arbeitszeiten. Dies wollen wir durch die Einführung von Familienzeit-Konten gewährleisten.

Informationen auf einer Plattform teilen. Alle für pflegende Angehörige notwendigen Informationen werden wir auf einer zentralen Internetseite bündeln. Außerdem werden wir einen sogenannten "Heimfinder" einführen, der in Echtzeit freie Kapazitäten in Pflegeeinrichtungen aufzeigt. Diese Funktion soll auch für die Anzeige von Kapazitäten für Kurzzeit-, Verhinderungs-, Tages- und Nachtpflege verfügbar sein.

Beratung optimieren. Wir brauchen in Thüringen keine weitere Verweisberatung, sondern direkte Hilfe für pflegende Angehörige. Deshalb wollen wir die Gesundheitskioske mit Pflegestützpunkten verschmelzen, um ein gemeinsames Fallmanagement für Pflege und Gesundheit aufzubauen.

Notfallpflege ausbauen. Wenn pflegende Angehörige kurzfristiger in Not sind, benötigen sie oft eine Kurzzeit- oder Verhinderungspflege. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat es versäumt, im Rahmen der Pflegestrukturplanung die nötigen Strukturen für Kurzzeit-, Verhinderungs- sowie Tages- und Nachtpflege auszubauen und finanziell zu untersetzen. Wir wollen, dass Thüringen diese Angebote für pflegende Angehörige ausbaut.

CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Das Regierungsprogramm

Sicherheit und Ordnung

V. Sicherheit und Ordnung

Der Staat ist oberster Garant von Freiheit und Sicherheit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Menschen haben Anspruch auf einen starken Staat, dem sie vertrauen können und der ihre Sicherheit gewährleistet. Wir werden wachsenden Gefährdungen durch rechte, linke und islamistische Extremisten begegnen. Wir wollen, dass bei uns alle Menschen frei und sicher leben können – zu Hause, im öffentlichen und im digitalen Raum.

Wir stehen fest an der Seite all jener, die unsere Freiheit und den Rechtsstaat verteidigen. Sie verdienen unser Vertrauen und unsere Wertschätzung. Sie sind es, die häufig genug unter Lebensgefahr für unsere Sicherheit sorgen. Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit und eines konsequenten Rechtsstaates.

1. Polizei und Sicherheit

Zehn Jahre Rot-Rot-Grün offenbaren vielfältige Schwächen im Bereich Sicherheit und Ordnung. Pauschale Verdächtigung an unsere Sicherheitskräfte, verschleppte Einführung moderner Technik sowie personelle Unterbesetzung unterminieren das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Das werden wir wieder in Ordnung bringen und die Ordnungskräfte in ganz Thüringen unterstützen.

Für eine starke und gut ausgestattete Polizei

Mehr Polizisten einstellen. Wir werden die Thüringer Polizei so aufstellen, dass sie den Aufgaben der Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Prävention gerecht werden kann. Deshalb werden wir jährlich 350 Polizeianwärter neu einstellen. So garantieren wir, dass selbst unter Berücksichtigung von Ausbildungsabbrüchen jährlich mindestens 300 neue Polizisten für den Polizeidienst zur Verfügung stehen. Die Attraktivität des Polizeiberufs wollen wir durch ein zeitgemäßes Personalentwicklungskonzept steigern.

Nachwuchs gewinnen. Die Nachwuchsgewinnung bei der Polizei werden wir verstärken und darauf ausrichten, die besten Anwärter auszubilden und zu übernehmen. Dafür setzen wir auf optimierte Bewerbungsverfahren und eine zeitgemäße Werbestrategie. Bessere Anreize für die Ausbildung und den späteren Polizeidienst sollen insbesondere durch eine im Ländervergleich konkurrenzfähige Bezahlung gesetzt werden. Das Aus- und Fortbildungszentrum in Meiningen wollen wir zu einem modernen Bildungs-Campus ausbauen.

Polizei vor Ort garantieren. Sicherheit muss auch im ländlichen Raum gewährleistet sein. Deshalb werden wir die Polizei in der Fläche Thüringens stärken und auch in Zukunft den Kontaktbereichsdienst vor Ort durch weitere Kontaktbereichsbeamte in den Landkreisen sicherstellen. Durch den Ausbau des Fahrzeugbestandes sollen den Landespolizeiinspektionen für jeden Landkreis in ihrer Zuständigkeit zusätzliche Streifenfahrzeuge zur Verfügung stehen. Übergreifende Aufgaben müssen zusammengefasst werden, wenn es die Effizienz

steigert. Wir wollen die kommunalen Ordnungsbehörden nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung als einheitliche und starke Sicherheitspartner etablieren, sondern auch die Kooperation zwischen Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden (Ordnungspartnerschaften) verstärken.

Polizeidienst wertschätzen. Wir wollen den Polizeidienst attraktiv machen und wertschätzen. Dazu werden wir eine leistungsbezogene Beförderungsquote pro Jahr garantieren. Die Erschwerniszulagenverordnung werden wir überprüfen und anpassen, um Polizeibeamten eine angemessene Erschwerniszulage zu zahlen.

Schutzschleife einführen. Einsatzkräfte, die sich für unsere Sicherheit einsetzen, verdienen unseren Respekt und unsere Solidarität. Deshalb wollen wir eine landesweite Kampagne, die „Schutzschleife“, starten. Diese Kampagne soll diejenigen stärken, die sich täglich um unsere Sicherheit kümmern. Zusätzliche Dialogformate sollen die Wertschätzung und das Verständnis für die Einsatzkräfte in der Bevölkerung erhöhen.

Polizeiarbeit auf Kernaufgaben ausrichten. Der Fokus der Polizeiarbeit muss wieder auf den Kernaufgaben Strafverfolgung, Gefahrenabwehr und Prävention liegen. Aufgaben wie Objektschutz oder Schwertransportbegleitung gehören nicht zum Kernbereich und müssen nicht durch Polizeibeamte erfüllt werden. Deshalb werden wir die Polizei von vollzugsfremden Aufgaben entlasten.

Streifenzeit statt Schreibarbeit. Polizei und Ordnungskräfte gehören auf die Straße. Unser Ziel ist es, durch den Abbau von bürokratischen Verwaltungstätigkeiten die Präsenz unserer Einsatzkräfte im Außendienst zu erhöhen. Die bloße Anwesenheit von Polizeistreifen wirkt auf Täter abschreckend und erhöht das Sicherheitsgefühl der Bürger. Im Notfall sind die Helfer in Blau direkt vor Ort, können Opfern schneller helfen und Täter stellen.

Polizei modern ausrüsten. Wir werden die Thüringer Sicherheitsbehörden technisch so ausrüsten, dass sie ihre Aufgaben in vollem Umfang an jedem Ort zu jeder Zeit erfüllen können. Dazu gehört eine umfassende Digitalisierungsoffensive, die digitale Endgeräte (Smartphones, Tablets) für alle Polizisten einschließt.

Bodycams flächendeckend einführen. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren die Beschaffung sogenannter Body-Cams immer wieder verzögert. Angesichts ansteigender Zahlen von Gewalt gegenüber Polizisten werden wir jeden Polizisten im Einsatz mit einer Body-Cam ausstatten. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit unserer Polizeibeamten in gefährlichen Einsatzsituationen und an kritischen Einsatzorten. Mit unserer Initiative und einer Anpassung des Polizeiaufgabengesetzes haben wir bereits Bild- und Tonaufnahmen sowie die Nutzung der sogenannten Pre-Recording-Funktion ermöglicht.

Für Sicherheit und Freiheit der Thüringer Bürger

Kommunale Ordnungsdienste stärken. Wir werden die kommunalen Ordnungsbehörden stärken und ihnen mehr Kompetenzen geben. Dazu schaffen wir den rechtlichen Rahmen für eine Ausstattung mit Pfefferspray (Reizstoffsprühgerät), Bodycam und Dashcam.

Videoüberwachung ausweiten. Wir werden für mehr Sicherheit auf unseren öffentlichen Plätzen sorgen. Dazu werden wir das Polizeiaufgabengesetz ändern und die Befugnisse zur Videoüberwachung durch die Polizei deutlich ausweiten. Städte und Gemeinden, die sich für die Videoüberwachung öffentlicher Plätze entscheiden, werden wir hierbei finanziell unterstützen.

Kontakt- und Näherungsverbote ermöglichen. Zum Schutz vor häuslicher Gewalt und Stalking wollen wir die Möglichkeit der präventiven Anordnung von Kontakt- und Näherungsverboten durch die Polizei im Polizeiaufgabengesetz verankern. Gleichzeitig soll eine verpflichtende Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung für Gefährder und Gewalttäter angeordnet werden können.

Elektronische Fußfessel im Polizeigesetz einführen. Um potenzielle Opfer häuslicher Gewalt besser und effektiver zu schützen, werden wir die Kontakt- und Näherungsverbote mithilfe von elektronischen Fußfesseln zur Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) kontrollieren.

Messerangriffen entschieden entgegentreten. Wir werden die Einrichtung von Waffenverbotszonen erleichtern. Dadurch werden verdachtsunabhängige Personenkontrollen durch die Polizei an kritischen Orten ermöglicht.

Organisierte Kriminalität ins Visier nehmen. Wir werden die Organisierte Kriminalität stärker und frühzeitig in den Fokus der Sicherheitsbehörden nehmen. Organisierte Kriminalität kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn es gelingt, Organisationsstrukturen aufzuhellen und zu zerschlagen. Wegen immer engerer Verbindungen zum Extremismus werden wir die Organisierte Kriminalität wieder durch den Verfassungsschutz beobachten lassen.

Cybersicherheit ernst nehmen, Bedrohungen entgegentreten. Wir werden den Schutz der IT-Systeme von Verwaltungen und Kritischer Infrastruktur verbessern. Zur Sicherung der digitalen Souveränität Thüringens werden wir eine Koordinierungsstelle für Cyber- und Informationssicherheit als zentralen Ansprechpartner für Betreiber Kritischer Infrastrukturen, Verwaltungen und die Wirtschaft aufbauen. Mit dem Anschluss der großen kommunalen IT-Systeme an das „Computer Emergency Response Team“ (CERT) im Thüringer Landesrechenzentrum sorgen wir dafür, dass Verwaltungen vor Ort schnell und koordiniert auf Angriffe reagieren können. Darüber hinaus setzen wir uns für Regelungen ein, mit denen die IT-Sicherheit bei Unternehmen und der Schutz der Bürger im Netz verbessert werden kann.

Chancen der Künstlichen Intelligenz nutzen. Wir werden dem Verbrechen keinen Vorsprung lassen und deshalb Künstliche Intelligenz bei der Ermittlungsarbeit einsetzen. Insbesondere bei Analyse großer Datenmengen, der Sammlung von strafrechtlich relevanten Beweisen oder der Auswertung verstörenden Materials wie im Bereich der Kinderpornografie ist der Einsatz von KI-Systemen alternativlos.

Verfassungsschutz stärken. Wir werden den Verfassungsschutz personell und technisch wieder stärken. Den Thüringer Sonderweg eines weitgehenden Verzichts auf V-Leute werden wir beenden. Zur Abwehr terroristischer Bedrohungen wollen wir dem Verfassungsschutz die Befugnis zu „Online-Durchsuchungen“ einräumen.

Extremismus konsequent bekämpfen. Die konsequente Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen und politisch motivierter Kriminalität muss durch Präventions- und Aussteigerprogramme

für alle Bereiche des Extremismus ergänzt werden. Nicht nur beim Rechtsextremismus, sondern auch beim Linksextremismus, Islamismus und bei neuen Formen der Delegitimierung des Staates (z. B. durch „Reichsbürger“) gilt es, Radikalisierungstendenzen zu erkennen und ihnen entgegenzutreten. Ratsuchende Angehörige benötigen genauso Ansprechpartner wie Ausstiegswillige. Wir schaffen den notwendigen Rechtsrahmen für den Zugriff des Verfassungsschutzes auf die Verkehrsdaten bekannter Extremisten, Gefährder und Terrorverdächtiger. Damit intensivieren wir den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden.

Verbunddatei “Linksextremismus” einrichten. Wir wollen eine gemeinsame Verbunddatei „Linksextremismus“ nach dem Vorbild der bestehenden Antiterror- und Rechtsextremismus-Dateien einrichten. Darin sollen die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder ihre Erkenntnisse zu Personen und Gruppierungen mit Bezug zum gewaltorientierten Linksextremismus erfassen.

2. Bevölkerungsschutz

Die Feuerwehren, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen bilden das Rückgrat des Brand- und Katastrophenschutzes. Besonders ohne die vielen Freiwilligen geht gar nichts. Deshalb müssen sie gut gewappnet für den Ernstfall sein. Dazu gehören eine gute Ausbildung und Technik auf der Höhe der Zeit. Die Strukturen des Brand- und Katastrophenschutzes müssen deshalb auf veränderte Bedrohungslagen und auf neue Bedrohungsszenarien ausgerichtet werden.

Für einen starken und gut ausgestatteten Brand- und Katastrophenschutz

Feuerwehren besser ausstatten. Wir werden ein “Investitions-Programm Feuerwehren” auflegen, um aufgelaufene Ausrüstungsdefizite zu beheben. Dazu gehört auch die Förderung der Anschaffung von modernen Feuerwehrfahrzeugen, Stellplätze, die Anschaffung redundanter, ausfallsicherer Kommunikationsmittel und digitaler Hilfsmittel.

Feuerwehrpauschale verstetigen. Die Pro-Kopf-Feuerwehrpauschale für Mitglieder der Einsatzabteilungen der freiwilligen Feuerwehren werden wir verstetigen.

Feuerwehrstandorte erhalten. Die Standorte von Ortsteilfeuerwehren in Städten und Gemeinden sollen auch dann erhalten bleiben, wenn sich Gemeinden freiwillig neu gliedern. Um die Einsatzbereitschaft der einzelnen Wehren zu gewährleisten sind neben einer guten Ausstattung weitere Anreize zu schaffen. Hierzu wollen wir einen Landeszuschuss zum PKW-Führerschein für junge Feuerwehrangehörige einführen sowie den Erwerb des LKW-Führerscheins (Klasse C oder CE) stärker unterstützen.

Jubiläumszuwendungen einführen. Wir wollen eine Jubiläumszuwendung einführen, die an das Brandschutzehrenzeichen und die Katastrophenschutzauszeichnung gekoppelt ist. Für das Höchste zum Zeitpunkt der Einführung bereits erreichte Jubiläum werden wir die Zuwendung rückwirkend auszahlen.

Jugendfeuerwehren fördern. Die Prämie für die Jugendfeuerwehren werden wir von 25 auf 100 Euro pro Kopf erhöhen. Unser Ziel ist es, den Feuerwehrdienst für junge Kameradinnen und

Kameraden zwischen dem vollendeten 16. und 18. Lebensjahr attraktiver zu gestalten.

Beschaffung erleichtern und vereinfachen. Kleine Gemeinden und Freiwillige Feuerwehren werden wir bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Ausrüstung durch eine neue zentrale Beschaffungsstelle unterstützen. Damit Feuerwehrfahrzeuge erschwinglich bleiben, wollen wir zudem die Fördersystematik auf eine prozentuale Anteilsfinanzierung mit höheren Fördersätzen umstellen, eine Option zum Kauf gebrauchter Fahrzeuge eingeschlossen.

Digitalisierung der Wehren vorantreiben. Wir wollen die volle Einsatzfähigkeit der Wehren sicherstellen. Dazu gehören die flächendeckende Ausrüstung mit BOS-Funk, WLAN in allen Gerätehäusern, Tablets für die Kameraden und eine Feuerwehr-App, über die sich wichtige Informationen zu den Einsätzen in Echtzeit abrufen lassen. Dabei werden wir auf Schnittstellen zu anderen Organisationen achten sowie die Arbeitsfähigkeit bei Ausfall von Strom- und Telekommunikationsnetzen gewährleisten.

Kapazitäten der Feuerwehrschule erhöhen. Wir werden die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz weiter ausbauen und stärken. Führungs- und Speziallehrgänge müssen wieder uneingeschränkt stattfinden können. Bis dies umgesetzt ist, werden wir weitere Lehrgänge extern zukaufen, um den Ausbildungsstau abzubauen.

Katastrophenschutz reformieren. Wir werden zusammen mit den Landkreisen und kreisfreien Städten den Katastrophenschutz stärken und weiterentwickeln, indem wir eine effektive kommunale Führungsstruktur gestalten. Die Kapazitäten für die Abwehr von Gefahren für Kritische Infrastruktur (KRITIS) werden wir erweitern.

Bevölkerung besser warnen und schützen. Die bundesweiten Warntage zeigen, dass noch immer viele Kommunen ihre Bevölkerung nicht per Sirene warnen können. Wir werden die Ausstattung der Gemeinden mit Sirenen weiter fördern und die Funktion des staatlichen Modularen Warnsystems (MOWAS) sicherstellen. Außerdem werden wir einen thüringenweiten Warntag, halbjährlich versetzt zum Bundeswarntag, einführen.

Ehrenamtliche in der „Psychosozialen Notfallversorgung“ stärken. Wir werden für die Ehrenamtlichen in der Psychosozialen Notfallversorgung“ (PSNV) eine echte Gleichstellung mit dem Brand- und Katastrophenschutz herstellen und dafür Anpassungen, bzw. Erweiterungen einschlägiger Rechtsverordnungen zu Freistellung und Entschädigung für Einsätze und Übungen auf den Weg bringen.

Wald- und Vegetationsbrände besser bekämpfen. Um Wald- und Vegetationsbrände effektiver bekämpfen zu können, wollen wir alle Feuerlöschteiche in den Thüringer Wäldern erhalten und in den nächsten Jahren sanieren. Außerdem sind die Feuerwehren zur Bekämpfung von Vegetationsbränden besser auszustatten.

Flughafen Erfurt-Weimar zum Lösch-Hub machen. Am Flughafen Erfurt-Weimar wollen wir einen Lösch- und Katastrophenschutz-Hub einrichten und ihn durch die dauerhafte Stationierung von Löschhelikoptern und Löschflugzeugen zum zentralen Anlaufpunkt im Krisen- und Katastrophenfall machen.

„Einsatz-Card“ einführen. Wir werden eine landesweite „Einsatz-Card“ einführen, die für Ehrenamtliche in den Feuerwehren, der Bergwacht, den privaten Hilfsorganisationen und beim THW gelten soll. Sie soll Zugang zu vergünstigten Angeboten des Landes und der Kommunen bieten, beispielsweise für den öffentlichen Personennahverkehr, Schwimmbäder und Museen.

Tag der Hilfsdienste etablieren. Mit einem jährlichen Tag der Hilfsdienste in Schulen und Kommunen wollen wir Kinder und Jugendliche für den ehrenamtlichen Einsatz in den Freiwilligen Feuerwehren, im THW, der Bergwacht oder den Rettungsdiensten begeistern.

Mobiles Betreuungsmodul stationieren. Im Spannungs- und Verteidigungsfall, aber auch im Katastrophenfall, müssen die lebenswichtigen Grundbedürfnisse der (unverletzt) betroffenen

Menschen schnell sichergestellt werden. Mehrere tausend Menschen müssen in diesem Fall gleichzeitig untergebracht, versorgt und betreut werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass eines von acht geplanten Logistikzentren des Bundes in Thüringen errichtet, sowie eines der geplanten "Mobilen Betreuungsmodule (MBM 5.000)" des Pilotprojekts "Labor Betreuung 5.000" des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Thüringen stationiert wird.

Vorbereitungen für den Ernstfall treffen. Wir werden mit dem Bund die Möglichkeit der Schaffung von flächendeckenden Strukturen für den physischen Schutz der Bevölkerung durch Schutzräume (Bunker) oder alternative Schutzmöglichkeiten erörtern. Weiter werden wir dafür sorgen, dass alle Warnmittel so angebunden werden, dass im Zivilschutzfall der Bund in eigener Zuständigkeit schnell und unmittelbar warnen kann.

Bundeswehr in Thüringen halten. Wir stehen zur Aufgabe der Bundeswehr, Deutschland, seine Staatsbürger und Partner zu schützen und im Rahmen der NATO und der EU mögliche Gegner abzuschrecken. Bei der Entscheidung über zusätzliche Standorte der Bundeswehr werden wir uns dafür einsetzen, die entsprechenden militärischen Einheiten in Thüringen zu stationieren.

Bauvorhaben der Bundeswehr zügig umsetzen. Wir wollen, dass die Bearbeitung von Bauvorhaben der Bundeswehr zügig erfolgt. Die Ertüchtigung der Bundeswehr für die neuen Herausforderungen erfordert die schnelle Umsetzung verteidigungspolitischer Notwendigkeiten. Dazu gehören die schnellere Genehmigung und vorrangige Umsetzung von Bauvorhaben der Bundeswehr. Die zuständige Thüringer Bauverwaltung braucht hierfür die notwendigen Voraussetzungen.

3. Rechtsstaat, Justiz und Rechtspflege

Wir brauchen einen funktionierenden und starken Rechtsstaat, in dem geltendes Recht angewendet, konsequent durchgesetzt und Täter zur Verantwortung gezogen werden. Das gilt sowohl für deutsche Staatsangehörige als auch für zugewanderte Menschen. Jeder hat unsere Werte und unsere Gesetze zu achten. Doch unter der rot-rot-grünen Landesregierung erfährt die Thüringer Justiz weder den erforderlichen Rückhalt noch die notwendige Wertschätzung. Für uns gilt, Justizpolitik muss wieder im Mittelpunkt stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Menschen in Thüringen auf einen bürgernahen und konsequenten Rechtsstaat verlassen können. Recht sichert die Freiheit. Unsere Gerichtsverfahren dauern zu lange. Das gilt insbesondere in der Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Rechtsfrieden erfordert zügige Entscheidungen.

Für einen starken Rechtsstaat und eine leistungsfähige Justiz

Leistungsfähigkeit durch qualifiziertes Personal garantieren. Um die Justiz als Arbeitgeber attraktiv zu machen, werden wir für konkurrenzfähige Gehaltsstrukturen sowie moderne Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle in allen Laufbahnen der Justiz sorgen. Zusätzlich werden wir eine Nachwuchskampagne auflegen. Mit der Einrichtung eines Stellenpools wollen wir Ausfälle ausgleichen. Daneben ist ein „Personalentwicklungsprogramm Justiz“ zur Bewältigung des demografischen Wandels dringend erforderlich.

Aus- und Fortbildung für Beschäftigte in der Justiz ausbauen. Mit Programmen zur Weiterbildung und Spezialisierung werden wir sicherstellen, dass das

Justizpersonal über das erforderliche Fachwissen verfügt. Für Familien- und Strafrichter, beispielsweise in kindeswohlsensiblen Bereichen, wollen wir Supervision anbieten. Für ehrenamtlich Tätige in der Justiz wird das Fortbildungsangebot ausgeweitet.

Berufe im Justizvollzug attraktiver gestalten. Mit einer besseren Bezahlung durch Anhebung der Eingangsämter, einer ruhegehaltsfähigen Zulagengewährung und einer Verbesserung der derzeitigen Beförderungsstruktur wollen wir die Arbeit im Justizvollzug attraktiver machen und junge Menschen für den Beruf gewinnen. Die auf unsere Initiative eingeführten Anwärterzulagen werden wir erhalten.

Sicherheit der Justizvollzugsbeamten gewährleisten. Für einen sicheren und geregelten Justizvollzug bedarf es neben zielgerichteten Schulungsprogrammen einer verbesserten Sicherheitsausstattung. Deshalb werden wir zur Gewährleistung von bestmöglichem Schutz und hoher Sicherheit unserer Justizvollzugsbeamten das Distanz-Elektroimpulsgerät (Taser) im Strafvollzug einführen.

Freie Berufe in der Rechtspflege stärken. Wir setzen uns nachhaltig für den Erhalt der freien Berufe in der Rechtspflege und deren Selbstverwaltung durch Kammern und Verbände ein. Die freien Berufe der Anwaltschaft und des Notariats dürfen nicht durch europäische Regelungen geschwächt oder verwässert werden. Angesichts steigender Energiepreise, anhaltender Inflation und hierdurch steigender Lohn- und Mietkosten setzen wir uns auch für eine entsprechende Anpassung der gesetzlichen Rechtsanwaltsvergütung ein.

Sicherheit von Gerichtsvollziehern verbessern. Gerichtsvollziehern werden wir ermöglichen, vor potenziell gefährlichen Vollstreckungsmaßnahmen bei den örtlich zuständigen Polizeidienststellen abzufragen, ob dort Erkenntnisse zu einer Gefährlichkeit oder Gewaltbereitschaft des Schuldners vorliegen und daraufhin polizeiliche Unterstützung anzufordern. Mit der Einführung einheitlicher Dienstausweise und der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Pfefferspray wollen wir die Sicherheit weiter erhöhen.

Besoldung und Beförderung neu strukturieren. Mit der Reform der Sachaufklärung wurden den Gerichtsvollziehern zusätzliche Aufgaben übertragen. Das muss sich künftig auch in der Besoldungs- und Beförderungsstruktur widerspiegeln. Deshalb wollen wir das Beförderungsamt des Hauptgerichtsvollziehers (HGV) einführen.

Bachelorstudium für Gerichtsvollzieher einführen. Um den gestiegenen Aufgaben der Gerichtsvollzieher Rechnung zu tragen wollen wir die Ausbildung der Gerichtsvollzieher künftig auf der Basis eines dreijährigen Bachelor-Studiengangs durchführen, ähnlich wie dies bei den Rechtspflegern bereits der Fall ist.

Beschleunigte Verfahren ausweiten. Wir werden die Gerichte personell besser ausstatten. Mit einem Digitalisierungsschub werden wir das Personal entlasten. Prozessuale Möglichkeiten wie z. B. das beschleunigte Strafverfahren werden wir konsequent nutzen und ausbauen. Bei Sachverhalten mit einfacher Beweislage aber auch bei jugendlichen Intensivtätern und Jugendbanden muss die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen, nur dann kann sie wirklich ihre erzieherische Wirkung entfalten.

Justiz digital und bürgernah gestalten. Wir werden Verwaltungsabläufe optimieren, Verfahren beschleunigen und Dienstleistungen für Bürger online zur Verfügung stellen. Wir werden mit Online-Verfahren, moderner Visualisierungs- und Videokonferenztechnik und einer verbesserten Informationsinfrastruktur bei Gerichten die Effizienz der Justiz steigern. Zudem werden wir digitale Rechtsantragsstellen einrichten und die Online-Vergabe von Terminen zur Vermeidung von Warteschlangen weiter ausbauen.

Künstliche Intelligenz an Gerichten einsetzen. Wir werden ein Pilotprojekt “Künstliche Intelligenz in Thüringer Gerichten und Justizbehörden” starten. Dabei erproben wir Möglichkeiten der automatischen Erfassung und Einarbeitung eingehender Dokumente

in die elektronische Akte. Künstliche Intelligenz darf in der Justiz nur als Hilfsmittel eingesetzt werden. Die Entscheidung muss am Ende aber immer ein Mensch treffen.

Cyber-Kriminalität bekämpfen. Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung müssen im Cyber-Raum genauso möglich sein wie im analogen Leben. Wir werden eine Thüringer Cyber-Sicherheitsagentur als IT-Expertenstelle einrichten. Wir werden die Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) beim Landeskriminalamt aufgabenorientiert ausstatten und zusätzliches Personal einstellen. Dafür werden wir die Planstellen sukzessive erhöhen und eine IT-Zulage einführen. Zudem werden wir eine schnelle Eingreiftruppe zur Abwehr von Cyberangriffen aufstellen. Wo der Staat nicht selbst tätig sein darf, muss er die Bevölkerung verstärkt aufklären und informieren.

Bagatellisierung und Entkriminalisierung von Straftaten verhindern. Was nach dem Strafgesetzbuch strafbar ist, muss strafbar bleiben. Eine Bagatellisierung von Straftaten insbesondere in Bereichen wie Schwarzfahren und Drogenmissbrauch und eine vorschnelle Einstellung von Ermittlungsverfahren lehnen wir ab. Wir stehen deshalb auch für eine konsequente Verfolgung von Drogenkriminalität. Die erfolgte Legalisierung von Cannabis muss rückgängig gemacht werden.

Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Der Schutz der Menschen und die Sicherheitsinteressen unseres Staates müssen Vorrang vor Datenschutzinteressen des Einzelnen haben. Eine verbindliche Speicherung von IP-Adressen ist für die erfolgreiche Bekämpfung schwerer Straftaten, insbesondere im Bereich der Kinderpornografie und des Kindesmissbrauchs, im digitalen Zeitalter unverzichtbar. Wir fordern, Verbindungsdaten für eine Mindestdauer zu speichern und nach richterlicher Anordnung auszulesen, um schwerste Straftaten wie Terroranschläge zu verhindern.

Opfer von Straftaten unterstützen. Für uns gilt: Opferschutz geht vor Täterschutz. Wir werden das Antragsverfahren für Opferentschädigungsleistungen vereinfachen. Außerdem werden wir Opferberatungsstellen und Opferverbände fachlich weiter qualifizieren und spezialisieren, damit Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, nicht allein gelassen werden. In der Aus- und Weiterbildung von Polizei und Justiz werden wir die psychosoziale Prozessbegleitung verbessern und dem Opferschutz mehr Gewicht geben.

Spezialisierte Spruchkörper einrichten. Angesichts immer komplexerer und zeitintensiverer Verfahren wollen wir die Spezialisierung der Justiz ausbauen. Nach dem Vorbild des Commercial Courts in Baden-Württemberg werden wir in weiteren Bereichen, wie etwa dem Ausländer- oder dem Baurecht, spezialisierte Spruchkörper einrichten, um effiziente Rechtsprechung im Land zu gewährleisten.

Justiz-Standorte erhalten. Alle derzeit bestehenden Justizstandorte im Freistaat werden mit uns erhalten bleiben. Die Gerichte in Thüringen sind nicht nur wichtige Arbeitgeber, sie ermöglichen den Bürgern vor allem einen wohnortnahen und schnellen Zugang zur Durchsetzung ihrer Rechte. Deshalb muss Justiz in ganz Thüringen auch zukünftig flächendeckend präsent sein.

Jugendstationen ausbauen. Die Jugendstationen in Gera und Jena, in denen für den Bereich der Jugendstraftaten alle Behörden unter einem Dach arbeiten, haben sich als Erfolgsmodell erwiesen. Wir werden solche Jugendstationen auch an anderen Standorten einrichten.

4. Migration

Der dauerhafte, ungesteuerte Zuzug von Menschen nach Deutschland und Thüringen überfordert unsere Kommunen und unsere Gesellschaft. Thüringen braucht einen Richtungswechsel in der Migrationspolitik. Bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter setzen wir auf Humanität und Ordnung. Politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge verdienen unsere Solidarität und Hilfe. Um die hohen Zuwanderungszahlen schnell und dauerhaft zu reduzieren, muss endlich das, was bereits Rechtslage ist, auch in der Praxis konsequent umgesetzt werden. Das ist eine Frage von Recht und Gesetz und eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Akzeptanz und Funktionsfähigkeit des Asylsystems dauerhaft erhalten bleibt. Das rot-rot-grüne Migrationsmanagement ist eine besonders schwere Belastung für das Ordnungsempfinden der Bevölkerung. Unter Führung von Bodo Ramelow werden die Hilferufe aus den Kommunen missachtet, Probleme bei der Unterbringung negiert und einer ungesteuerten Einwanderung in die Sozialsysteme das Wort geredet.

Für Ordnung in der Migrationspolitik

Asyl und Einwanderung trennen. Es braucht die klare Unterscheidung zwischen Asyl und Einwanderung. Wer schutzberechtigt ist und unsere Hilfe benötigt, dem wird geholfen. Flüchtlingsschutz ist Schutz auf Zeit und muss im Normalfall in eine Rückkehr in das Herkunftsland enden, wenn der Fluchtgrund entfallen ist. Wer keinen Schutzgrund hat, über seine Identität täuscht oder sich nicht an die Regeln hält, muss unser Land sofort wieder verlassen. Der Flüchtlingsschutz muss so ausgestaltet sein, dass er nicht als Einladung zur Einwanderung missverstanden werden kann.

Migrationsmanagement neu ordnen. Wir werden in Thüringen eine Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) als Abteilungsgruppe im Landesverwaltungsamt einrichten, um Aufgaben zu bündeln, Synergieeffekte im Bereich Asyl- und Aufenthaltsrecht zu schaffen und Kommunen zu entlasten. Außerdem soll die ZAB das Aufnahme- und Rückführungsmanagement übernehmen. Dazu sollen Thüringer Zentren für Aufnahme und Rückführung (TZAR) unter Aufsicht der ZAB etabliert werden. Eine eigenständige Abteilung der ZAB wird einen klaren Fokus auf die Fachkräfteeinwanderung setzen.

Rückführungszentren einrichten. Eine ablehnende Asylentscheidung konsequent umzusetzen, ist eine Frage der Rechtsstaatlichkeit. Wer keine Bleibeperspektive hat, soll in die TZAR untergebracht, anstatt in Landkreise und Gemeinden verteilt zu werden. Von diesen zentralen Rückführungszentren aus soll eine direkte Abschiebung erfolgen. Dies gilt im Besonderen für Straftäter und Gefährder.

Druck auf Herkunftsstaaten erhöhen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, Herkunftsstaaten bei Rückführungen in die Pflicht zu nehmen. Der Erhalt von finanzieller Unterstützung aus Deutschland sowie die Erteilung von Visa muss ab sofort an die unbedingte Bereitschaft des Herkunftsstaates geknüpft werden, seine Staatsbürger im Rahmen einer Rückführung wiederaufzunehmen bzw. Rücknahmeabkommen zu schließen.

Verfahren für Asylbewerber mit geringer Anerkennungsquote beschleunigen. Wir werden dafür sorgen, dass vor allem für Asylbewerber mit geringen Aussichten auf Anerkennung beschleunigte Verfahren und Standards eingeführt werden, die eine möglichst kurze Bearbeitungsdauer bei einem rechtsstaatlichen Verfahren sicherstellen. Um Asylverfahren zu beschleunigen und Abschiebungen zu erleichtern, werden wir uns auf Bundesebene für die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten einsetzen. Staaten mit dauerhaft niedrigen Anerkennungsquoten müssen endlich zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden.

Keine zusätzlichen Anreize schaffen. Wir werden Anreize zur irregulären Einreise nach Deutschland reduzieren. Mit uns wird es künftig keine Thüringer Aufnahmeprogramme mehr geben. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine kritische Überprüfung aller Sozialleistungen für Ausländer ein.

Bürgergeldbezug für Ukrainer beenden. Mit einer Initiative über den Bundesrat wollen wir den sogenannten Rechtskreiswechsel, durch den alle neu ankommenden Ukrainer sofort in den Bürgergeldbezug kommen, beenden. Künftig neu ankommende Ukrainer sollen, wie allen anderen Schutzsuchenden auch, zunächst Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Vorrang von Sachleistungen vor Geldleistungen umsetzen. Rücküberweisungen deutscher Sozialleistungen von Asylsuchenden in ihre Herkunftsländer dürfen kein Geschäftsmodell sein. Wir werden in Erst- und Gemeinschaftsunterkünften vollständig auf Sachleistungen umstellen. Ergänzend werden wir nach Vorbild von CDU-geführten Landkreisen die Bezahlkarte für Asylsuchende thüringenweit einführen, mit der sie regional Waren einkaufen, aber kein Geld abheben können.

Grundlagen für Integration schaffen. Wir setzen uns für die Integration von rechtmäßig in Thüringen lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ein. Dazu werden wir die Identifikation mit der Verfassungs- und Rechtsordnung des Grundgesetzes und den ihr zugrunde liegenden Werten genauso fördern wie die Verbundenheit mit Thüringen und Deutschland. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Kommunen unsere Integrationsangebote klar auf Sprache, Bildung, Arbeit und Alltagskultur ausrichten. Als Vorbereitung auf den ersten Arbeitsmarkt werden wir das Angebot gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten, zu deren Wahrnehmung Asylbewerber verpflichtet sind, ausbauen. Den Bezug von Leistungen wollen wir an den Abschluss einer verpflichtenden und individuellen Integrationsvereinbarung knüpfen.

Staatsangehörigkeit erst nach Integration verleihen. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist der höchste und wertvollste Status, den die Bundesrepublik einem Migranten zuerkennen kann. Die Einbürgerung ist Ergebnis und nicht der Beginn einer gelungenen Integration. Wir machen uns gegen jede Aufweichung der Anforderungen an die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts, den Spracherwerb oder das Bekenntnis zur Werteordnung stark. Wir werden uns mit einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, die Aufenthaltszeit bis zum Erwerb der Staatsbürgerschaft wieder zu verlängern.

CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Das Regierungsprogramm

Stadt und Land

VI. Stadt und Land

Vor Ort zu Hause sein – das ist Heimat. In Dörfern, in kleinen und großen Städten, umgeben von Wäldern und intakter Natur. Das ist unser Anspruch. Egal wo jemand in Thüringen lebt, ob in der Stadt oder auf dem Land, muss er gleichwertige Chancen haben: Bei Betreuung, Bildung, Arbeit und der Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir für Thüringen das 20-Minuten-Versprechen geben. Niemand soll länger als 20 Minuten zu wichtigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge brauchen. Um das möglich zu machen, brauchen wir Angebote vor Ort, aber gleichzeitig auch Erreichbarkeit durch eine gute Verkehrsinfrastruktur.

Leider müssen wir feststellen: Ob mit der gescheiterten Gebietsreform, dem Rückzug von Behörden aus der Fläche, einseitigen Verschiebungen im Finanzausgleich oder zuletzt bei der Ausweisung von Oberzentren im Landesentwicklungsprogramm. Rot-Rot-Grün hat keine schlüssigen Konzepte. Wir wollen wieder eine Politik für alle Thüringer in Stadt und Land.

1. Infrastruktur und Mobilität

Der Schlüssel zur Entwicklung gleichwertiger, guter Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist der Ausbau der Infrastruktur. Das betrifft Verbindungs- oder Umgehungsstraßen genauso wie Radwege und vor allem leistungsfähige Datennetze. Jeder Ort muss erreichbar sein. Das gilt im Individual- wie im öffentlichen Verkehr. Wir wollen eine Mobilitätswende für Thüringen, in der private und öffentliche Transportmöglichkeiten besser miteinander kombiniert und bedarfsgerechter gesteuert werden.

Für gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Investitionen in Verkehrsinfrastruktur sichern. Wir setzen uns für eine schnellere Umsetzung der Thüringer Straßenbauprojekte im Bundesverkehrswegeplan ein. Gerade die dort geplanten Projekte zur Entlastung von Ortsdurchfahrten sind sowohl ein Beitrag zur Modernisierung des Straßennetzes als auch zur Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum. Investitionen in Landesstraßen und kommunale Straßen wollen wir steigern, dazu zählt auch die Verkehrsinfrastruktur in bestehenden Gewerbegebieten.

Vernetzte Städte und Regionen etablieren. Wir wollen die vorhandenen Förderprogramme für unsere Kommunen gezielter auf die Anforderungen vernetzter Städte und Regionen (Smart City/Smart Region) anpassen. So können Aufgaben einfacher, schneller und damit auch kostengünstiger erledigt werden. Zudem wollen wir Verbesserungen bei der Verkehrssteuerung mithilfe von Algorithmen und KI möglich machen. Dazu werden wir die rechtlichen Möglichkeiten evaluieren, wie die Städte Zugriff auf Verkehrsdaten privater Dienstleister, z. B. Ampeldaten, erhalten können.

Gigabit-Offensive starten. Wo immer möglich, sollte der eigenwirtschaftliche Ausbau der Breitbandversorgung Priorität haben. Dabei setzen wir insbesondere auf den schnelleren Ausbau der Glasfasertechnologie. Wir werden den Fokus auf eine koordinierende Funktion des Staates legen, um Mehrfachinvestitionen und paralleles Bauen zu vermeiden. Wo geförderter Ausbau notwendig ist, werden wir die Kommunen so unterstützen, dass die Fördergelder des Bundes vollständig ausgeschöpft werden können. Wir werden Hochgeschwindigkeitsinternet bis in die kleinsten Dörfer Thüringens bringen. Statt vieler staatlicher Beratungsakteure schaffen wir einen zentralen Ansprechpartner.

Leistungsfähige Datennetze schaffen. Wir werden uns für den konsequenten und zügigen Ausbau der Gigabitinfrastruktur und lokaler 5G-Netze einsetzen. Die digitale Infrastruktur ist Teil der Daseinsvorsorge. Gemeinsam mit den Mobilfunkversorgern wollen wir die Funklöcher im Land endlich schließen.

Infrastruktur für Datennetze nutzen. Vorhandene Infrastruktur wie die der Eisenbahn oder entstehende, etwa den Ausbau des Energienetzes, wollen wir gezielt nutzen, um Datennetze damit zu verbinden. So werden Stromautobahnen zu Datenautobahnen.

Einkaufsmöglichkeiten im Dorf schaffen. Ein Warenangebot vor Ort, zumindest für die Dinge des täglichen Bedarfs, trägt wesentlich zur Lebensqualität in den Dörfern bei. Wir setzen uns deshalb für die Einrichtung von Dorfläden und die Neuauflage des 24-Stunden-Läden-Programms mit einfacheren Rahmenbedingungen ein. In 20 Minuten Lebensmittel kaufen können - das ist Teil unseres 20-Minuten-Versprechens. Einkäufe sollen durch weitere Dienstleistungen (Post, Apotheke, Zugang zu Internet-Angeboten der Verwaltung) vor Ort ergänzt werden und die Läden so zu zentralen Anlaufstellen und Treffpunkten entwickelt werden.

Landesbehörden in ganz Thüringen vorhalten. Wir wollen mehr Landesbehörden im ländlichen Raum. Außerdem werden wir dort Co-Working-Spaces für die Mitarbeiter von Landesbehörden einrichten, um soziales Miteinander zu ermöglichen und kostenintensive Fahrwege zu vermeiden.

Dorfkirchen erhalten. Das Dorfkirchenprogramm werden wir neu auflegen und mit der Sanierung von Kirchen zugleich die Bau-, Kultur- und Landesgeschichte pflegen. Speziell kleinere Bausanierungsmaßnahmen bei Dorfkirchen sollen so einfacher umgesetzt werden.

Für gute Mobilität im ganzen Land

Mobilität mit dem Auto gewährleisten. Ohne Auto lässt sich die individuelle Mobilität auf absehbare Zeit nicht gewährleisten. Das gilt besonders für den ländlichen Raum. Sowohl auf dem Land als auch in der Stadt sind die Sanierung und der Ausbau des Straßennetzes bedarfsgerecht und auf hohem Niveau voranzutreiben. Ein generelles Tempolimit auf unseren Autobahnen lehnen wir ab.

ÖPNV besser machen. Wir wollen in ein modernes und klimaschonendes Bus- und Bahnangebot investieren. Hierzu gehören für uns der Ausbau, die Modernisierung und die Elektrifizierung der Infrastruktur sowie die Anschaffung neuer Fahrzeuge. Auf Bundesebene werden wir uns für eine dringend notwendige Erhöhung der Regionalisierungsmittel einsetzen.

Verkehrsangebote erhalten und ausbauen. Wir wollen ein Verkehrsangebot schaffen, das neben dem ÖPNV auch individuell organisierte und innovative Verkehrsangebote integriert. Bestehende Linien zwischen Verknüpfungspunkten wollen wir enger takten. Dazu setzen wir uns auch für ein

flächendeckendes landesweites Busnetz im PlusBus- und TaktBus-Standard mit Ergänzung durch On-Demand sowie Sharing- und Pooling-Angebote ein. Flexible Formen wie Ruf- und Bürgerbusse, Sammel- und Ruftaxis werden wir gezielt ausbauen.

Stadt und Land verbinden. Die Anbindung Thüringens an die Oberzentren und Verdichtungsräume der benachbarten Bundesländer wollen wir durch einen leistungsstarken und attraktiven Schnellverkehr auf der Schiene gewährleisten.

Angebote im ländlichen Raum erhalten und wiederbeleben. Wir treten für den Erhalt von Bahnhöfen und Haltestellen in ländlichen Gebieten ein. Wir setzen uns für eine Wiederinbetriebnahme stillgelegter Strecken ein, wenn eine Reaktivierung wirtschaftlich tragfähig ist oder die Mobilität dadurch entscheidend gefördert wird.

Thüringen technologieoffen mobil halten. Damit Wasserstoff auch im Verkehr eine stärkere Rolle spielen kann, werden wir den Aufbau von Wasserstoff-Tankstellen fördern. Gemeinsam mit den Netzbetreibern werden wir ein enges Netz an E-Ladesäulen und Schnell-Ladesäulen fördern.

Ausbau der Fahrradinfrastruktur voranbringen. Wir wollen mehr in den Ausbau und die Instandhaltung alltagstauglicher Radwege, sowie für Fahrradgaragen, insbesondere an ÖPNV-Verknüpfungspunkten und Ladestationen investieren. Zusätzlich werden wir ein kommunales Radwegebauprogramm auf den Weg bringen und bestehende Radverkehrskonzepte zügig und konkret umsetzen. Wir werden sicherstellen, dass bei Straßenneubau- und grundlegenden Sanierungsmaßnahmen der Radverkehr berücksichtigt wird. Im Schienenpersonennahverkehr wollen wir eine kostenlose Fahrradmitnahme und mehr Kapazitäten der Fahrradmitnahme ermöglichen.

Verkehrssicherheit erhöhen. Wir werden das Verkehrssicherheitsprogramm des Landes fortschreiben und die daraus resultierenden Maßnahmen unterstützen. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf die Sicherheit der Schulwege für unsere Kinder. Eine Schulwegeplanung wollen wir verpflichtend einführen.

2. Kommunen

Zu guten Lebensverhältnissen gehören für uns belebte Innenstädte genauso wie ein vielfältiges öffentliches Leben, das durch Kommunen, Kirchen, Ehrenamt und Vereinswesen getragen wird. In jedem Stadtquartier, jeder Kleinstadt und jedem Dorf prägt sich dies anders aus.

Was für die Menschen wichtig ist, wissen die Verantwortlichen vor Ort am besten. Ausgehend vom Prinzip der Subsidiarität wollen wir die kommunale Selbstverwaltung stärken. Die Grundlage für handlungsfähige Städte und Dörfer schafft ein verlässlicher und zukunftsgewandter Kommunaler Finanzausgleich.

Für eine verlässliche kommunale Finanzausstattung

Kommunale Selbstverwaltung achten. Wir werden Einschränkungen der Kommunen durch kostentreibende und überzogene Standards sowie unwirtschaftliche und unangemessene Standardvorschriften abbauen und die kommunale Familie für übertragene Aufgaben entsprechend finanziell ausstatten.

Konnexitätsprinzip umsetzen. Für uns gilt: Wer bestellt, der zahlt! Deshalb haben wir die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Thüringer Verfassung durchgesetzt. Wir werden das Konnexitätsprinzip umsetzen und Kommunen bei Aufgabenübertragungen und Standarderhöhungen einen entsprechenden Ausgleich gewähren.

Kommunalen Finanzausgleich reformieren. Thüringens Kommunen brauchen finanzielle Planungssicherheit und eine auskömmliche Finanzausstattung. Nur so können sie den berechtigten Erwartungen der Bürger an ein funktionierendes Gemeinwesen gerecht werden. Wir werden den Kommunalen Finanzausgleich mit dem Ziel reformieren, die Gestaltungsspielräume der Kommunen zu erweitern. Wir werden einen einfacheren, planbareren und einen auf zukünftige Bedarfe ausgerichteten KFA aufstellen. Um den ländlichen Raum zu stärken, werden wir die sogenannte Hauptansatzstaffel im KFA, nach der sich die Höhe der Landeszuweisungen an die Kommunen richtet, zu Gunsten kleiner Gemeinden verändern. Wir sorgen dafür, dass die Gewährung des Mehrbelastungsausgleichs den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst wird. Als wesentliche Änderungen im KFA streben wir die Berücksichtigung eines Flächenansatzes für betreffende Strukturen an und wollen, dass Kommunen mit einer herausragenden Umlandfunktion im besonderen Maße berücksichtigt werden. Außerdem werden wir die Kindergartenfinanzierung in eine einheitliche und transparente Struktur überführen.

Spielräume zur Senkung der Gewerbesteuer schaffen. Im Zuge der KFA-Reform werden wir größere Spielräume der Kommunen bei der Festsetzung des Gewerbesteuerhebesatzes schaffen. Keine Kommune soll aufgrund landesrechtlicher Regelungen zu höheren Hebesätzen gezwungen sein.

Leistungsanreize im Kommunalen Finanzausgleich verankern. Wir wollen einen Leistungsansatz im Kommunalen Finanzausgleich verankern. Bei der Finanzbedarfsberechnung müssen die Kommunen deshalb wieder mehr von ihren Steuereinnahmen profitieren, indem nicht mehr sämtliche Steuereinnahmen vom ermittelten Finanzbedarf abgezogen werden.

Stärkung kreisangehöriger Gemeinden. Das 2021 erstmals beschlossene Kleine-Gemeinden-Programm zur Kompensation der Hauptansatzstaffel werden wir bis zur vollständigen Reformumsetzung verstetigen. Gerade in kleinen Gemeinden können somit u. a. wichtige Eigenanteile zur Finanzierung von Fördermaßnahmen und Investitionen gestemmt werden.

Vollständige Erstattung der Flüchtlingskosten. Die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und vor allem die Integration sind eine Daueraufgabe, die die Kommunen in Thüringen an ihre finanziellen Grenzen bringt. Die kommunale Familie leistet übertragene Aufgaben, deren Kosten von Bund und Land vollumfänglich bezahlt werden müssen.

Für starke und selbstbestimmte Kommunen

Gemeindeneugliederungen nur mit Freiwilligkeit. Wir werden den erfolgreichen Weg freiwilliger Gemeindeneugliederungen weitergehen und die entsprechende finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen. Zwangsgebietsreformen wird es mit uns nicht geben, damit Entscheidungen weiter vor Ort stattfinden. Wo Strukturen für die effektive Aufgabenbewältigung zu klein sind, setzen wir stattdessen auf das Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit. Wir werden die gesetzlichen Grundlagen schaffen, um interkommunale

Zusammenarbeit leichter möglich zu machen und sie entsprechend fördern.

Kreisstadtgarantie aussprechen. Wir werden alle bisherigen Kreisstädte erhalten und sprechen eine Kreisstadtgarantie aus. Eine Kreisgebietsreform per Zwang wird es mit uns nicht geben. Erfurt, Gera, Weimar, Jena und Suhl garantieren wir die Kreisfreiheit, solange sie gewünscht wird.

Kommunalen Investitionsfonds einrichten. Wir wollen dringend notwendige Investitionen auf kommunaler Ebene ermöglichen und auch Kreditoptionen vereinfachen. Ein revolvierender Kommunaler Investitionsfonds (KIF) wird dabei zinsvergünstigte Darlehen und Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Bildungseinrichtungen sanieren und modernisieren. Wir wollen für alle Kinder eine gute und bildungsfördernde Lernumgebung schaffen. Mit einer Bildungsbauoffensive wollen wir den Modernisierungs- und Sanierungsstau an den Kindergärten und Schulen schrittweise bis zum Jahr 2030 abbauen. Bei Neubauten und Sanierungen werden wir die multifunktionale Nutzung in den Vordergrund stellen. Zudem wollen wir die Rahmenbedingungen bei Unterhaltungs- und Nebenkosten standardisieren und einheitlich regeln.

Vergabe kommunaler Grundstücke verbessern. Wir wollen, dass kommunale Grundstücke nicht ausschließlich zum Höchstpreis, sondern auch im Rahmen von wettbewerblichen Verfahren in Erbpacht vergeben oder veräußert werden können. Entscheidend soll dabei, neben dem Preis, die Qualität des Nutzungskonzeptes unter Bewertung der vorgegebenen ökologischen, sozialen, wohnungs- und städtebaulichen Kriterien sein.

Gewerbegebiete erschließen. Wir wollen, dass Gewerbeansiedlungen auch im ländlichen Raum weiter stattfinden. Kommunen, die selbst erschließen wollen, werden wir finanziell unterstützen. Zudem werden sich die Landesgesellschaften wieder an der Erschließung aussichtsreicher Standorte im ländlichen Raum beteiligen.

Wohnungsmärkte im ländlichen Raum nutzen. Die Dorfentwicklung werden wir weiter auf hohem Niveau unterstützen, um die Dorfkerne zu stärken. Dabei gilt der Grundsatz: Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung. Dorf- und Stadtentwicklung muss Teil einer schlüssigen Strategie für den ländlichen Raum sein.

Baulücken schließen. Wir wollen, dass Baulücken am Ortsrand oder im ortsnahen Außenbereich geschlossen werden können. Zugleich sollen die innerörtlichen Nachverdichtungsmöglichkeiten in den Blick genommen werden.

Wohnungsbauförderung aufstocken. Wohnungsbau ist eine Daueraufgabe, die eine auskömmliche Finanzierung erfordert. Wir wollen die Investitionen in den geförderten Wohnungsbau so erhöhen, dass die Mieten trotz hoher Investitionskosten, insbesondere zur Sanierung und zur Schaffung von Klimaneutralität, für die Mieter erschwinglich bleiben. Hierfür werden wir ein „Wohnungsbauprogramm 2030“ auflegen und dies finanziell entsprechend ausstatten. Einen besonderen Förderschwerpunkt werden wir auf innovative und nachhaltige Bauweisen legen.

Abschreibungen für Bauinvestitionen verbessern. Wir setzen uns für dauerhaft degressive Abschreibungsmöglichkeiten bei Mietobjekten ein. Durch hohe Abschreibungen am Anfang können Investitionen leichter finanziert werden. Zudem setzen wir uns für steuerliche Sonderabschreibung für Investoren ein, die sozialen Wohnraum schaffen und dabei Mietbegrenzungen garantieren.

Anreize für Bestandsimmobilien schaffen. Mit dem Programm “Jung kauft Alt” wollen wir den Kauf und die Modernisierung von älteren Bestandsimmobilien in unseren Dörfern und Städten besonders attraktiv machen. Das schafft Anreize für junge Familien, in Thüringen zu bleiben und wirkt zugleich Zersiedelung und Leerstand auf dem Land entgegen.

3. Wald, Jagd und Fischerei

Wir sind das Grüne Herz Deutschlands. Unsere Wälder sind uns besonders wichtig. Rund ein Drittel Thüringens ist Wald. Nach mehreren niederschlagsarmen Jahren und der Borkenkäferkatastrophe ist er in einem beklagenswerten Zustand. Erforderlich ist nun ein zügiger Waldumbau mit einem ökologisch wertvollen und breiten Baumartenspektrum. Wir wollen ihn gezielt fördern, damit auch private und kommunale Waldbesitzer mitziehen, denn gesunde Wälder binden am meisten CO_2 und tragen damit entscheidend zum Klimaschutz bei. Wertvolle Wirtschaftswälder in Waldwildnis zu wandeln, hilft Thüringens Wäldern nicht weiter. Die Erhaltung des Waldes, der Waldumbau und die Sicherung sowie der Ausbau seiner gemeinwohl-, natur- und klimaschutzorientierten Bewirtschaftung ist eine vordringliche Aufgabe im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Wald und Wild sind dabei für uns eine Einheit – beide dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Für einen gesunden Wald

Waldumbau fortführen. Wir werden den begonnenen Waldumbau zu ökologisch wertvollen Mischwäldern mit einem breiten Baumartenspektrum konsequent fortführen. Außerdem werden wir nicht nur die Wälder wieder aufforsten, die durch Borkenkäferbefall und Trockenheit zu Schaden gekommen sind, sondern auch zusätzlichen Wald pflanzen. Windräder statt Bäumen sind für uns keine Option. Um die Finanzierung des Waldumbaus langfristig sicherzustellen, werden wir die Rücklagen von ThüringenForst als “Zukunftsreserve Wald” mit einer Zweckbindung versehen.

Wirtschaftswälder erhalten. Wir lehnen es ab, weitere wertvolle Wirtschaftswälder zu sogenannten „Wildnisgebieten“ umzufunktionieren. Mit uns gibt es keine weiteren Waldstilllegungen. Wir werden prüfen, ob vorhandene Stilllegungsflächen im Bedarfsfall wieder umgewidmet werden können.

Waldbesitzer unterstützen. Die Erhaltung der vielfältigen Waldfunktionen, insbesondere auch der geschädigten Wälder, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden deshalb die Waldbesitzer bei der Erhaltung und dauerhaften Sicherung der Ökosystemleistungen des Waldes langfristig und auskömmlich finanziell unterstützen. Die für eine nachhaltige Bewirtschaftung erforderlichen waldbaulichen Ziele wollen wir mit den Waldbesitzern definieren und finanziell untersetzen.

Baumpatenschafts-Programm auflegen. Verständnis und Verantwortung für die Natur erwächst aus der Begegnung mit ihr. Wir werden ein Thüringer Baumpatenschafts-Programm “Sei das grüne Herz!“ auflegen. Für jedes in Thüringen geborene Kind wird ein persönlicher Baum gepflanzt. Außerdem wollen wir jedem Thüringer die Möglichkeit geben, eine Baumpatenschaft zu übernehmen, um sich aktiv am Klimaschutz zu beteiligen. Dazu wollen wir gemeinsam mit ThüringenForst, den Waldbesitzern und Schulen Projekte wie Baumpflanzaktionen initiieren.

Freizeitwert der Wälder erhalten. Wir werden den Erholungswert der Wälder sowohl für die heimische Bevölkerung als auch den Tourismus im „Grünen Herzen“ Deutschlands erhalten. Dazu werden wir die Anforderungen der Waldwirtschaft und des Naturschutzes schonend ausgleichen und den Ausbau von Parkplätzen und anderer Infrastruktur gemeinsam mit den Waldbesitzern entwickeln.

Rückzugsgebiete für Biotopverbünde schaffen. Wir achten auf ein ausgewogenes Verhältnis an Nutz- und Schutzflächen und unterstützen die Schaffung von Rückzugsgebieten und Biotopverbünden. Dabei werden wir die Arbeit in den Thüringer Naturparks und Biosphärenreservaten auskömmlich unterstützen.

Privatwälder aktiver nutzen. Wir wollen die fast 180.000 Kleinwaldbesitzer in Thüringen beraten und fördern, damit sie ihre Waldökosysteme intensiver und

besser weiterentwickeln können. Wir werden alle Instrumente unterstützen, die dazu führen, dass das Nutzungspotenzial der privaten Waldflächen zum Wohle der Eigentümer und der Gemeinschaft besser ausgeschöpft wird.

Für Jagd und Fischerei als Beitrag zum Umwelt-, Natur- und Artenschutz

Bedarfe von Wald und Wild berücksichtigen. Zum Wald gehören auch das Wild und die Jagd. Wir werden die bewährte Strategie "Wald UND Wild" fortführen. Wir werden deshalb einen Interessenausgleich zwischen dem Schutz unserer Wälder, den wirtschaftlichen Interessen der Waldbesitzer und der Verantwortung für unser heimisches Wild schaffen.

Aktives Bestandsmanagement ermöglichen. Wir wollen die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Wolfsbestände regulieren zu können. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, aktives Bestandsmanagement anlasslos und schadensunabhängig mit sofortiger Wirkung erlauben zu dürfen. Die Vergrämung und der Abschuss von Wölfen muss klar geregelt, die Wolfsbestände kontrolliert und klein gehalten werden. Auch die Biberbestände wollen wir künftig besser regulieren.

Verschärfungen des Waffenbesitzes ablehnen. Wir lehnen eine Verschärfung des Waffenrechts ab. Deutschland hat bereits jetzt eines der schärfsten Waffengesetze der Welt. Änderungspläne ignorieren die Tatsache, dass sich Kriminelle und Terroristen nicht um Waffengesetze scheren, die für rechtstreue Bürger gemacht sind. Wir werden deshalb die Maßnahmen gegen den illegalen Waffenbesitz verstärken, aber die einseitige Diskriminierung von Jägern, Brauchtums- und Sportschützen beenden.

Jagdrecht nicht ändern. Das Thüringer Jagdgesetz hat sich bewährt. Deshalb wollen wir es erhalten. Damit sich ein naturnaher, stabiler Wald entwickeln kann, ist es richtig, Wildbestände mit lokal zu hohen Dichten zurückzuführen. In der Jagdgesetzgebung werden auch zukünftig Aspekte der Wildbiologie, des Arten- und Tierschutzes die gebotene Berücksichtigung finden.

Angler unterstützen. Die Angelfischerei ist ein wesentlicher Teil unserer Landeskultur mit reicher Tradition. Unsere Angler tragen wesentlich zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Gewässer bei, sie fördern Naturverständnis, Biodiversität und Qualität der Lebensräume. Deshalb wollen wir die Vielfalt des Angelns erhalten und weiterentwickeln sowie die Bildungs- und Jugendarbeit unterstützen.

Erwerbsfischerei stärken. Wir setzen auf einen engen Dialog und größtmögliche Freiheit und Selbstverwaltungsrechte der Fischer. Wir werden die Erwerbsfischerei und die Teichwirtschaft unterstützen.

4. Natur und Umwelt

Thüringen, das ist intakte Umwelt, einmalige Kulturlandschaft und vielfältige Biodiversität. Für Politik auf christlichem Wertefundament ist die Bewahrung der Schöpfung ein zentrales Leitmotiv. Wir stellen uns der Aufgabe, die Natur zu erhalten und Schutzräume zu verteidigen. Aufgabe des Staates ist es vor allem, die richtigen Regeln zu schaffen, damit Anreize zum umweltfreundlichen Handeln entstehen.

Für den Schutz von Natur und Umwelt

Biodiversität erhalten, Artenschutz fördern. Wir wollen in Thüringen Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen, insbesondere für bedrohte Arten erhalten. Eine Einschränkung der vorhandenen Schutzgebiete zugunsten anderer Zwecke, etwa der Gewinnung von Windenergie, lehnen wir ab. Wir wollen zudem digitale Methoden und moderne Technik zur Erfassung und Verhaltensanalyse einsetzen, um Schutzkonzepte noch präziser anpassen zu können. Im Rahmen von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Schaffung zusätzlicher Lebensräume für Insekten legen.

Tierheime besser fördern. Die wichtige Arbeit der Thüringer Tierheime werden wir stärker fördern und dabei auch den gestiegenen Investitionsbedarf und Kostendruck berücksichtigen. Die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen wollen wir stärker als bisher würdigen.

Klimagerechte Stadtentwicklung fördern. Die Anpassung der Innenstädte an die zunehmende Hitze ist ein längerer und konfliktreicher Prozess, bei dem wir die Städte nicht allein lassen werden. Im Rahmen der Städtebauförderung werden wir den Hitzeschutz zum Förderaspekt machen. Wir unterstützen zudem Maßnahmen für den besseren Wasserrückhalt und die Wasserspeicherung in den Städten. So schaffen wir Anreize bei Neubau oder Sanierung von Quartieren, Hitzeschutz von Beginn mitzudenken.

Gewässern mehr Raum geben. Wir unterstützen eine konsequente Beseitigung oder Verlegung von Deichen, die weder Bebauung noch Infrastruktur sichern. Der Prozessschutz in Auen ist effektiver Klima-, Hochwasser- und Naturschutz. Wir werden einen Aktionsplan zur Belebung der Bach- und Flussauen nebst passender Förderkulisse auf den Weg bringen.

Flächenversieglung reduzieren. Wir wollen den Flächenverbrauch senken, indem wir konsequent die Mehrfachnutzung bereits versiegelter Flächen und die Wiedernutzung von Brachen befördern.

Schutzgebiete erhalten. Die bestehenden Naturschutzgroßprojekte werden wir weiter vorantreiben und die Einwerbung europäischer Fördermittel verstärken. Insbesondere erfahren der Nationalpark Hainich sowie die UNESCO-Biosphärenreservate Rhön und Thüringer Wald, ebenso wie die Thüringer Naturparks unsere fortdauernde Unterstützung.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleisten. Überall in Thüringen muss eine ausreichende und sichere Wasserversorgung gewährleistet sein. Das Programm des kompletten Anschlusses bisheriger Brunnendörfer werden wir fortführen und abschließen. Im Abwasserbereich soll der Anschlussgrad der privaten Haushalte auf deutlich über 90% erhöht werden.

Kreislaufwirtschaft und Recycling vorantreiben. Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft. Dazu werden wir Initiativen wie Repair-Cafés oder Recyclinghäuser sowie Projekte zur Wiederverwertung von Baumaterialien voranbringen. Abfälle wollen wir zum Teil geschlossener Wertstoffkreisläufe machen. Auch das Recycling von Windkraft- und PV-Anlagen muss zur Rückgewinnung der Schwermetalle und seltenen Erden intensiviert werden.

CO_2-Nutzung ausbauen. Wir wollen eine CO_2-Kreislaufwirtschaft. Dafür bauen wir auf Kohlenstoff-Management, das CO_2 abscheidet, als Rohstoff nutzt oder dauerhaft einlagert. Wir unterstützen zudem innovative Projekte zur Gewinnung von Treibstoff aus der Luftfilterung und werden die Ansiedlung entsprechender Anlagen in Thüringen vorantreiben.

Rohstoffgewinnung nachhaltig gestalten. Wir werden ehemalige Gewinnungsstätten heimischer Rohstoffe einer naturnahen Rekultivierung zuführen. Bei noch aktiven Lagerstätten werden wir einen naturverträglichen Abbau der mineralischen Rohstoffe sicherstellen. Nachnutzungs- und Renaturierungskonzepte ehemaliger Deponien werden wir unterstützen.

CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Das Regierungsprogramm

Kultur, Heimat und Gesellschaft

VII. Kultur, Heimat und Gesellschaft

Wir sind stolz auf Thüringen! Thüringen ist unsere Heimat, die uns Zugehörigkeit und Orientierung, Vertrautheit und Geborgenheit gibt. Wir schätzen unsere lebenswerten Dörfer und Städte, unser vielfältiges kulturelles Erbe, die abwechslungsreiche Natur- und Kulturlandschaft und unser lebendiges Thüringer Brauchtum.

Wir wollen Zusammenhalt statt Spaltung und lassen uns leiten von dem Respekt vor der Individualität. Wir vertrauen den Menschen und wir trauen ihnen etwas zu. Unsere Kultur und Lebensart wollen wir erhalten. Cancel-Culture, Wokeness und Disziplinierung unliebsamer Meinungen aus falsch verstandener politischer Korrektheit lehnen wir ebenso ab wie zwanghaftes Gendern. Sprechen wie man will, essen was man mag, lieben wen man liebt, leben und glücklich werden; jeder nach seiner Façon. Thüringen ist Freistaat und kein Verbotsstaat. Leben und leben lassen, so wollen wir unser Thüringen!

Wir stehen für eine plurale Demokratie, für die Bewahrung unseres kulturellen, religiösen und geschichtlichen Erbes, für ein starkes Ehrenamt und zukunftsfähigen Sport sowie für eine vielfältige und freie Medienlandschaft. Wir treten ein für einen weltoffenen Patriotismus, der zum Mitmachen einlädt, statt ausgrenzt. Jeder Form von Diskriminierung treten wir entschlossen entgegen.

1. Kultur

Thüringen hat eine großartige Kulturlandschaft. Wir wollen die kulturellen Schätze, regionalen Besonderheiten und die Einmaligkeit Thüringens erhalten. Hierzu gehören unser materielles und immaterielles Kulturerbe, die Bewahrung unserer Bräuche und Traditionen, der Schutz unserer christlichen Feiertage ebenso wie die vielen Heimat-, Karnevals-, Trachten-, Schützen- und Musikvereine sowie Verbände, Museen und Kultureinrichtungen der Heimatvertriebenen.

Für eine vielfältige Kulturlandschaft

Schlösser und Gärten sanieren. Wir werden uns für eine Fortsetzung des vom Bund gewährten Sonderinvestitionsprogramms zur Sanierung historischer Baudenkmäler auch nach 2028 einsetzen und die Kofinanzierung durch das Land sicherstellen. Die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten werden wir als tragende Säule weiterentwickeln und ausbauen. Das schließt eine Erweiterung des Stiftungszwecks durch eine Öffnungsklausel zugunsten aller weiteren Kulturdenkmäler in Thüringen ein. Die Eigenständigkeit und Mitwirkungsrechte für die kommunalen Träger der Sammlungen und Museen werden wir garantieren.

Kulturlastenausgleich reformieren. Wir wollen die Kulturförderung flexibler und leistungsabhängiger gestalten. Dazu werden wir den Kulturlastenausgleich transparenter und leistungsbezogener machen, für neue Bewerber öffnen und finanziell aufstocken.

UNESCO-Weltkulturerbe ausbauen. Wir sind stolz auf unser vielfältiges Welterbe in Thüringen. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau der bestehenden Welterbestätten sowie deren touristische Vermarktung ein. Wir werden Thüringen national und international als Land der Residenzkulturen präsentieren. An einer Bewerbung Thüringens zur Aufnahme der Thüringer Residenzkultur in das UNESCO-Weltkulturerbe werden wir festhalten und diese endlich zum Erfolg führen.

Denkmal-Sanierungsbonus einführen. Um Anreize zur Sanierung denkmalgeschützter Gebäude zu schaffen und damit verbundene Mehraufwendungen abzufedern, wollen wir private Initiativen zur Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden fördern. Hierzu werden wir die Denkmalschutzförderrichtlinie um einen entsprechenden Fördergegenstand erweitern und die Fördermittel aufstocken.

Kleine Museen unterstützen. Kleine und mittlere Museen werden wir durch ein eigenes Programm unterstützen. Gemeinsam mit dem Museumsverband Thüringen e. V. wollen wir einen transparenten Kriterienkatalog für Fördermaßnahmen erstellen.

Musik- und Kunstschulen absichern. Wir wollen die kulturelle Teilhabe und Bildung von Kindern und Jugendlichen auch in Zukunft garantieren. Dafür werden wir die Arbeit der öffentlichen Musik- und Jugendkunstschulen absichern. Wir werden mehr Flexibilität bei der Einstellung von Honorarkräften ermöglichen. Außerdem setzen wir uns für die Unterstützung freier Musikschulen ein.

Thüringer Bühnen erhalten. Die Finanzierung und Struktur der Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen muss auf ein krisenfestes Fundament gestellt werden. Wir setzen dazu auf eine intensivere Kooperation und auf eine Fortsetzung des Transformationsprozesses, dessen Kosten das Land trägt. Thüringens Alleinstellungsmerkmal mit seiner sehr hohen Bühnendichte wollen wir national und international stärker hervorheben.

Wurzeln des Staates in das Bewusstsein rücken. Mit dem Deutschen Nationaltheater befindet sich die Geburtsstätte der ersten deutschen Demokratie in Thüringen. Wir wollen diesen Aspekt stärker in das Bewusstsein rücken.

Tag der Thüringer Verfassung aufwerten. Wir wollen die Identifikation der Thüringer mit ihrer Verfassung und dem demokratischen Rechtsstaat stärken. Dazu wollen wir den 25. Oktober als Thüringer Verfassungstag gemeinsam mit dem Ehrenamt, Bildungseinrichtungen, Vereinen und Verbänden stärker ins Bewusstsein rücken.

Thüringer Mundart und Dialekte erhalten. Die Förderung von heimatpflegerischen Initiativen und die Stärkung des Heimat- und Traditionsbewusstseins ist uns ein besonderes Anliegen. Daher werden wir mit Vereinen und Bildungsinstitutionen gemeinsam die Pflege des immateriellen Kulturerbes verstetigen. Wir führen die Unterstützung der Heimatpflege und des Ehrenamts vor Ort fort, einschließlich der Volksmusik und regionalen Musikszene.

Für eine lebendige Erinnerungs- und Gedenkkultur

Erinnerung wachhalten. Wir werden das demokratische Geschichtsbewusstsein stärken und uns weiterhin mit der zweifachen Diktaturvergangenheit Deutschlands und Thüringens auseinandersetzen. Zur Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur werden wir die

Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora weiter angemessen unterstützen. Ebenso werden wir die Arbeit der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße sowie der Thüringer Grenzmuseen weiter fördern. Außerdem werden wir den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Thüringen weiter unterstützen.

Denkmal für die SED-Opfer errichten. Zur Erinnerung an die Opfer des DDR-Regimes und die Friedliche Revolution wollen wir in Thüringen ein zentrales Denkmal errichten.

SED-Opfern helfen. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Fortsetzung und Erweiterung des Wiedergutmachungsprozesses für die Opfer von DDR- und SED-Unrecht einsetzen. Hierzu gehören insbesondere Ausweitungen und Verbesserungen bei der SED-Opferrente, Ausgleichszahlungen für beruflich Verfolgte und die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden.

Erforschung von DDR-Geschichte fördern. Wir werden die Mittel für Projekte und Initiativen zur Erforschung von SED-Unrecht im Landeshaushalt erhöhen. Damit wollen wir Wissenslücken zum Leben in der DDR und auch zu den Nachwirkungen der Transformationsprozesse in den 1990er-Jahren schließen.

Ostdeutsche Lebensleistungen anerkennen. Frühere Lebensleistungen der Ostdeutschen wollen wir mehr wertschätzen und Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien besser unterstützen.

Kulturelles Erbe der Heimatvertriebenen erhalten. Spätaussiedler, Heimatvertriebene und ihre Nachkommen haben oftmals eine besondere Bindung zu den Orten ihrer Herkunft oder Familiengeschichte. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des kulturellen Erbes der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler liegen uns am Herzen. Wir werden unsere Verpflichtungen für die Kulturförderung nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz erfüllen und die Gemeinschaften der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler weiter auskömmlich fördern. Wir unterstützen deutsche Heimatvertriebene, Spätaussiedler und ihre Verbände sowie deutsche Minderheiten in ihren Heimatländern in ihrer wichtigen Brückenfunktion in der Verständigung zwischen den Nationen.

Vertriebenen-Gedenktag einführen. Nach dem Vorbild von Hessen, Sachsen und Bayern werden wir einen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung einführen. Damit wollen wir die Erinnerung lebendig halten und zu Verantwortung und Versöhnung mahnen und einen Beitrag zum demokratischen Bewusstsein und zur Völkerverständigung leisten.

Abschlüsse zügig anerkennen. Die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüsse der Spätaussiedler ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir werden uns für zügige Anerkennungsverfahren einsetzen.

Ansprechpartner für Heimatvertriebene schaffen. Die Belange der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sollen der Landesregierung ein besonderes Anliegen sein. Deshalb wollen wir an herausgehobener Position die Aufgaben als Ansprechpartner für Heimatvertriebene und Spätaussiedler zuordnen und damit den Belangen der Verbände größeres Gewicht geben sowie die grenzüberschreitende Verständigungsarbeit fördern.

2. Kirchen und Religionsgemeinschaften

Christliche Werte und Gottglauben prägen unsere Kultur und die Regeln unseres Zusammenlebens. Wir bekennen uns zum Gottesbezug unseres Grundgesetzes und der Thüringer Verfassung, wissen aber zugleich, dass unser Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Werte und Überzeugungen müssen gelebt werden und lassen sich nicht staatlich verordnen. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zur Religionsfreiheit und zum geltenden Religionsverfassungsrecht, das die Trennung von Staat und Religion umsetzt und gleichzeitig Kooperationen ermöglicht.

Für den Erhalt unserer christlichen Prägung und ein friedvolles Zusammenleben der Religionen

Kirchen unterstützen. Die Kirchen leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und geben den Menschen Halt und Orientierung. Die wichtige Arbeit der Kirchen und kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Seniorenheimen, Pflegeheimen, Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Betreuungseinrichtungen, in Caritas und Diakonie werden wir auf Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen weiterhin unterstützen.

Christliche Feiertage schützen. Christliche Feste und Traditionen prägen unser Land genauso wie die Kirchen in unseren Dörfern und Städten. Wir setzen uns für den Schutz des Sonntags und der hohen christlichen Feiertage ein.

Kirchliche Denkmäler und Gotteshäuser erhalten. Wir werden die Kirchen dabei unterstützen, kirchliche Denkmäler und kulturelle Zeugnisse zu erhalten. Das Dorfkirchenprogramm werden wir neu auflegen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass den Kirchenbauämtern für die von ihnen verwalteten Kirchen und Kulturdenkmäler die Rechte und Pflichten einer unteren Denkmalschutzbehörde übertragen werden können.

Jüdisches Leben schützen. Die jüdische Kultur hat Thüringen lange mitgeprägt. Wir fühlen uns jüdischen Mitbürgern und der jüdischen Kultur auf besondere Weise verbunden. Wir werden jüdisches Leben in Thüringen ebenso wie Synagogen, Friedhöfe, Gemeindehäuser und Schulen erhalten, fördern und schützen.

Antisemitismus entschlossen bekämpfen. Wir verachten entschieden jede Form des Antisemitismus. Wir werden uns weiterhin und verstärkt gemeinsam mit geeigneten Partnern für eine Aufklärungs- und Bildungsarbeit einsetzen. Judenhass auf öffentlichen Plätzen, in Schulen oder im Internet werden wir mit aller Härte verfolgen und bestrafen. Wir wenden uns dabei gegen Gleichgültigkeit, Geschichtsvergessenheit und Relativismus.

Islamismus ablehnen. Viele Muslime, die in Thüringen leben, haben hier eine neue Heimat gefunden. Wir wertschätzen und anerkennen den Beitrag von ihnen für unser Gemeinwesen. Politischen Islamismus lehnen wir ab! Auch dulden wir keine Parallelgesellschaften mit eigenen Gesetzen außerhalb unserer rechtsstaatlich-demokratischen Grundordnung.

3. Ehrenamt

Thüringen ist das Land des Ehrenamtes. Über ein Drittel der Thüringer sind ehrenamtlich engagiert. Dieses freiwillige Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil und Stütze unserer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft und Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Ehrenamt zeigen sich der gesellschaftliche Reichtum und die Vielfalt Thüringens - im Sport, in den Freiwilligen Feuerwehren, beim Technischem Hilfswerk, in den Hilfsorganisationen, im sozialen Bereich, in der Kultur und in der Politik.

Wir wollen unseren Ehrenamtlichen wieder Luft zum Atmen und mehr Freiraum für ihr Engagement geben. Deshalb werden wir Ehrenamtliche und Vereine von unnötigen Belastungen und Bürokratie befreien. Wir werden das Ehrenamt gezielt fördern und unseren Ehrenamtlichen die erforderliche Anerkennung und Wertschätzung entgegenbringen. Dies alles werden im ersten Ehrenamtsgesetz Deutschland rechtsverbindlich zusammenfassen.

Für ein starkes Ehrenamt

Ehrenamt einfacher machen. Bei Gesetzgebungsvorhaben werden wir einen “Ehrenamts-Check” durchführen. Förderanträge werden wir einfacher machen und für weniger Aufwand bei Verwendungsnachweisen sorgen. Auf Bundesebene werden wir uns u. a. für eine Vereinfachung und Deregulierung im Vereins-, Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht, die Befreiung von Statistikpflichten, ein vereinfachtes Verfahren bei der Ausstellung von Führungszeugnissen, den Verzicht auf Kennzeichnungspflichten für Lebensmittel bei Vereinsfesten sowie eine Reduzierung von Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten einsetzen.

Datenschutz vereinfachen. In Fragen des Datenschutzes sollen sich Ehrenamtliche und Vereine zukünftig vom Landesdatenschutzbeauftragten beraten lassen können. Von der Pflicht zur Zahlung von Bußgeldern bei nicht absichtlichen Verstößen wollen wir Ehrenamtliche und Vereine ausnehmen. Außerdem werden wir uns für eine praxistaugliche Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung durch eine Freistellung kleiner Vereine von deren Vorgaben sowie zur Abschaffung der Verpflichtung zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten einsetzen.

Landesprogramm Ehrenamt auflegen. Zur Förderung von Ehrenamtlichen und Vereinen werden wir ein Landesprogramm „Ehrenamt“ auflegen und dieses mit den erforderlichen Mitteln ausstatten. Mit diesem Landesprogramm wollen wir gemeinsam mit verschiedenen Trägern Vereine, Initiativen und bürgerschaftlich Engagierten in den unterschiedlichen Bereichen, wie insbesondere Kultur, Heimatpflege, Brauchtum, Sport, Umweltschutz und im sozialen Bereich unterstützen. Konkret werden wir Projekte und Veranstaltungen, Aus-, Fort- und Weiterbildung einschließlich Trainer- und Übungsleiterlizenzen, Maßnahmen der Nachwuchsförderung und Bindung, Härtefallhilfen sowie Vergünstigungen über die Ehrenamtscard fördern.

Akteure unterstützen. Den Weg der niedrigschwelligen Förderung durch die Thüringer Ehrenamtsstiftung, wie z. B. durch “Aktiv vor Ort”, werden wir fortsetzen und die institutionelle Förderung der Stiftung erhöhen. Stärker unterstützen werden wir auch den Landessportbund und die LIGA der freien Wohlfahrtspflege, unter anderem durch eine Erhöhung der Zuweisungen aus den Glückspielerträgen.

GEMA-Gebühren übernehmen. Um Vereine von Aufwand und Kosten zu entlasten, werden wir gesetzlich regeln, dass die GEMA-Gebühren für eintrittsfreie Veranstaltungen oder Vereinsfeste vom Land übernommen werden.

Ehrenamt wertschätzen. Neben Jubiläumsprämien als Anerkennung für Feuerwehr und Katastrophenschützer, die Freistellung von Mitgliedern der Jugendfeuerwehr für Ausbildung und Übung sowie der Aufnahme von ehrenamtlichem Engagement in Schulzeugnissen werden wir eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung für Ehrenamtliche der vom Land geförderten Einrichtungen umsetzen.

Steuerliche Anreize schaffen. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Anhebung des Übungsleiterfreibetrags, eine Erhöhung der steuerfreien Ehrenamtspauschale und die Einführung eines Ehrenamts-Pauschbetrages einsetzen.

4. Sport

Sport verbindet Menschen. Er stärkt, aktiviert, begeistert und integriert. Als größter Gesundheitsanbieter fördern Sportvereine und Verbände die individuelle körperliche und geistige Entwicklung. Sie geben Raum für kulturellen Austausch, soziale Teilhabe und vermitteln Teamgeist, Toleranz, Respekt und verbinden Menschen unabhängig des Alters oder des sozialen Milieus.

Wir wollen unsere Sportvereine fit für die Zukunft machen und unsere Sportinfrastruktur stärken. Mit guten Rahmenbedingungen sorgen wir für wettbewerbsfähigen Leistungs- und attraktiven Breitensport. So erhalten wir die einzigartige und vielfältige Sportlandschaft, die Grundlage für die Sportentwicklung der kommenden Jahre ist.

Für einen Sport, der Menschen verbindet

Sport zukunftsfest machen. Gemeinsam mit dem Landessportbund Thüringen werden wir die bestehenden Förderinstrumente und die Bedarfe des Breiten-, Leistungs- und Behindertensports in einem Zukunftsplan Sport neu bewerten. Auf dieser Basis werden wir mit dem Landessportbund die Ziel- und Leistungsvereinbarung novellieren, in der gemeinsame Ziele und Verpflichtungen festgehalten werden.

Kommunale Sportförderung stärken. Wir werden die Kommunen durch eine auskömmliche Finanzausstattung in die Lage versetzen, dass sie ihre kommunalen Sportanlagen erhalten und unterhalten und ihre Sportvereine und Verbände entsprechend unterstützen können.

Sportentwicklungsplanung unterstützen. Wir werden die Kommunen bei der Sportentwicklungsplanung fördern und unterstützen. Zusätzlich werden wir Anreize für interkommunale Sportentwicklungsplanungen über die Orts- und Kreisgrenzen hinweg schaffen, indem gemeinsame Planungen finanziell stärker unterstützt werden.

Investitionsmittel für Sportstättenbau erhöhen. Die Mittel für die Programme zum vereinseigenen Sportstättenbau und zum kommunalen Sportstättenbau werden wir erhöhen. Damit tragen wir den Baukostensteigerungen Rechnung und schaffen Anreize für energetische Sanierungen.

Sonderprogramm „Sportland Thüringen“ auflegen. Mit diesem Sonderprogramm wollen wir Sportanlagen und damit die Rahmenbedingungen für den Breiten- und Leistungssport erhalten und verbessern. Dazu werden wir zunächst den aktuellen Bestand und prognostizierten Bedarf an Sportstätten und ihrer

Sanierung ermitteln. Auf Bundesebene werden wir uns außerdem für einen „Goldenen Plan Ost 2.0“ einsetzen, um den gegenwärtigen Sanierungsstau in Thüringen in Höhe von ca. einer Milliarde Euro abzubauen.

Sportunterricht stärken, Netzwerke ausbauen. Wir werden den Sportunterricht an den Thüringer Schulen stärken und außerschulische Sportangebote besser in das Ganztagsangebot integrieren, um so den Übergang zu außerschulischen Sportangeboten in den Vereinen weiter zu fördern. Die Programme “KITA-Schule-Sportverein", “Bewegte Kinder = Gesündere Kinder” und das Projekt “Bewegungscoaches” werden wir fortentwickeln.

Schwimmfähigkeit erhöhen. Jedes Kind in Thüringen soll Schwimmen lernen. Mit einer Schwimmlernoffensive in Kindergärten, Schulen, Sportvereinen und Schwimmbädern werden wir die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen verbessern. Außerdem erhalten alle Erstklässler zu Beginn des Schuljahres einen Gutschein über 50 Euro für einen Schwimmkurs zum Erwerb des Frühschwimmabzeichens „Seepferdchen“.

Schwimmangebot sicherstellen. Wir wollen, dass alle Thüringer in erreichbarer Nähe ein Schwimmangebot haben. Für den Erhalt der Schwimmhallen und Schwimmbäder werden wir ein Thüringer Bäderprogramm auflegen.

Nachwuchs fördern. Im Rahmen einer Traininitiative werden wir gemeinsam mit dem Landessportbund die Vergütung der über das Land finanzierten Trainer schrittweise an die Vergütung von vergleichbar ausgebildeten und qualifizierten Lehrern und Erziehern anpassen. Die Stiftung Thüringer Sporthilfe, die drei Thüringer Sportgymnasien und die Sportfördergruppe der Thüringer Polizei sind für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der Nachwuchsförderung.

Übungsleiter, Schiedsrichter und Helfer gewinnen. Für eine Qualifizierungs-Offensive für Trainer, Übungsleiter sowie Schieds- und Kampfrichter wollen wir Sportvereine weiterhin direkt unterstützen und neu erworbene und vom Deutschen Olympischen Sportbund anerkannte Lizenzen fördern.

Sportveranstaltungen und Großevents nach Thüringen holen. Der Freistaat Thüringen ist als Sportland durch die Wintersportregion Oberhof und das Schießsportzentrum Suhl international bekannt. Wir werden die Ausrichtung von nationalen Breiten- und Spitzensportevents sowie überregional bedeutsamen Sportveranstaltungen vorantreiben.

5. Medien

Die Medienlandschaft und ihre Angebote verändern sich mit großer Dynamik. Nie zuvor waren mehr Informationen und Medienangebote verfügbar. Diese Vielfalt ist ein wichtiger Faktor für die öffentliche und die individuelle Meinungsbildung und zugleich eröffnet sie Möglichkeiten, die Meinungsbildung zum Schaden unserer Demokratie, zum Beispiel durch Desinformation und Hasspropaganda, zu manipulieren.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Medien nicht missbraucht oder monopolisiert werden. Wir werden das Medienangebot in Thüringen mit seinem Miteinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunksendern Zeitungen, Verlagen, Bürgermedien sowie Medienangeboten im Internet erhalten, fördern und zukunftsfähig machen.

Für eine vielfältige und freie Medienlandschaft

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren. Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks steht in besonderer Verantwortung für unverfälschte Informationen und eine neutrale und objektive Berichterstattung. Dieser Auftrag muss wirksam und sparsam erfüllt werden. Insbesondere nach dem RBB-Skandal muss sich der öffentliche-rechtliche Rundfunk grundlegend reformieren und zukunftsfest aufstellen. Um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fit für die Zukunft zu machen, setzen wir uns für einen Reformstaatsvertrag ein, der Auftrag und Angebot der Sender neu regelt.

Beitragserhöhungen ablehnen. Eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf Einsparungen durch Kooperationen und eine Anpassung des Programmauftrags. Außerdem setzen wir uns für eine Abschaffung der Mehrfachveranlagung beim Rundfunkbeitrag von kleinen und mittelständischen Unternehmen ein.

Transparenz herstellen. Wir setzen uns für eine Professionalisierung der Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit erweiterten Kontrollbefugnissen gegenüber den Sendern und eine Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Sender durch die Rechnungshöfe ein.

MDR und KiKA in Thüringen stärken. Der MDR als Regionalsender und der KiKA als bundesweites Programm sind erfolgreiche Akteure des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Thüringen. Wir setzen uns dafür ein, dass Thüringen von den wirtschaftlichen Aktivitäten der Dreiländeranstalt stärker als bisher profitiert. Produktionsaufträge des MDR und KiKA müssen entsprechend des Beitragsaufkommens an in Thüringen ansässige Medienunternehmen vergeben werden.

Innovative Medienunternehmen fördern. Das Kindermedienzentrum und viele Kreativunternehmen bilden ein gutes Angebot in Thüringen. Wir werden für eine passgenaue Förderung junger, innovativer Medienunternehmen sorgen, um den Medienstandort Thüringen für die Medienwirtschaft attraktiver zu machen.

Landesmediengesetz novellieren. Das Thüringer Landesmediengesetz ist eines der strengsten Mediengesetze Deutschland. Wir werden das ändern und das Landesmediengesetz an die Veränderungen auf dem Medienmarkt, den Wettbewerb und den Medienstaatsvertrag anpassen. Durch Liberalisierung, Vereinfachung und Entbürokratisierung werden wir unternehmerische Handlungsspielräume von Medienunternehmen erweitern und so den Medienstandort Thüringen stärken.

Digital-Umstieg im privaten Hörfunk fördern. Damit auch private Radioveranstalter auf digitale Angebote umstellen können, werden wir den Ausbau von DAB+ im privaten Hörfunk unterstützen.

Bürger- und Lokalmedien stärken. Wir werden die Bürgermedien sowie lokalen privaten Medienanbieter stärken. Während die Bürgermedien im Hinblick auf die digitale Medienwelt zukunftsfest gemacht werden sollen, wollen wir die privaten Lokalfernsehsender zusätzlich durch Technikförderung unterstützen.

Kinos im ländlichen Raum erhalten. Kinos sind kulturelle Erlebnisorte und befördern das soziale Miteinander. Wir setzen uns für den Erhalt eines kulturell hochwertigen filmischen Angebots in der Fläche ein.

CDU
LANDESVERBAND THÜRINGEN

Das Regierungsprogramm

Staat und Europa

VIII. Staat und Europa

Unser Grundverständnis geht von einem mündigen, selbstbestimmten Bürger aus, der von seinen Freiheiten und Rechten Gebrauch macht und für sich, seine Familie und die Gemeinschaft Verantwortung übernimmt. Wir stehen für einen Staat, der seine Bürger nicht bevormundet, sondern ihre Freiheit schützt und ihnen Sicherheit bietet. Wir wollen keinen allumsorgenden Staat, sondern einen Staat, der die richtigen Prioritäten setzt und mehr ermöglicht, als er verhindert. Denn der Staat mit seiner Verwaltung ist für die Bürger und Wirtschaft da – und nicht umgekehrt!

1. Staat und Verwaltung

Nach fast zehn Jahren Rot-Rot-Grün blicken wir auf eine schwerfällige und ineffiziente Verwaltung. Vieles ist zu kompliziert, zu bürokratisch, zu analog und dauert deshalb viel zu lange. Wir stehen für einen Modernisierungsschub mit einer Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates. Wir wollen eine Verwaltung mit einer neuen Kultur, deren Sprache die Menschen verstehen und der sie vertrauen. Überflüssige Aufgaben und Bürokratie werden wir abbauen und digital wird zum Standard. Wir werden das Leben der Menschen einfacher machen und nicht weiter verkomplizieren.

Für eine gute und bürgernahe Verwaltung

Vertrauen zurückgewinnen. Voraussetzung für einen funktionierenden Staat ist eine stabile Vertrauensbasis in die Integrität einer Regierung und deren Verwaltung. Leider hat dieses Vertrauen in den letzten Jahren unter Rot-Rot-Grün stark gelitten. Wir werden die „Posten-Affäre“ der rot-rot-grünen Landesregierung aufarbeiten und verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Wir werden dafür sorgen, dass das Prinzip der Bestenauslese auch in Spitzenpositionen der Verwaltung wieder gilt.

Thüringen gut regieren. Ministerinnen und Minister brauchen eine gute Qualifikation, sei es durch eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. Bislang gibt es in Thüringen hierfür keine Mindestanforderungen. Aus diesem Grund werden wir das Ministergesetz ändern und diese Mindestanforderungen gesetzlich festschreiben.

Außerdem wollen wir, dass Thüringer Minister und Staatssekretäre fest in Thüringen verwurzelt sind und auch hier leben. Denn nur wer vor Ort ist, kennt die Probleme der Menschen und kann sich ihrer auch annehmen.

Neue Kultur des offenen Dialogs. Wir wollen eine neue Kultur des Zuhörens etablieren. Jeder Thüringer soll sich mit seinen Anliegen an die Verwaltung wenden können und von dort zeitnah eine fachlich fundierte Antwort erhalten. Ein entsprechendes Bürgerportal werden wir sowohl digital als auch analog aufbauen.

Verständliche Sprache. Die verwendete Sprache muss den allgemeinen Regeln der deutschen Rechtschreibung und Grammatik folgen und für jedermann verständlich sein. Wir werden gesetzlich

festschreiben, dass in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen auf das Gendern mit Sonderzeichen wie „Gender-Stern“, „Gender-Doppelpunkt“ oder „Gender-Unterstrich“ verzichtet wird und entsprechend des Amtlichen Regelwerks des Rats für deutsche Rechtschreibung gesprochen und geschrieben wird.

Transparenz schaffen. Vertrauen gewinnt man durch Offenheit und Transparenz. Die Öffentlichkeit soll nachvollziehen können, wie Entscheidungen zustande gekommen sind. Dies stärkt die demokratische Teilhabe. Das bestehende Transparenzportal werden wir überarbeiten und zu einem modernen Open Data Portal weiterentwickeln. Dadurch wollen wir auch der Wirtschaft neue Potenziale eröffnen. Nicht zuletzt ist dies auch für die Forschung ein Mehrwert, da die bereitgestellten Informationen den wissenschaftlichen Fortschritt vorantreiben können.

Verwaltung neu denken. Wir wollen eine Verwaltung, die mutig und entschlossen vorhandene Ermessensspielräume ausnutzt, um bestmögliche Verwaltungsleistungen anbieten zu können. Wir wollen nicht weniger als ein Start-Up-Denken in der Verwaltung etablieren. Reines Absicherungsdenken soll der Vergangenheit angehören. Führungskräfte wollen wir zu konstruktiven und unbürokratischen Problemlösungen ermutigen und eine neue nach vorne gerichtete Fehlerkultur in der Verwaltung etablieren. Um innovative Ideen von den Mitarbeitern der Verwaltung zu fördern, werden wir ein modernes und prämienbasiertes Ideenmanagement in den Behörden etablieren.

Aufgabenkritik durchführen. Wir werden eine Aufgabenkritik durchführen, die dazu beiträgt, die öffentlichen Verwaltungen auch über das Jahr 2035 hinaus zukunftsfähig aufstellen zu können. Dazu werden wir die Aufgaben an sich aber vor allem die Art und Weise der Aufgabenerfüllung auf den Prüfstand stellen. Neben der notwendigen Optimierung von Prozessen werden wir den Schwerpunkt auf die Automatisierung und Digitalisierung von Aufgaben legen. Hierzu werden wir ein Landesorganisationsgesetz auf den Weg bringen, mit dem wir die Ergebnisse der Aufgabenkritik umsetzen werden.

Für eine funktionierende Verwaltung

Leben einfacher machen. Thüringen wird nur erfolgreich sein, wenn bürokratische Fesseln und regulatorische Hemmnisse konsequent abgebaut werden. Wir werden ein Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg bringen und den Normbestand um mindestens 10 Prozent reduzieren. Verwaltungsverfahren werden wir konsequent vereinfachen.

Überflüssige Bürokratie abschaffen. In einem 200-Tage-Sofort-Programm werden wir alle Statistik-, Melde- und Dokumentationspflichten auf den Prüfstand stellen. Unser Ziel ist es, dass Daten von Bürgern und Unternehmen nur einmal übermittelt werden. Überall dort, wo es möglich ist, streben wir eine Genehmigungsumkehr durch Anzeige und Fiktion an (8-Wochen Genehmigungsfiktion). Statt flächendeckender Nachprüfungsverfahren setzen wir auf Stichproben- und Zufallskontrollen. Zudem werden wir konsequent alle Normen daraufhin überprüfen, ob vorhandene Schriftformerfordernisse noch erforderlich sind oder durch die Textform ersetzt werden können.

Paragrafenbremse einführen. Neue Vorschriften dürfen nur erlassen werden, wenn dafür zwei bisherige Vorschriften abgeschafft werden ("Eins rein, zwei raus”). Die Einhaltung dieser Paragrafenbremse werden wir dem Normenkontrollrat übertragen, den wir sowohl in seinen Kompetenzen als auch in seiner Ausstattung stärken werden. Einmal jährlich soll der Normenkontrollrat eine Entbürokratisierungsbilanz

veröffentlichen, an der wir den Fortschritt beim Bürokratieabbau konkret messen können.

Überregulierung vermeiden. Vorschriften, die Bundes- und Europarecht umsetzen, werden wir daraufhin überprüfen, ob es sich um eine 1:1-Umsetzung handelt. Überregulierung lehnen wir ab und werden wir konsequent zurückfahren.

Praxis- und Digitalcheck einführen. Für alle neuen Gesetze und Vorschriften werden wir einen Digital- und Praxischeck einführen. Damit wollen wir die Normgeber veranlassen zu prüfen, ob die von ihnen entworfenen Normen in der Praxis und digital umsetzbar sind.

Gesetze verständlicher machen. Zusätzlich werden wir ein Programm für bessere Rechtssetzung erarbeiten, das u. a. darauf gerichtet ist, eine einfache und bürgernahe Sprache beim Erlass von Rechtsvorschriften sicherzustellen. Formulare, Anträge und Bescheide werden wir so gestalten, dass sie für die Adressaten verständlich und nachvollziehbar sind.

Innovative Freiräume schaffen. Wo immer es möglich ist, wollen wir mit Öffnungsklauseln und Erprobungsmöglichkeiten flexible und praxistaugliche Lösungen und Modelle schaffen. Mit einem Standarderprobungsgesetz werden wir Experimentierräume und sogenannte Reallabore etablieren, um sowohl im Land als auch in den Kommunen Innovationen und Standardabweichungen ausprobieren zu können.

Förderverfahren bündeln und vereinfachen. Die Thüringer Fördermittellandschaft ist zu kleinteilig und überkomplex. Programme mit übermäßig viel Bürokratie und Aufwand oder von geringem Nutzen werden wir abschaffen. Vor der Schaffung neuer Förderprogramme werden wir prüfen, ob nicht Pauschalförderungen sinnvoller sind. Die Standards der Verwendungsnachweisprüfung wollen wir gemeinsam mit dem Thüringer Rechnungshof einer Revision unterziehen. Unser Ziel ist es, die Anforderungen an Verwendungsnachweise deutlich zu vereinfachen und zu standardisieren. Alle Förderverfahren werden wir durchgängig digitalisieren.

Bürger und Wirtschaft entlasten. In Zeiten von Inflation und anhaltender Preissteigerungen darf der Staat kein zusätzlicher Kostentreiber sein. Um Bürger und Unternehmen zu entlasten, werden wir ein Gebührenmoratorium für zwei Jahre einführen, in denen wir staatliche Gebühren nicht erhöhen. Um die Gebührenhöhe von der allgemeinen Preisentwicklung zu entkoppeln, werden wir prüfen, wo Pauschalgebühren eingeführt und Bürger, Unternehmen und Verwaltung von zeitaufwendigen (Gebühren-)Wertermittlungsverfahren entlastet werden können.

Für eine digitale und vernetzte Verwaltung

Digitale Verwaltung umsetzen. Wir wollen eine Verwaltung, deren Leistungen vom Antrag bis zum Bescheid rund um die Uhr einfach, transparent und zuverlässig zur Verfügung stehen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir eine Digital- und Datenstrategie vorlegen und umsetzen. Oberste Priorität hat für uns dabei, dass die Digitalisierung in erster Linie den Alltag der Bürger und der Wirtschaft erleichtert, aber gleichzeitig auch analoge Zugänge, insbesondere im Interesse älterer Menschen, erhalten bleiben.

Digitalisierung zur Querschnittsaufgabe machen. Zur Koordinierung der Digital- und Datenstrategie und der weiteren Implementierung des E-Government in die Thüringer Verwaltung werden wir den Staatskanzleiminister zum Digitalminister machen, der alle digitalen Themen als Querschnittsaufgabe

verantwortet und jährlich ein Digitalbarometer im Landtag vorstellen wird.

Thüringen-Portal und ThüringenApp einrichten. Das Thüringer Antragsmanagementsystem für Verwaltungsleistungen (ThAVEL) werden wir zu einem nutzerfreundlichen digitalen Thüringen-Portal inklusive einer ThüringenApp weiterentwickeln.

Verwaltungsverfahren digitalisieren. Wir wollen sämtliche Verwaltungsverfahren medienbruchfrei digitalisieren. Das betrifft sowohl die Einführung der elektronischen Akte in allen Behörden des Landes als auch die entsprechende Anbindung der Fachverfahren. Damit soll in Zukunft der Gang zum Amt nur noch dann erforderlich sein, wenn vor Ort eine Beratungsleistung notwendig oder gewollt ist.

Thüringen-Netz schaffen. Das Landesrechenzentrum wollen wir zu einem zentralen Dienstleister sowohl für die Landesbehörden als auch für die Kommunen ausbauen. Insellösungen wollen wir abschaffen und gezielt einheitliche Software-Lösungen für alle staatlichen Akteure im Freistaat entwickeln. Unser Anspruch ist, dass es langfristig nur noch ein staatliches Datennetz, den sogenannten „Thüringen Data Space“ gibt.

KI-Boost für Verwaltung zünden. Durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz wollen wir Verwaltungsvorgänge beschleunigen, Mitarbeiter entlasten und die Qualität von Verwaltungsdienstleistungen erhöhen. Künstliche Intelligenz eröffnet die Möglichkeit, staatliche Leistungen auch automatisiert anzubieten, z. B. durch Einsatz von Chatbots und digitale Assistenten. Bei wichtigen Ereignissen, wie etwa Geburt, Volljährigkeit, Umzug oder Heirat werden wir die Bürger mit allen notwendigen Informationen im Sinne eines sogenannten Push-Governments versorgen.

Für eine kompetente und motivierte Verwaltung

Fachkräfte halten und neue gewinnen. Um zukünftig Menschen für eine Arbeit in den öffentlichen Verwaltungen begeistern zu können, brauchen wir ein modernes Personalentwicklungskonzept sowie Maßnahmen, die die Attraktivität der Arbeit in der Verwaltung verbessern. Dazu gehören insbesondere eine gute Bezahlung, ein wertschätzendes Miteinander, moderne Arbeitsmittel und -methoden, flexible Arbeitszeiten und Arbeitsorte sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Aber auch die Möglichkeit der Nutzung eines Job-Rades, die gesetzliche und haushaltswirksame Verankerung des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie die Etablierung einer Führungsakademie sind für uns Eckpunkte zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität.

Nachwuchs gewinnen. Mit einer Ausbildungs- und Studienoffensive wollen wir offensiv für eine berufliche Zukunft in der Verwaltung werben. Zudem werden wir die Ausbildungsvergütungen anheben und die Ausbildungsstandorte sowohl mit Lehrpersonal als auch mit digitaler Technik optimal ausstatten. Wir bekennen uns zur Laufbahnausbildung.

Einstellungsverfahren beschleunigen. Ausschreibungs- und Einstellungsverfahren wollen wir durch Nutzung des digitalen Karriereportals, das wir auch den Kommunen als Plattform anbieten wollen, deutlich beschleunigen. Unser Ziel ist es, alle Verfahren innerhalb von drei Monaten abzuschließen. Die vorhandene Arbeitgebermarke „Dienst macht Fortschritt“ wollen wir mit einer starken Werbekampagne noch besser bekannt machen.

Mitarbeiter wertschätzen. Wir sichern zu, alle Tarifabschlüsse 1:1 und zeitgleich auf die Beamten zu übertragen. Auch werden wir die Alimentation auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüfen und wenn nötig entsprechend anpassen. Personalgewinnungs- und -halteprämien werden wir im Rahmen der Personalgewinnung einsetzen. Das bestehende

Dienstrecht wollen wir fortentwickeln, um die Nutzung von Aufstiegsmöglichkeiten zu erleichtern und die Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft zu erhöhen.

Vertrauensvoll zusammenarbeiten. Mit den Personalvertretungen, Gewerkschaften und Interessenvertretungen werden wir vertrauensvoll und kooperativ zusammenarbeiten. Innerhalb von 100 Tagen werden wir gemeinsam einen Zukunfts-Pakt "Öffentlicher Dienst" erarbeiten. Zudem werden wir das Personalvertretungsrecht im Sinne einer Allzuständigkeit klar und verständlich für alle Normanwender regeln.

2. Finanzen

In den letzten Jahren hat die rot-rot-grüne Landesregierung trotz Steuereinnahmen auf Rekordniveau über die finanziellen Verhältnisse gelebt und mehr ausgegeben als eingenommen wurde. Für uns ist klar: Wir werden die Haushalts- und Finanzpolitik wieder auf stabile Füße in Richtung Zukunft stellen. Unsere Haushaltspolitik wird durch finanzielle Nachhaltigkeit und die Verringerung der Lasten für kommende Generationen sowie eine Konzentration der Ausgaben auf Zukunftsinvestitionen geprägt sein. Das heißt für uns: vorausschauende Finanzplanung, Streichung von verzichtbaren Aufgaben und Leistungen, eine realistische Personalplanung und Reduzierung von Kosten. Die dadurch freiwerdenden finanziellen Spielräume werden wir nutzen, um die richtigen Prioritäten für Thüringen zu setzen.

Für solide und generationengerechte Finanzen

Nicht über die Verhältnisse leben. Wir nehmen die Verantwortung der uns vom Bürger anvertrauten Steuermittel ernst: Wir bekennen uns zum Grundsatz solider Haushalte ohne neue Schulden, einer generationengerechten Finanzpolitik und Investitionen in die Zukunft. Wir lehnen eine Haushaltspolitik ab, die Ideologieprojekte finanziert. Wir wollen Chancen statt Schulden!

Haushaltskonsolidierung einleiten. Damit Thüringen auch in Zukunft finanziell handlungsfähig ist, werden wir die gesamte Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenstruktur mit Blick auf die Kernaufgaben des Staates, die politische Bedeutung einer Maßnahme und den jeweiligen Nutzen für Bürger und Wirtschaft einer ergebnisoffenen Prüfung unterziehen. Hierzu werden wir eine Haushaltsstrukturkommission einsetzen, die darüber hinaus die Aufgabe hat, Leitlinien zu entwickeln, wie die Haushalte des Freistaats Thüringen langfristig tragfähig und finanziell ausgeglichen aufgestellt werden können.

Nachfolgenden Generationen keine Schuldenberge hinterlassen. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln keine Schuldenberge hinterlassen. Schulden, die zur Finanzierung von Sonderbelastungen, wie der Bekämpfung der Corona- und Energiekrise, aufgenommen wurden, werden wir so schnell wie möglich zurückzahlen.

Steuererhöhungen ablehnen. In Zeiten hoher Inflation und immer höherer Preise wären höhere Steuern zusätzliche Preistreiber. Wir lehnen Steuererhöhungen ab. Stattdessen setzen wir auf Entlastungen für die Bürger, den Mittelstand und die Industrie durch Steuersenkungen.

3. Europa

Fast 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es in Europa keinen Krieg mehr zwischen heutigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegeben. Die EU ist und bleibt ein fester Garant für den Erhalt des Friedens in Zentraleuropa. Europa schafft nicht nur Frieden, sondern auch wirtschaftlichen Wohlstand. Thüringen hat dem europäischen Binnenmarkt mit dem freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital einen erheblichen Teil seines wirtschaftlichen Erfolgs zu verdanken.

Die Thüringer CDU bekennt sich zur EU als wirtschaftlichen Erfolgsfaktor, der Arbeitsplätze und Wohlstand sichert. Wir wollen mehr Europa dort, wo Europa einen konkreten Mehrwert schafft. Wir wollen die Sicherheit in Europa und den Binnenmarkt stärken. Eine Schulden- und Haftungsunion lehnen wir ab. Solide Finanzen sind für uns die Grundlage für eine stabile EU. Wir streben eine klare Ordnung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach den Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit an. Als CDU sind wir Teil der christdemokratischen und christsozialen Familie der Europäischen Volkspartei (EVP).

Für Thüringer Interessen in einem starken Europa

Fachkräfte aus der EU gewinnen. Wir unterstützen den Fachkräfteaustausch innerhalb der EU und wollen Hürden abbauen, um unseren Arbeitsmarkt attraktiver, besonders für gut ausgebildete EU-Bürger, zu machen. Wir werden qualifizierte junge Europäer gezielt anwerben, um den Fachkräftemangel in Thüringen zu bekämpfen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, die Arbeitnehmermobilität in Europa zu verbessern und die sozialversicherungs- und arbeitsrechtlichen Regelungen zur Entsendung (z. B. sogenannte A1-Bescheinigungen) von Arbeitnehmern zu vereinfachen.

Austausch bei der Berufsausbildung stärken. Unser Ziel ist, dass gerade mehr Auszubildende an Austauschprogrammen mit anderen EU-Staaten teilnehmen. Dazu sind die Beratungs- und Förderangebote in Deutschland zu erweitern und unter einem nationalen Dach zusammenzuführen. Die Mitgliedstaaten sollen Anerkennungsverfahren und Transparenzinstrumente für die berufliche Bildung weiter vereinfachen.

Austausch junger Menschen fördern. Wir setzen uns für die Erweiterung und finanzielle Aufstockung des „Erasmus+“-Programms ein, das Studenten, Auszubildenden und Schülern ermöglicht, einen Teil ihrer Ausbildung im europäischen Ausland zu absolvieren.

Mehr EU-Fördermittel ausschöpfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Thüringen auch in Zukunft von Fördermitteln aus den EU-Strukturfonds (ELER, EFRE, ESF) profitiert und diese besser ausschöpft. Gleichzeitig werden wir uns für eine stärkere Beteiligung an Förderprogrammen wie „Horizont Europa“ einsetzen, um eine europäische Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu vertiefen.

Europäisches Datenschutzrecht vereinfachen. Wir setzen uns für ein einfacheres und einheitlicheres Datenschutzrecht ein, das auch überall in der EU gleich angewandt wird. Dabei gilt für uns das Prinzip: Erhöhte Anforderungen dürfen nur in sensiblen Bereichen gelten.

Öffentliche Beschaffungen vereinfachen. Die Schwellenwerte, ab denen eine europaweite Ausschreibung notwendig ist, sind jahrelang nicht an die Inflation angepasst worden. Wir setzen uns für eine deutliche Anhebung der Schwellenwerte ein.

Planungsrecht vereinfachen und Verbandsklagerecht abschaffen. Wir unterstützen die von der EVP angestrebten Überprüfung aller geltenden, für Infrastrukturprojekte maßgeblichen Umweltrichtlinien. Zudem dürfen Planungen nicht verzögert werden durch ausufernde Beteiligung und durch verspätetes Vorbringen von Einwänden in Rechtsschutzverfahren.

Landwirtschaft weiter europäisch fördern. Wir setzen uns für den Abbau unnötiger Bürokratie und überzogener Vorschriften ein. Das gilt insbesondere bei neuen Regeln zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln oder bei Flächenstilllegungen. Zudem wollen wir auch in Zukunft eine gemeinsame Agrarpolitik, die die Einkommen der landwirtschaftlichen Unternehmen und deren Beschäftigten sichert. Den Besonderheiten der Agrarstruktur in den neuen Ländern muss dabei Rechnung getragen werden. Um die hohen Anforderungen und die stetigen Anpassungsprozesse bewältigen zu können, brauchen die Landwirte weiterhin Direktzahlungen.

EU-Verbrennerverbot stoppen. Wir stehen zum Auto, unabhängig von der Antriebsart. Viele Thüringer wohnen im ländlichen Raum und pendeln täglich zur Arbeit. Deshalb fordern wir die Abschaffung des Verbrennerverbots ab 2035. Wir stehen für Technologieoffenheit und wollen die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und weiterentwickeln. Synthetische Kraftstoffe spielen dabei eine zentrale Rolle.

Schuldenunion verhindern. Wir wollen eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in Europa. Jeder Mitgliedstaat haftet für seine eigenen Schulden. Allen Formen einer Haftung Deutschlands für Schulden anderer Staaten erteilen wir eine klare Absage. Es dürfen keine europäischen Gelder in Sozialprogramme der Mitgliedstaaten fließen.

Medikamentenknappheit vorbeugen. Europa muss wieder zur Apotheke der Welt werden. Wir wollen investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für die pharmazeutische Industrie schaffen, damit wieder mehr Medikamente, wie z. B. Antibiotika und Kindermedikamente, in Produktionsstätten in Europa hergestellt werden.

Bargeld erhalten. Die Einführung weiterer Bargeldobergrenzen oder eine vollständige Abschaffung des Bargeldes lehnen wir ab. Gemeinsam mit den Sparkassen und Raiffeisenbanken wollen wir außerdem dafür Sorge tragen, dass auch in ländlichen Gebieten die Bargeldversorgung gesichert bleibt.

Außengrenzen schützen, Frontex stärken. Wir brauchen eine bessere Überwachung der EU-Außengrenzen, denn wir müssen wissen, wer in die EU einreist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grenzschutzagentur Frontex zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und zusätzlichen Grenzschützern aufgewertet wird. Bis der Außengrenzschutz funktioniert, müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben.

Europäische Asylpolitik reformieren. Perspektivisch muss das gesamte Asylverfahren in zentralen europäischen Asyleinrichtungen an den europäischen Außengrenzen oder in europäischen Anrainerstaaten fallabschließend bearbeitet werden. Nur anerkannte Asylberechtigte mit Bleibeperspektive würden dann in unser Land einreisen. Personen ohne Bleibeperspektive würden bereits an den Grenzen zurückgewiesen werden.

Europakompetenz ausbauen. Wir wollen die Europakompetenz der Mitarbeiter in der Verwaltung stärken. Unser Schwerpunkt wird dabei in der Entsendung von Mitarbeitern in EU-Institutionen bzw. in unsere Landesvertretung in Brüssel liegen. Um die Bediensteten optimal auf ihren Einsatz vorzubereiten, werden wir gezielt die Sprachkompetenzen verbessern. Zudem werden wir im Vorfeld von längeren Entsendungen Traineeprogramme in den Ressorts etablieren und kurze Hospitationen in der Landesvertretung in Brüssel ermöglichen.

Landesvertretung Brüssel stärken. Die Interessenvertretung auf europäischer Ebene dürfen wir nicht anderen Ländern überlassen. Wir werden die Thüringer Landesvertretung in Brüssel personell stärken. Außerdem werden wir ein größeres Augenmerk auf die europäische Vernetzung legen und den Austausch mit unseren Partnerregionen und relevanten regionalen Thüringer Akteuren intensivieren.

Regionalpartnerschaften stärken. Wir werden die bewährte Zusammenarbeit mit unseren Partnerregionen auf allen Ebenen fortführen und intensivieren. Die kommunalen Partnerschaften tragen wesentlich zum Zusammenwachsen Europas bei. Mit unseren Partnerregionen Malopolska/Polen und Hauts-de-France wollen wir auch in Zukunft einen Beitrag zum Weimarer Dreieck leisten. Weitere europäische Regionalpartnerschaften wollen wir fördern.